

## **EINWOHNERRAT**

Gemeindehausplatz 1  
Postfach  
6048 Horw  
info@horw.ch

Kontakt Heike Sommer  
Telefon 041 349 12 51  
Telefax 041 349 14 81  
E-Mail heike.sommer@horw.ch

Thema **Einwohnerratssitzung**  
Sitzungsdatum **25. November 2010, 14.00 – 22.20 Uhr**  
Sitzungsort **Pfarrzentrum**  
Vorsitz **Robert Odermatt**

## **PROTOKOLL NR. 321**

Anwesend	<b>30 Einwohnerratsmitglieder</b>	Entschuldigt	<b>Eberhard Reto (abwesend 20.50 bis 22.00 Uhr)</b>
	<b>5 Gemeinderatsmitglieder</b>		<b>Pieper Heidi (anwesend bis 22.00 Uhr)</b>
	<b>1 Gemeindeschreiber</b>		<b>Scammacca Miriam (anwesend ab 16.15 Uhr)</b>

### **Traktandenliste**

- |  |          |
|--|----------|
| 1. Ersatzwahl eines Mitglieds und einer Präsidentin oder eines Präsidenten der Geschäftsprüfungskommission | Seite 3  |
| 2. Ersatzwahl eines Mitglieds der Bürgerrechtsdelegation   | Seite 4  |
| 3. Bericht und Antrag Nr. 1435 Planungsbericht energiepolitisches Programm                                 | Seite 4  |
| 4. Bericht und Antrag Nr. 1436 Auswertung Pilotprojekt Betreuungsgutscheine für Kinder im Vorschulalter    | Seite 10 |
| 5. Bericht und Antrag Nr. 1430 Jahresprogramm 2011   | Seite 15 |
| 6. Bericht und Antrag Nr. 1434 Budget 2011   | Seite 18 |
| 7. Fragestunde   | Seite 34 |
| 8. Bericht und Antrag Nr. 1437 Bauverpflichtungsvereinbarungen   | Seite 55 |
| 11. Bericht und Antrag Nr. 1438 Abrechnung Entlastungskanal Allmend  | Seite 57 |

**Sprecher/in**

Robert Odermatt  
(SVP)

**Feststellungen**

Die Einladungen wurden fristgerecht versandt. Die Mehrheit der Ratsmitglieder ist anwesend. Wir sind verhandlungs- und beschlussfähig.

**Mitteilungen des Präsidenten**

Thomas Zemp hat per 31. Dezember 2010 seinen Rücktritt als Präsident der Geschäftsprüfungskommission eingereicht. Die entsprechende Ersatzwahl findet an der heutigen Sitzung statt. Ebenfalls liegt das vorsorgliche Rücktrittsschreiben von Markus Bider vor, der ebenfalls per 31. Dezember als Mitglied der Bürgerrechtsdelegation zurücktritt, sofern er heute als neues GPK-Mitglied gewählt wird.

**Bereinigung Traktandenliste**

Zum Traktandum 2 hat die CVP-Fraktion den Wunsch geäussert, die Ersatzwahl eines Ersatzmitgliedes, falls die Wahl überhaupt nötig würde, erst anlässlich der Januar-Sitzung durchzuführen. Da es sich bei der Wahl ausschliesslich um eine Person aus der CVP-Fraktion handeln muss, ist für mich die Verschiebung in Ordnung.

Gegen das Vorgehen wird nicht opponiert.

**Gratulationen**

Als Einwohnerratspräsident durfte ich seit der letzten Sitzung 27 Personen aus unserer Gemeinde zu hohen Geburtstagen gratulieren.

**Repräsentationen**

Ich durfte den Rat an folgenden Anlässen vertreten:

- Einweihung vom Kreisel "Bahnhof"
- Vertretung des Einwohnerrates beim Festgelände des Lucerne Marathon beim Verkehrshaus. Ich gratuliere an dieser Stelle den zwei Teilnehmerinnen Frau Irene Zingg und Frau Ruth Strässle zu den hervorragenden Zeiten in ihren Kategorien.
- Premierenvorstellung der Theatergesellschaft Horw

Konrad Durrer hat den Rat an folgendem Anlass vertreten:

- Tag der offenen Tür der Stiftung Brändi

**Einbürgerungen**

An ihrer Sitzung vom 25. Oktober hat unsere Bürgerrechtsdelegation sieben Personen das Horwer Bürgerrecht zugesichert. Es sind dies zwei Erwachsene und ein Kind aus Kroatien sowie ein Elternpaar mit zwei Kindern aus Serbien-Montenegro.

**Protokolle**

Gegen die Protokolle Nrn. 319 und 320 der Sitzungen vom 23. September und 21. Oktober 2010 sind keine schriftlichen Einsprachen eingegangen. Die Protokolle sind somit genehmigt.

**Neueingänge**

25. Oktober 2010: Dringliche Interpellation Nr. 590/2010 von Konrad Durrer, L2O, und Mitunterzeichnenden: Baustellen und Richtplan Allmend
4. November 2010: Interpellation Nr. 591/2010 von Konrad Durrer, L2O, und Mitunterzeichnenden: Staufreies Fahren während der Gesamterneuerung des Cityrings
15. November 2010: Interpellation Nr. 592/2010 von Ruth Strässle-Erisman, FDP, und Mitunterzeichnenden: Optimierung der Strassenbeleuchtung bietet Sparpotenzial

24. November 2010: Interpellation Nr. 593/2010 von Urs Rölli, FDP, und Mitunterzeichnenden: Verkauf der Grundstücke Nrn. 743 und 3105, Kantonsstrasse 154

### Rechtskraft von Beschlüssen

Es sind keine Geschäfte in Rechtskraft erwachsen.

## 1. Ersatzwahl eines Mitglieds und einer Präsidentin oder eines Präsidenten der Geschäftsprüfungskommission

Die CVP-Fraktion schlägt Rita Sommerhalder für das Präsidium und Markus Bider als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission vor.

Jürg Luthiger (CVP)

### Wahlergebnis:

Ausgeteilte Wahlzettel	29
Eingegangene Wahlzettel	29
Ungültige Wahlzettel	0
Leere Wahlzettel	0
Gültige Wahlzettel	29
Absolutes Mehr	15

Robert Odermatt  
(SVP)

Gewählt als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission ist Markus Bider mit 26 Stimmen.

Gewählt als Präsidentin der Geschäftsprüfungskommission ist Rita Sommerhalder mit 28 Stimmen.

### Dringliche Interpellation Nr. 590/2010 von Konrad Durrer, L2O, und Mitunterzeichnenden: Baustellen und Richtplan Allmend

Der Lärm ist jetzt da, der Radweg funktioniert jetzt nicht und für den Suchverkehr muss man jetzt Massnahmen aufgleisen. Sogar die NLZ hat es diese Woche für nötig gehalten, über die Baustelle zu berichten und über das Thema, dass der Lärm jetzt am Abend und am Wochenende ist. Wir müssen aufpassen, dass es nicht noch weiter ausgedehnt wird und darum gibt es für mich nur einen Zeitpunkt, die Interpellation zu beantworten, nämlich jetzt.

Konrad Durrer (L2O)

Der Gemeinderat erachtet die Interpellation als nicht dringlich. Die Begründung: Die Grossbaustelle Allmend ist im Bau, uns sind aber keine weiteren Schwierigkeiten, als es bei so einer Baustelle überhaupt geben kann, bekannt. Bei uns sind keine Meldungen über Lärm, den die Baustelle verursacht, eingegangen. Die Schul- und Radwegverbindung funktioniert, obwohl sie am Zihlmattweg durch das Baugebiet führt. Sie wird als sicherer beurteilt als die ursprünglich geplante Variante, die nur provisorisch geführt werden könnte. Zudem bringt der Schulbus seit dem Sommer die Schüler sicher nach Horw. Die Fragen zur Planung können auch in ordentlicher Frist einer Interpellation beantwortet werden.

Manuela Bernasconi  
(CVP)

### Abstimmung:

Der Dringlichkeit wird mit 16:10 Stimmen zugestimmt.

Robert Odermatt  
(SVP)

## 2. Ersatzwahl eines Mitglieds der Bürgerrechtsdelegation

Die CVP-Fraktion schlägt Heiri Niederberger als Mitglied der Bürgerrechtsdelegation vor.

### Wahlergebnis:

Ausgeteilte Wahlzettel	29
Eingegangene Wahlzettel	28
Ungültige Wahlzettel	0
Leere Wahlzettel	3
Gültige Wahlzettel	25
Absolutes Mehr	13

Gewählt ist Heiri Niederberger mit 24 Stimmen.

## 3. Bericht und Antrag Nr. 1435 Planungsbericht energiepolitisches Programm

### Eintreten GPK

Als Folge der Erkenntnisse aus der Bearbeitung der Motion 261, aber auch infolge der intensivierten Förderung der Energiepolitik durch Bund und Kantone beantragt der Gemeinderat ein Förderprogramm "light". Nach Auffassung einer Mehrheit der Kommission hätte man geradeso gut darauf verzichten können. Zudem erfolgt ein Systemwechsel vom Vierjahresprogramm zu jährlichen Beträgen, welche im Rahmen des ordentlichen Budgets zu bewilligen sind. Die Kommission votiert für einstimmiges Eintreten, ist jedoch hinsichtlich der Fortführung des Programms für 2011-2014 gespalten.

### Eintreten BVK

Nach vier Jahren Energiestadt ist nun das erste Reaudit für das Label Energiestadt und es hat Budgetrelevanz. Man hat die Philosophie geändert mit dem Ziel, dass der Kredit nicht mehr für vier Jahre gesprochen, sondern jeweils im Budget ausgewiesen wird.

Gemäss Frau Bernasconi werde das energiepolitische Programm oft mit dem Förderprogramm verwechselt, dies sei aber nur ein kleiner Teil davon und etwas Freiwilliges. Der Bericht sei gemacht worden, weil anfangs 2011 ein Controlling anstehe und die Energiestadtperiode 2011-2014 dauert. Das energiepolitische Programm 2007-2010 sowie das energiepolitische Programm 2011-2014 wurde von der BVK mit 4:0 Stimmen zur Kenntnis genommen.

### Eintreten CVP

Schon seit Jahren setzt sich die Gemeinde aktiv für Energiethemen ein. Seit fast 20 Jahren ist Horw Mitglied im Trägerverein Energiestadt und seit 2007 Träger des Labels Energiestadt. Dieses Label ist eine anerkannte Auszeichnung und Horw setzt damit ein Zeichen, dass der Gemeinde Energiefragen wichtig sind. Der jährliche finanzielle Beitrag an den Trägerverein Energiestadt sichert der Gemeinde eine breite Unterstützung und Beratung in der Umsetzung des energiepolitischen Programms. Mit dem Jahresbeitrag sichert man sich Know-how, das auf dem freien Markt ein x-faches kosten würde. Nur dank dieser Unterstützung gelingt es der Gemeinde Horw, das energiepolitische

Jürg Luthiger (CVP)

Robert Odermatt  
(SVP)

Alwin Larcher (SVP)

Roland Bühlmann  
(SVP)

Roger Eichmann  
(CVP)

Programm mit geringen personellen Ressourcen wirksam umzusetzen. Ein wichtiger Teil des energiepolitischen Programms ist das Förderprogramm, das jährlich mit einem Betrag von 40'000 Franken gespiesen wurde. Das Förderprogramm unterstützt Grundeigentümer in Form von Beratungen und finanziellen Anreizen. Auch wenn der finanzielle Anreiz in der Regel nur klein ist, darf er nicht unterschätzt werden. Das eine oder andere der 52 realisierten Projekte wäre ohne die finanzielle Unterstützung der Gemeinde ganz sicher nicht realisiert worden. Die Wirkungskontrolle der eingesetzten finanziellen Mittel im Förderprogramm erweist sich leider als ungenügend. Auch wenn die finanziellen Mittel des Förderprogramms künftig halbiert werden verlangt die CVP Fraktion, dass in Zukunft detailliert über das Resultat und die Wirkung der eingesetzten Franken Auskunft gegeben werden kann. Die CVP-Fraktion setzt sich für eine nachhaltige Energiepolitik ein. Wir sind daher einstimmig für Eintreten und Kenntnisnahme des vorliegenden B+A.

#### **Eintreten SVP**

Die SVP-Fraktion hat festgestellt, dass der energiepolitische Bericht in Form von Statistiken, Informationen, Massnahmen, Katalogen umgesetzt worden ist. Den Grundsatz der Nachhaltigkeit finden wir nicht nur im Bereich Energie gut, fördert er doch die Optik zur Weitsicht. Auch die Informationen an die Bevölkerung halfen mit, das Bewusstsein von ökologischen Möglichkeiten voranzutreiben und somit die passenden Massnahmen umzusetzen. Auch wird die Bevölkerung dabei vom Kanton und vom Bund unterstützt. Die bereits erwähnten Statistiken und Informationslisten geben Grund zur Frage, ob es nicht auch konkretere Massnahmen mit weniger Bürokratie und somit effizientere Möglichkeiten zur Umsetzung von energiesparenden, politischen Massnahmen gäbe. Unser Ziel soll sein, die vorhandenen finanziellen und personellen Ressourcen so konkret und zielgerichtet wie möglich einzusetzen. Die SVP-Fraktion lehnt die Erneuerung vom Label ab und ist für Eintreten auf den Planungsbericht Nr. 1435.

Reto Eberhard (SVP)

#### **Eintreten FDP**

Wir konnten aus dem Planungsbericht keine neuen Erkenntnisse festhalten. Wir haben über den Nutzen gesprochen und was wäre, wenn Horw nicht mehr mitmachen würde. Wir sind zu keinen neuen Erkenntnissen gekommen und haben gesagt, dass es schlecht ankommt, wenn man etwas sofort absetzt, was man einmal eingeführt hat. Aus den Dokumenten konnten wir aber ableiten, dass der Aufwand enorm ist, sei das in der Erarbeitung der Dokumente in den Berichten oder im Bericht und Antrag. Die Vorbildfunktion von Horw als Energiestadt lassen wir uns etwas kosten. Teile vom Programm, wie Stop.Ozon und Passepartout sind abgesetzt worden, dort ist im B+A eine rückläufige Zahl vermerkt. Gemäss energiepolitischem Programm, Punkt 6.3.2 soll ein Leitbild erarbeitet werden. Dort fragen wir uns, ob dieses nicht schon erarbeitet wurde bzw. um was es sich dabei handelt. Die FDP-Fraktion ist mehrheitlich für Kenntnisnahme des B+A Nr. 1435.

Ulrich Nussbaum  
(FDP)

#### **Eintreten L20**

Wir haben das energiepolitische Programm sehr wohlwollend zur Kenntnis genommen und sehen das Ganze als Erfolgsgeschichte. Die Anstrengungen zur Steigerung der Energieeffizienz in unserer Gemeinde werden klar aufgezeigt. Es wurden in Bereichen öffentlicher und privater Bauherrschaften viele Sachen realisiert, wie Sonnenkollektoren, Photovoltaikanlagen, ein Fernheizwerk, zuerst als Blockheizkraftwerk und nachher als Holzschnitzelfeuerung, und auch eines der ersten Minergiegebäude im Kanton Luzern ist 1998 in Horw realisiert worden. In den Jahren 2005 und 2006 ist das Förderprogramm unter dem Titel "Energiesparen und Luftreinhaltung" mit 40'000 Franken eingeführt worden. Wenn die Subvention 10 bis 15 % der Investition, die das auslöst, beinhaltet, kann man ausrechnen, dass Bautätigkeiten im energiesparenden Bereich bis zu 1.5 Mio. Franken ausgelöst wurden. Im Zusammenhang mit dem energiepolitischen Programm hat sich der Einwohnerrat 2007 auch für das Label "Energiestadt" entschieden.

Jörg Stalder (L20)

Beim Reaudit hat man festgestellt, dass man sehr gut unterwegs ist, weil sich Horw schon vor den offiziellen Massnahmen mit dem Bereich Energiehaushalt auseinandergesetzt hat. Es ist eine Erfolgsgeschichte für Horw und wir möchten diese gerne weiterführen. Unsere Fraktion nimmt mit Freude Kenntnis von dem B+A und wird Ihnen an entsprechender Stelle vorschlagen, das Förderprogramm weiterzuführen, auf Gutes aufzubauen und das im bewährten Stil weiterzuführen. Wir sind für Kenntnisnahme vom B+A Nr. 1435.

Vor vier Jahren erhielten wir das Energiestadtlabel. In den vergangenen Wochen haben wir das erste Reaudit vorbereitet, indem wir auf die vergangen vier Jahre zurückgeschaut und auch bereits die kommenden vier Jahre vorbereitet haben. Den Rückblick erhielten sie in Anhang 1 der Erfolgskontrolle 2007-2010, mittels des energiepolitischen Programms 2011-2014 sehen Sie die geplanten Massnahmen der kommenden vier Jahre. Der Aufwand war im Übrigen nicht enorm, wir haben mit der ganzen Verwaltung versucht, das effizient umzusetzen und zurückschauen muss man ja immer. Mit der neuen Labelperiode wollen wir auch einige Änderungen vornehmen, damit Massnahmen einem noch besseren Controlling unterstehen und Kennzahlen einfacher eruiert werden können. Zudem beantragen wir Ihnen keinen Sonderkredit mehr über vier Jahre, sondern Sie werden jährlich über das Budget die Massnahmen und auch über das Förderprogramm entscheiden. Im Rahmen des Sparauftrags schlägt Ihnen der Gemeinderat ein Förderprogramm light vor, dessen Betrag jährlich über das Budget bestimmt oder auch verändert werden kann. Wir konnten als Energiestadt zielgerichtet, koordiniert und effizient die Energiemassnahmen in unserer Gemeinde umsetzen und dabei auf die Energiestadtberater zählen, die uns mit Ihrem grossen Know-how zur Seite standen. Wir haben unsere Vorbildfunktion wahrgenommen und damit auch die kantonale und nationale Energiepolitik unterstützt. Es ist richtig, dass das energiepolitische Programm ein Bestandteil für den Antrag zur Labelerneuerung ist.

Manuela Bernasconi  
(CVP)

## Detailberatung

### Energiepolitisches Programm 2007-2010 Massnahmen und Erfolgskontrolle

#### 5.3 Mobilitätsmarketing, Kennziffern S. 9

##### Stop.Ozon Passepartouts

Aus welchem Grund ist die Nachfrage von 66 im Jahr 2009 auf 48 im Jahr 2010 zurückgegangen?

Ulrich Nussbaum  
(FDP)

Das war eine Aktion der Regionalkonferenz Umwelt RKU, der 13 Gemeinden angeschlossen sind. Mit dem Projekt, das stets eine gute Medienpräsenz hatte und bei dem auch verschiedene Verbände und die Lungenliga mitgemacht haben, hatte man einen sehr guten Erfolg. Es wurde aber von Anfang an diskutiert, das über einen gewissen Zeitraum zu machen, denn es geht ganz einfach um eine Sensibilisierung. Ich bin überzeugt, dass gewisse Leute in der Zeit, in der sie den Führerausweis gegen den Passepartout getauscht haben, die Angebote kennengelernt haben, sensibilisiert wurden und allenfalls sogar umgestiegen sind.

Manuela Bernasconi  
(CVP)

Warum es jetzt im Jahr 2010 einen Einbruch gab, ist schwierig zu eruieren, die Umfrage im 2010 konnte noch nicht gemacht werden. Der Einbruch ist aber nicht der Grund, warum wir es abgesetzt haben, denn wir haben bereits 2009 festgelegt, dass wir die Aktion noch ein Jahr machen und anschliessend neue Aktionen suchen werden, die wieder von uns unterstützt werden. Wir hoffen aber trotzdem, dass die Aktion, allenfalls auf der Schiene der Lungenliga und den angeschlossenen Verbänden, irgendwie weitergeführt wird.

## Energiepolitisches Programm der Gemeinde Horw 2011-2014

### 6.3.2 Leitbild, S. 7

Es heisst: "Luzern Süd (Luzern, Kriens, Horw) intensiviert regionale Zusammenarbeit. Ein Leitbild soll erarbeitet werden." Um was für ein Leitbild handelt es sich?

Ulrich Nussbaum  
(FDP)

Das energiepolitischen Programm hängt über verschiedenste Bereiche zusammen, die man nicht zwingend nur mit Energie in Verbindung bringt. Das Leitbild, unter dem Punkt "Kooperation", haben wir zusammen mit Kriens und Luzern erarbeitet. Zum Zeitpunkt der Erarbeitung des energiepolitischen Programms 2011-2014 war dieses noch nicht verabschiedet, mittlerweile aber schon. Es ist ein städtebauliches Leitbild, das den Raum Luzern-Süd in verschiedensten Bereichen behandelt und die Stossrichtung bekannt gibt, damit alle in die gleiche Richtung handeln. Da das energiepolitische Programm auf die nächsten vier Jahre ausgerichtet und das bereits eine Anstrengung für die kommenden vier Jahre ist, haben wir das hier aufgelistet.

Manuela Bernasconi  
(CVP)

Es heisst: "a = verwaltungsinterne Erarbeitung ohne externe Kosten". Sind diese Aufwände kostenneutral, werden diese verrechnet? Unter "b" sind die jährlichen Kosten, daraus habe ich schliessen müssen, dass es eine recht aufwändige Sache ist, weil das ja mit x Punkten versehen ist.

Ulrich Nussbaum  
(FDP)

Die Unterteilung in "a" und "b" haben wir gemacht, weil die Kosten im Budget ausgewiesen werden und damit wir im energiepolitischen Programm keine Zahlen haben, die teilweise auch noch gar nicht vorliegen. Unter "a, verwaltungsintern" sind Kosten, die bei der Bearbeitung in der Verwaltung entstehen, unter "b" sind Kosten, wenn externe Personen daran arbeiten. Dies sind aber zum grossen Teil Kosten, die sowieso anfallen würden. Das Gute an dem Programm ist, dass wir die Sachen kontrollieren, dass wir es zielgerichtet angehen und jährlich überprüfen möchten, wo wir stehen und so einen Überblick über unsere Massnahmen haben. Die Arbeit wird durch unsere Umweltschutzstelle, die mit einem 60 %-Pensum besetzt ist, erledigt und wir sind daran interessiert, dass die Arbeiten sehr ressourcenarm umgesetzt werden können. Wir haben jetzt eine Koordination aufgegleist mit dem Massnahmenkatalog, dem Controlling, mit dem wir die Kennzahlen, die uns in diesem Bericht gefehlt haben, erfassen können. Wir möchten einen guten Nutzen erreichen und Ihnen auch Zahlen präsentieren können, ohne extrem viele Ressourcen dafür zu gebrauchen.

Manuela Bernasconi  
(CVP)

## Bericht und Antrag

### 3 Weiterführung Label Energiestadt mit energiepolitischem Programm

Ich stelle den Antrag, die Erneuerung des Labels zu streichen.

Reto Eberhard (SVP)

Können Sie begründen, warum Sie das Label ablehnen?

Manuela Bernasconi  
(CVP)

Das ganze Programm ist nichts als heisse Luft und demzufolge an sich schon eine Energieverschwendung. Dass die Verfasserin des Berichts selber nicht über den Rand des Papiers hinaussieht, sehen wir u.a auf Seite 7, wo es heisst, dass ein Leitbild erarbeitet wurde und ein paar Zeilen weiter unten heisst es, dass ein Leitbild erarbeitet werden soll.

Alwin Larcher (SVP)

Es ist klar, dass die grünen Frontkämpferinnen und Frontkämpfer das Programm als Erfolg bezeichnen, als unbedingt notwendig und als etwas, das man haben muss. Das einzig Positive daran ist, wie wenig Geld wir einsetzen. Warum wir uns das alles sparen können? Wir haben übergeordnete Körperschaften in unserer Eidgenossenschaft, die

die Sache an die Hand genommen haben und diese setzen auch entsprechende Mittel ein. Die ganze Sache ist inzwischen etabliert und wird von anderen gemacht, die es besser können. Die Gemeinde soll ihre personellen Ressourcen anders einsetzen und demzufolge können wir auf die Labelerneuerung verzichten.

Ich habe noch eine Frage zu Seite 5, wo es heisst: "Entscheid Labelerneuerung". Wird uns das einfach so untergeschmuggelt? Im Beschlusstext steht davon nichts und wenn wir nichts gesagt hätten, wäre das einfach durchgelaufen. Wie auch immer, die ganze Angelegenheit ist unnötig, überflüssig und das Label trägt auch nicht zur Erhöhung des Renommees unserer Gemeinde bei. Wir verdeutlichen und erneuern den Antrag, den der Kollege gemacht hat, dass das Label nicht mehr erneuert werden soll.

Wir haben die Gesetzesordnung von Bund, Kantonen und Gemeinden und gerade die Gemeinde muss mit gutem Beispiel vorangehen und kann dies nicht einfach nach irgendwo delegieren. Und apropos Label sind wir mittlerweile umzingelt von Energiestädten und ich weiss nicht, ob es unser Inseldasein nicht noch verstärken würde, wenn wir wieder einmal mehr eine Insel bilden würden.

Jörg Stalder (L20)

Zu dem Antrag möchte ich noch eines in die Waagschale werfen, und zwar die Impulse für die Wirtschaft. Wenn Sie Bauherren haben, dann ist so ein Label resp. die kleinen Nutzen daraus manchmal genau der entscheidende Impuls, sich dafür zu entscheiden, das eine oder andere auch noch zu erneuern. So gesehen kommt vom investierten Geld, vorausgesetzt, es kommt wieder dem kommunalen Gewerbe zugut, vielleicht wieder einmal etwas als Steuerfranken zurück. Unter dem Aspekt, dass man für die Wirtschaft der Gemeinde etwas machen könnte bitte ich Sie, den Antrag nicht zu unterstützen.

Roger Jenni (FDP)

Herr Larcher, die Labelerneuerung liegt tatsächlich in der Kompetenz des Gemeinderates und wenn Sie das Label so gut studiert haben, haben Sie sicher gesehen, dass dies auch Themen wie Mobilität und Entsorgung beinhaltet und das sind alles Budgetpositionen, und zwar ob wir Energiestadt sind oder nicht. Im weitesten Sinn hat das alles mit Energie zu tun und weil Horw die Sachen seit Jahren macht, haben wir auch das Label beantragt und ich bin überzeugt, dass das Label zur Imageverbesserung beiträgt.

Manuela Bernasconi  
(CVP)

Wenn wir über die Kosten sprechen, haben wir den Mitgliederbeitrag von 2'000 Franken, den wir schon seit Jahren zahlen, weil wir schon damals, auch als wir noch nicht Energiestadt waren, den Nutzen gesehen haben. Dann haben wir alle vier Jahre ein Reaudit, bei dem die Massnahmen überdacht werden und auch wieder in die Zukunft geschaut wird. Die Verwaltung wird für die Themen sensibilisiert, das Know-how wird zusammengenommen und man hat jederzeit einen Berater zur Seite, der natürlich auch sieht, wo man Optimierungen vornehmen könnte. Wenn man das ganze Know-how von aussen einkaufen würde, dann würde es das x-fache kosten. Unsere Bevölkerung und unsere Bauherren sind für die Thematik Energie sehr sensibilisiert und als Verwaltung müssen wir das Know-how natürlich auch haben. Wir hatten z.B. eine Inhouse-Schulung über Minergiefragen, die uns statt 2'500 Franken nur 300 Franken gekostet hat. Also haben wir die Kosten von rund 4'000 Franken pro Jahr im Nu wieder herausgeholt. Wenn man dann noch alle Weiterbildungen dazurechnet, die wir machen müssen, die wir aber vergünstigt haben, und wenn wir noch die x Stunden, die der Energiestadtberater uns zur Verfügung steht über die vier Jahre zusammenzählen, sind wir weit über den 4'000 Franken. Die Massnahmen, und das finde ich das Gute an dem neuen System, segnen Sie jedes Jahr über das Budget ab. Ich bitte Sie, das energiepolitische Programm zur Kenntnis zu nehmen und uns dadurch die Möglichkeit zu geben, das Label zu erneuern.

Der Entscheid, ob das Label erneuert wird, liegt in der Kompetenz des Gemeinderates. Ich nehme deshalb den Antrag von Herrn Eberhard als Antrag auf Bemerkung entgegen.

Robert Odermatt  
(SVP)

**Abstimmung:**

Antrag auf Bemerkung von Reto Eberhard, der Erneuerung des Labels "Energistadt" nicht zuzustimmen.

**Der Antrag wird mit 7:16 Stimmen abgelehnt.**

**4.2 Förderprogramm 2011**

Bei dem Programm haben wir bisher mit 40'000 Franken gefördert. Da ein Abbau der Förderleistungen schlecht ankommt bitte ich Sie, diesen Betrag beizubehalten. Den entsprechenden Antrag werde ich bei der Budgetdebatte stellen, die Begründung möchte ich aber hier trotzdem anbringen, weil es zu dem Punkt gehört.

Jörg Stalder (L20)

Die Gemeinde hat eine Vorbildfunktion, wir haben auch ein Zitat in unserem energiepolitischen Programm, das lautet: "Die kommunale Energiepolitik vertiefen: Der Gemeinderat und das Parlament sind sich der Verantwortung im Energiebereich bewusst und stellen die notwendigen personellen, materiellen und finanziellen Mittel zur Verfügung." Das Förderprogramm der Gemeinde Meggen z.B. wird aus einem Fonds finanziert und ich möchte Ihnen nur einmal aufzeigen, was dort alles subventioniert wird. Es sind dies Energieberatungen, erneuerbare Energien, wie Holzheizungen und Wärmepumpen und es geht sogar bis zum Ersatz von Haushaltsgeräten, was ja bei uns überhaupt nicht angedacht ist. Auch das Förderprogramm der Stadt Luzern ist sehr vielfältig, darunter z.B. auch die Mobilität. Ich möchte Ihnen einfach näherbringen, dass die Gemeinde Horw zumindest so weitermachen sollte wie bisher.

Wir haben eine Motion 261 überwiesen und sollten irgendwo selber bereit sein, zu sparen. Man setzt damit ein Zeichen, dass man für die Energistadt ist und etwas machen möchte, aber die Verhältnismässigkeit muss gegeben sein. Bei all den anderen Sachen, wo wir das Wünschenswerte vom Notwendigen trennen müssen, sind wir hier schon wieder beim Wünschenswerten. Wo ist denn der Sparwille vom Rat, wenn wir aus den vorgeschlagenen 20'000 wieder 40'000 Franken machen? Das ist heikel und ich bitte Sie, das zu berücksichtigen.

Roger Jenni (FDP)

Herr Stalder hat einmal die Gemeinde Meggen als Vorbild genommen und gesagt, Horw soll auf dem Weg von Meggen weiterschreiten. Vielleicht stellen wir einmal den Antrag, unseren Steuerfuss auf den von Meggen herabzusetzen und dann schauen wir einmal ganz genau nach links, wie sich die Damen und Herren der Partei äussern.

Alwin Larcher (SVP)

**Abstimmung:**

- 1. Die Evaluation des energiepolitischen Programms 2007-2010 wird mit 28:0 Stimmen zur Kenntnis genommen.**
- 2. Das energiepolitische Programm 2011-2014 wird mit 21:5 Stimmen zur Kenntnis genommen.**

Robert Odermatt  
(SVP)

**Gesamtabstimmung:**

**Dem B+A Nr. 1435 wird mit 21:5 Stimmen zugestimmt.**

#### **4. Bericht und Antrag Nr. 1436 Auswertung Pilotprojekt Betreuungsgutscheine für Kinder im Vorschulalter**

##### **Eintreten GPK**

Am 18. Juni 2009 hat der Einwohnerrat das Pilotprojekt Betreuungsgutscheine für Kinder im Vorschulalter ohne Gegenstimme angenommen. Diese Einstimmigkeit war vor allem auf den Systemwechsel zurückzuführen. Wir alle waren uns einig, dass ein Wechsel von der Objekt- zur Subjektfinanzierung Vorteile für alle bringen wird. Heute liegt uns die Auswertung der 1. Phase der Periode vom 1. August 2009 bis 31. Januar 2011 vor.

Durch die Einführung der Betreuungsgutscheine wurde keine negative Auswirkung auf die Betreuung durch Tagesfamilien festgestellt. Auch werden nach wie vor 9 von 10 Kindern im Vorschulalter in der Familie betreut. Bei der Einführung dieser Gutscheine hatte man mit einer Steigerung von 15 auf 20 % der Nachfrage gerechnet. Effektiv liegt der aktuelle Betreuungsgrad bei 10 %. Die Nachfrage nach Betreuungsgutscheinen hat sich also geringer entwickelt als angenommen. Neben der Wirtschaftskrise, der Anlaufphase des Projektes wäre auch möglich, dass kein grösserer Bedarf besteht. In diesem Fall müssten wir uns auch künftig fragen, ob es wirklich nötig ist, für jedes Bedürfnis einen grossen Verwaltungsapparat aufzubauen.

Der administrative Aufwand wurde in der ersten Projektphase mit 20 Stellenprozenten bewilligt. Dieser Aufwand für das Tagesgeschäft dürfte künftig geringer ausfallen, weshalb die GPK im Budget die geforderten 20 Stellenprozente im Bereich Familie plus ablehnen wird.

Die Kosten für die Betreuungsgutscheine sind gesamthaft deutlich geringer ausgefallen als berechnet. Die 130'000 Franken, die der Bund als Referenzzahl für die Anschubfinanzierung festgelegt hat, werden wahrscheinlich knapp nicht erreicht. Folglich wird der Bund auch keine Beiträge leisten.

Aufgrund der insgesamt erfolgreich verlaufenen ersten Projektphase möchte der Gemeinderat die zweite Phase auslösen, jedoch diese bereits am 31. Dezember 2011 beenden. Das Projekt wurde abgespeckt und auf eine externe Evaluation soll verzichtet werden, da bereits die erste Phase fundierte Resultate gebracht hat. Die Kosten für die zweite Phase sind ins Budget 2011 aufgenommen worden und können vom Einwohnerrat im Rahmen des ordentlichen Budgetprozesses bewilligt werden.

Es hat sich gezeigt, dass der Systemwechsel der richtige Entscheid zum richtigen Zeitpunkt gewesen ist. Die Kitas zu unterstützen, bis ein breites Angebot steht, und nachher auf die Betreuungsgutscheine zu wechseln und den Markt spielen zu lassen. Mit diesem System werden die Gelder gerechter verteilt. Sozial Schwächere und Familien, die auf einen Doppelverdienst angewiesen sind, können bei diesem System besser profitieren. Die GPK ist für Eintreten und einstimmig für Kenntnisnahme der Auswertung des Pilotprojektes "Betreuungsgutscheine für Kinder im Vorschulalter".

Irène Zingg-Vetter  
(FDP)

### **Eintreten GSK**

Angesichts der jetzigen Situation, mit einer geringeren Inanspruchnahme der Gutscheine als erwartet, und weil seitens des Bundes keine weiteren Subventionen mehr ernsthaft zu erwarten sind, weil zum einen die Referenzzahl von 130'000 Franken, die sich nach den Beiträgen der Gemeinde an die Kinderbetreuung vor Einführung der Gutscheine bezieht, nicht erreicht wird und zum andern der Bund nur neue Projekte unterstützt, die neue Erkenntnisse erwarten lassen, was bei Horw nicht der Fall sein wird, erscheint der Entscheid des Gemeinderates, die zweite Projektphase zu verkürzen und bereits per 31. Dezember 2011 zu beenden, als vernünftig und wird von uns unterstützt. Es scheint auch sinnvoll, das Projekt künftig an den Budgetrhythmus anzupassen. Wir beantragen Kenntnisnahme und Beschluss, wie im B+A vorgelegt.

Astrid David Müller  
(SVP)

### **Eintreten CVP**

Wir sind der Meinung, dass die Einführung der Betreuungsgutscheine für Kinder im Vorschulalter erfolgreich gestartet wurde und dass es sinnvoll ist, die Projektphase auch abzuschliessen. Dass die Projektphase abgekürzt wird, können wir nachvollziehen, hat man doch erste aussagekräftige Erkenntnisse gewonnen. Man möchte mit diesem Projekt in den Budgetprozess gelangen und vom Bund sind keine Zuschüsse mehr zu erwarten.

Urs Hediger (CVP)

Wir haben auch darüber diskutiert, ob überhaupt und welche Auswirkungen diese Einführung gebracht hat, gerade im Bereich der Sozialleistungen. Man hat erkennen können, dass gewisse Veränderungen im positiven Sinn eingetreten sind.

Ich bin der Meinung, dass man hier vielleicht aufpassen muss, dass man in der Diskussion über Veränderungen nicht "zu wissenschaftlich" argumentiert, nicht dass man den Eindruck gewinnen könnte, dass die Schicksale von Personen und Familien nicht zu sehr "Fälle" werden, die dann einfach von der einen zur anderen Institution hin- und hergeschoben werden. Wir finden es richtig, dass den Empfängern durch diese Möglichkeit der Betreuungsgutscheine zu mehr Wahlfreiheit verholfen wird, was auch sehr geschätzt wird.

Wir haben uns noch über den Bericht "Evaluation Pilotprojekt Betreuungsgutscheine" unterhalten und uns gefragt, warum hier keine wesentlichen neuen, nicht von der Gemeinde zur Verfügung gestellten oder abrufbare Informationen enthalten sind. Von daher schien uns der Inhalt - oder nicht enthaltene Inhalt - des Berichtes sehr kostentreibend.

Wir sind dann aber zur Überzeugung gekommen, dass es - wenn man vom Bund finanzielle Unterstützung für gewisse Projekte anfordern will - gewisse, neutrale Begleittätigkeiten geben muss, damit das Projekt dann auch die nötige Akzeptanz und Anerkennung erhält. Die CVP-Fraktion ist für Eintreten, nimmt die Auswertung der 1. Phase einstimmig zur Kenntnis und stimmt der 2. Phase des Pilotprojektes ebenfalls einstimmig zu.

### **Eintreten SVP**

Der Entscheid des Gemeinderates zur Verkürzung der 2. Projektphase ist richtig und wird von unserer Fraktion unterstützt. Offenbar wurden die Betreuungsgutscheine weniger in Anspruch genommen als ursprünglich erwartet. Mögliche Begründungen hierfür sind vielfältig und reichen von der Wirtschaftskrise über die generelle Schwierigkeit von Neuerungen, sich zu etablieren bis zur Annahme, dass in Horw - wohl aus vielfältigen Gründen - ein geringerer Bedarf an Fremdbetreuung oder an der Erlangung solcher Gutschriften besteht. Was auch immer der Grund sein mag, es ist sicher vernünftig, das Projekt abzukürzen und an den normalen Budgetrhythmus anzupassen. Wir beantragen Kenntnisnahme und Beschluss im Sinne des B+A.

Astrid David Müller  
(SVP)

### **Eintreten FDP**

Grundsätzlich lässt sich sagen, dass das Pilotprojekt gut angelaufen ist. Die Nachfrage ist aber deutlich geringer ausgefallen als erwartet. Das wichtigste Ziel, dass in einzelnen Fällen durch die Subvention von Betreuungsplätzen Familienarmut vermieden werden kann, ist erreicht worden. Ein anderer Vorteil ist sicher auch, dass die Gemeinde mit dem neuen System nur diejenige Betreuung finanziert, die auch tatsächlich in Anspruch genommen wird. Vorher hat die Gemeinde indirekt die Kitas finanziert. Somit spielt auch der Betreuungsgrad nur eine nebensächliche Rolle. Was den administrativen Aufwand betrifft ist es wichtig, dass dieser jetzt nach der ersten aufwändigen Phase reduziert werden muss. Auch wenn die Anschubfinanzierung vom Bund für die 2. Phase wahrscheinlich ausbleibt, lässt sich doch sagen, dass das Projekt auf gutem Weg ist. Wir sind der Meinung, dass es Sinn macht und von Nutzen ist, das Projekt in die 2. Phase zu schicken. Die FDP-Fraktion ist für Eintreten.

Heidi Pieper-Berdux  
(FDP)

### **Eintreten L2O**

Die Einführung des neuen Finanzierungssystems für die familienergänzende Kinderbetreuung im Vorschulalter am 1. August 2009 hat sich gemäss vorliegender Auswertung bewährt. Eltern können eine Betreuung für ihre Kinder auch ausserhalb der Horwer Kindertagesstätten wählen, zudem stehen ihnen in Horw auch Tageseltern für die Betreuung zur Verfügung und es werden alle unter den gleichen Bedingungen unterstützt. Kommt hinzu, dass die Unterstützung für die Eltern effektiv sichtbar ist, da sie direkt an die Eltern geht und nicht mehr an die Institutionen. Auch in Luzern ist das Pilotprojekt auf sehr gutem Weg und auch weitere Gemeinden, z.B. Kriens, überlegen sich, dieses Finanzierungsmodell zu übernehmen. In der Region Luzern ist durch die Einführung der Betreuungsgutscheine ein Markt unter den Kindertagesstätten entstanden, der dazu geführt hat, dass freie Betreuungsplätze vorhanden sind. Besonders erfreulich ist auch, wenn durch die unterstützte Fremdbetreuung die Auszahlung von Sozialhilfe verhindert werden kann.

Beatrice Heeb-Wagner  
(L2O)

Zudem zeigt sich, dass mit der Einführung der Betreuungsgutscheine die innerfamiliäre Betreuung nicht konkurrenziert wird. Die Anzahl der fremdbetreuten Kinder im Vorschulalter ging eher zurück. Verglichen mit dem Luzerner Modell ist wahrscheinlich ein wichtiger Grund dafür, dass die Gutscheinbeträge eher tief eingestuft sind. Die Ausgaben für die Betreuungsgutscheine sind sogar so niedrig ausgefallen, dass für Horw kaum Anspruch für Bundessubventionen für das Jahr 2010 besteht. Trotzdem ist es möglich, innerhalb der Sonderkredit-Limite abrechnen zu können, dank einer Berechnung mit einer grossen Sicherheitsmarge.

Aufgrund der Nachfrage und der Entwicklung in der ersten Phase des Pilotprojekts scheint es uns sinnvoll, das Projekt, wie vom Gemeinderat vorgeschlagen, anzupassen, zu verschlanken, die ungewissen Bundesbeiträge bei den Berechnungen auszuschliessen und die Projektphasen an den jährlichen Budgetrhythmus anzupassen.

Für die zweite Phase schlagen wir die Einführung eines Geschwisterbonus vor. Aufgrund der eher tiefen Gutscheinbeträge scheint uns diese Massnahme, die gemäss B+A zirka 10'000 Franken kosten würde, vertretbar. Und für die betroffenen Familien würde dies doch eine spürbare Entlastung bedeuten. Ein entsprechender Antrag wird in der Detailberatung gestellt. Die L2O ist für Kenntnisnahme der Auswertung der 1. Phase und für die vorgeschlagene Weiterführung in der 2. Phase.

Der B+A wie auch der Expertenbericht sind zwar interessant zu lesen, gehen aus meiner Sicht aber relativ weit am Punkt vorbei. In den Berichten wird hauptsächlich dargelegt, dass Kinderbetreuung an und für sich etwas Gutes ist, da sind sich wahrscheinlich die meisten Leute einig, es wird für mich aber viel zu wenig auf die konkreten Konsequenzen des Systemwechsels eingegangen. Wir wollten nicht Kinderbetreuung an und für sich einführen, das hatten wir vorher schon, sondern wir wollten ein System durch ein besseres ersetzen. Wenn man den Bericht anschaut, fehlen mir die konkreten Aussagen, was jetzt besser ist als vorher. Es sind im B+A Nr. 1400, der Grundlage für die Einführung war, auch gewisse Ziele stipuliert worden. Es war die Rede von gesenkter Sozialhilfequote, es war die Rede von einem Steuersubstrat, das man generieren könne und von einem wundersamen Multiplikator, der offenbar entsteht, wenn man die Förderung betreibt. Von all dem lesen wir bisher nichts. Das stellt aus meiner Sicht nicht die positive Würdigung des Projektes, das vorher gemacht wurde, infrage, es stellt für mich aber die Qualität einer Entscheidungsgrundlage, die uns vorgelegt wird, infrage.

Markus Bider (CVP)

Für den Expertenbericht wurden 16'000 Franken ausgegeben, um einen Bericht zu erhalten, der ausser ein paar anekdotischen Erkenntnissen zu Fallstudien in bestimmten familiären Konstellationen, eigentlich keinen Erkenntnisgewinn bringt. Insbesondere bringt er keinen Erkenntnisgewinn ausser Vermutungen und Mutmassungen und keinen belegten Erkenntnisgewinn über die finanziellen Wirkungen, sei es für die bestehenden Tagesbetreuungsorganisationen, die jetzt keine Subventionen mehr erhalten, oder was jetzt konkret mit den tollen Auswirkungen im Hinblick auf das Steuersubstrat passiert ist.

In diesem Sinn möchte ich hoffen, dass Expertenberichte zurückhaltender in Auftrag gegeben werden, weil der Erkenntnisgewinn nicht nur hier, sondern oft relativ klein ist und wenn wirklich wenig geleistet worden ist, was nach meinem Dafürhalten so ist, kann man einen Bericht auch einmal zurückweisen und Nachbesserung verlangen.

Im Hinblick auf die Gestaltung des B+A wäre es sinnvoller, wenn man wieder gezielt auf die Ziele, die man sich gesetzt hatte, Bezug nehmen würde.

Ich danke für die gute Aufnahme des Berichtes, obwohl am Schluss gewisse Kritik festzustellen war. Das ist auch ein Grund, dass wir eine sehr kurze Phase hatten und wir haben natürlich auch probiert, das mit der Stadt Luzern abzustimmen. Vor allem was das Steuersubstrat anbetrifft, war die Zeit effektiv zu kurz und wir haben uns darum auf Einzelfallüberprüfungen konzentriert, die die Annahme aufgrund von dem Büro bestätigt haben und es ist klar, dass man der Fachlichkeit des Büros glaubt.

Oskar Mathis (L20)

Der Systemwechsel von der Objekt- zur Subjektfinanzierung hat sich in der Praxis bewährt und eine Verbesserung gebracht, insbesondere vor allem die Wahlfreiheit für die Eltern. Die Auswertung hat auch ergeben, dass sich Subventionen in den meisten Fällen schon kurzfristig rechnen. Es konnte auch festgestellt werden, dass keine Konkurrenzierung von anderen Angeboten stattgefunden hat und dass Familien sehr verantwortungsvoll mit der Möglichkeit umgehen und nicht einfach das Angebot grosszügig nutzen. Von dem Angebot wird meistens an zwei Tagen pro Woche Gebrauch gemacht. Die Einführung der Betreuungsgutscheine kann als Erfolg gewertet werden und wir schätzen es auch, dass eine finanzielle Win-win-Situation entstanden ist, Wir konnten im ersten Jahr aber auch Bundessubventionen abholen, was für die zweite Phase noch nicht sicher ist. Für den Gemeinderat ist es logisch, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen und die noch verbleibende Pilotphase zur Verifizierung der bisherigen Resultate zu nutzen und insbesondere auch in den normalen Budgetrhythmus zu kommen. Ich kann Ihnen auch sagen, dass der administrative Aufwand sicher reduziert werden kann, er ist auch schon tiefer budgetiert.

## Detailberatung Bericht und Antrag

### 4 Zweite Phase Periode 1. Februar 2011 bis 31. Dezember 2011

Die geprüften Entwicklungsszenarien für die 2. Phase sollen gegenüber dem bestehenden Modell keine weiteren Zusatzkredite mehr notwendig machen. Das scheint uns momentan soweit sinnvoll, was die Erweiterungen der Gutscheinhöhe betrifft. Doch die Gutscheinhöhen in Horw sind im Vergleich zum Luzerner Modell relativ tief.

Luzern hat vier Monate vor Horw mit dem Pilotprojekt Betreuungsgutscheine angefangen und wird per 1. Januar 2011 Anpassungen vornehmen, weil man vor allem die unteren Einkommen mit noch höheren Beiträgen unterstützen möchte. Das betrifft Gutscheinhöhen für Kinder ab 18 Monaten, das sind auch andere Tarifstufen in den Kindertagesstätten. Für Kinder von 3 bis 18 Monaten sind die Beiträge höher. Am 1. Januar 2010 wurde in Luzern auch ein Geschwisterbonus eingeführt, weil Berechnungen aufgezeigt haben, dass es sich für Familien mit zwei oder mehreren familienextern betreuten Kindern aus finanzieller Sicht unter gewissen Umständen kaum lohnt, wenn beide Elternteile erwerbstätig sind. Das Zusatzeinkommen muss in dem Fall weitgehend für Betreuungskosten aufgewendet werden. Eine gezielte Entlastung für diese Familien könnte mit der Einführung eines Geschwisterbonus erreicht werden. Eine Beitragserhöhung mit einem fixen Frankenbetrag hat den Vorteil, dass damit alle Einkommensstufen effektiv entlastet werden könnten.

Beispiel Geschwisterbonus in Luzern: Das erste Kind erhält den ordentlichen Betreuungsgutscheinbetrag. Jedes zweite und weitere Kind, das in einer Kita oder bei Tageseltern unterstützt wird, erhält zusätzlich einen Bonus von 10 Franken pro Tag respektive 1 Franken pro Stunde bei den Tageseltern.

Wir stellen den Antrag, dass die vergleichsweise kostengünstige Anpassung, nämlich die Einführung eines Geschwisterbonus, gemäss B+A Zusatzkosten von 10'000 Franken, für die 2. Phase des Pilotprojekts umgesetzt wird.

Es geht wieder einmal mehr darum, 10'000 Franken auszugeben für einen Geschwisterbonus im Rahmen von dem Pilotprojekt, das ja schon um ein Jahr abgekürzt wurde. Auch in Bezug auf die Motion 261 schlage ich vor, dass wir das Projekt so durchzuziehen, wie wir es bestimmt und beschlossen haben und dann am Schluss schauen. Sollte das dann tatsächlich auch eingeführt werden, was am Schluss zu befürchten ist, kann man immer noch im Rahmen des Budgets schauen, ob man die Kosten für einen Geschwisterbonus tragen möchte oder nicht.

Es ist gesagt worden, dass das Zusatzeinkommen bei zwei oder drei fremdbetreuten Kindern wieder "weggefressen" wird. Da kann man sich fragen, ob es nicht gescheiter ist, wenn die Eltern, wenn es wirklich um so wenig geht, nicht besser zu Hause zu ihren Kindern schauen würden als diese dann noch fremdbetreuen zu lassen. Ich mache Ihnen beliebt, den Antrag abzulehnen.

Ich kann Herrn Bachmann unterstützen, ich halte einen Geschwisterbonus für das falsche Signal. Wir haben jetzt gesehen, dass die Subventionen vom Bund nicht mehr zu erwarten sind und dass die Nachfrage kleiner ist. Da wäre für mich eine detaillierte Analyse notwendig, wie es auch Herr Bider gesagt hat, was z.B. die Gründe dafür sind, warum die Nachfrage so gering ist. Aber das kann man aufgrund des vorliegenden Berichtes nicht sagen und deshalb würde ich den Antrag stellen, dass man den Antrag ablehnt und jetzt abwartet und wie der Gemeinderat beantragt hat, mit den bisherigen Beiträgen weiterfährt und das Ganze mit dem Budget genauer anschaut.

Beatrice Heeb-Wagner  
(L2O)

Markus Bachmann  
(SVP)

Astrid David Müller  
(SVP)

Wir haben gehört, dass Meggen eine Menge an Kühlschränke und Kaffeemaschinen usw. zahlt und in der Folge noch einen tiefen Steuersatz hat. Wenn ich Horw aber mit Luzern vergleiche, sind wir natürlich in Horw mit einem bedeutend günstigeren Steuersatz vs. der Stadt Luzern privilegiert und dann rechtfertigt es sich, dass Horw ein zwei Franken weniger in den Geschwisterrabatt investiert vs. der Stadt Luzern. Die Gesamtbelastung des Haushaltes für Kinderbetreuung plus Steuern ist in Luzern, obwohl die Unterstützung für Kinderbetreuung grösser ist, höher als in Horw. Also sehe ich den Grund nicht ganz ein, warum man so einen Antrag unterstützen soll. Ich habe auch Kinder und es käme mir nie in den Sinn, aus einem Geschwisterbonus Profit zu schlagen, weil ich die anderen Privilegien, die die Gemeinde hat, zu schätzen weiss und nicht das Gefühl habe, noch mehr Ansprüche stellen zu müssen.

Roger Jenni (FDP)

Wir haben im Gemeinderat die verschiedenen Szenarien geprüft und uns grundsätzlich entschieden, dass wir nichts verändern wollen, weil wir immer noch in der Pilotphase sind. Wir möchten uns diese Frage erst wieder am Ende des Pilotprojektes stellen.

Oskar Mathis (L20)

**Abstimmung:**

Antrag von Beatrice Heeb, für die 2. Phase des Pilotprojekts einen Geschwisterbonus mit Zusatzkosten von 10'000 Franken einzuführen.

Robert Odermatt  
(SVP)

**Der Antrag wird mit 5:22 Stimmen abgelehnt.**

**Evaluationsbericht der Firma Interface**

Keine Wortmeldungen

**Abstimmung:**

- 1. Die Auswertung der 1. Phase des Pilotprojekts "Betreuungsgutscheine für Kinder im Vorschulalter" wird mit 28:0 Stimmen zur Kenntnis genommen.**
- 2. Die 2. Phase des Pilotprojekts wird einstimmig für die Dauer vom 1. Februar 2011 bis 31. Dezember 2011 beschlossen.**

**Gesamtabstimmung**

**Dem B+A Nr. 1436 wird einstimmig zugestimmt.**

**5. Bericht und Antrag Nr. 1430 Jahresprogramm 2011**

**Eintreten GPK**

Die Erstellung eines Jahresprogramms ist eine Vorgabe des Kantons. Während im Vorjahr das Programm noch Bestandteil des Budgets war, kommt es in diesem Jahr als eigenständiger Planungsbericht daher, was unsere Kommission begrüsst. Anlässlich der Beratung haben wir keine wesentlichen Feststellungen gemacht. Der Berichtsinhalt entspricht soweit den Erwartungen und weist in dem Sinn keine Überraschungen auf. Die GPK ist für Eintreten und Kenntnisnahme. Wir werden bei der Detailberatung einen Antrag auf Bemerkung stellen.

Thomas Zemp (CVP)

### **Eintreten BVK**

Im Jahresprogramm haben wir alle baurelevanten Ziele angeschaut. Ich nenne z.B. die Schwimmhalle Spitz, die gemäss Beschluss vom Einwohnerrat saniert sein soll, die Sanierung des Gemeindehauses soll in Ausführung sein und wir werden einen Planungsbericht über die Sanierung der Ufermauer Rüteli erhalten. Die BVK hofft, dass alle baurelevanten Ziele erfüllt werden können und ist einstimmig für Eintreten und Kenntnisnahme vom B+A Nr. 1430.

Reto Deschwanden  
(CVP)

### **Eintreten GSK**

Die GSK hat die sozial- und gesundheitsrelevanten Themen behandelt. Auch hier zeigt sich, dass die neue Pflegefinanzierung präsent ist und mit ihren 2 Mio. Franken schwer auf das Budget drückt. Wegen der neuen Pflegefinanzierung musste auch die Taxordnung im Kirchfeld angepasst werden. In unserer Kommission hat auch die Weiterführung der 50 %-Stelle der sozialräumlichen Jugendarbeit zu reden gegeben. Die GSK nimmt das Jahresprogramm zur Kenntnis und ist für Eintreten.

Heidi Pieper-Berdux  
(FDP)

### **Eintreten CVP**

Die CVP ist für Kenntnisnahme des Jahresprogramms 2011. Wir werden in der Detailberatung des Budgets 2011 noch auf einzelne Themen eingehen.

Sommerhalder Rita  
(CVP)

### **Eintreten SVP**

Im Jahresprogramm sind die zu erreichenden Ziele für das Jahr 2011 aufgeführt. Wir werden Ende des Jahres sehen, was davon erreicht worden ist. Die SVP ist einstimmig für Eintreten.

Bachmann Markus  
(SVP)

### **Eintreten FDP**

Die FDP Fraktion ist erstaunt, dass keine Ziele unter "2.20 Finanzen und Steuern" aufgeführt sind, haben wir doch relativ viele Ausgaben und die Ausgabendisziplin ist nicht über alles erhaben. Die FDP-Fraktion ist für Eintreten und Zustimmung zum B+A.

Röllli Urs (FDP)

### **Eintreten L20**

Es ist ein schlankes, aber nicht weniger gewichtiges Jahresprogramm. Jahresprogramme sind eine Art Leitlinie oder Richtschnur. Wir sind der Meinung, dass der Gemeinderat damit aber nicht über die Schnur haut. Doch auch das Programm wird nicht vor Überraschungen gefeit sein, aber es sollte je nach dem flexibel gehandhabt und angepasst werden.

Franz Leipold (L20)

Einige Bemerkungen dazu:

- Zum Personal: Gutes Personal muss weitere Wertschätzung erfahren und soll sich auch weiterbilden.
- Zu den Immobilien: Schön, dass die Schwimmhalle Spitz mit der Fenster- und Fassadensanierung endlich fertig wird.
- Beim Sanierungsprojekt Gemeindehaus sollte noch vermehrt auf die Ideen, Anliegen und Wünsche von den Mitarbeitenden im Sinne der Partizipation eingegangen werden und sie sind bei der Planungs- und Abschlussphase noch vermehrt einzubeziehen.
- Auch hoffen wir, dass es mit der Planung des Oberstufenschulhauses zügig vorangeht.
- Bei der sozialen Wohlfahrt setzen wir grosse Hoffnung in eine Weiterführung der Betreuungsgutscheine. Doch das muss der Rat mittragen.
- Die Ein- und Weiterführung der "sozialräumlichen und aufsuchenden Jugendarbeit" ist in unserem Sinne.

- Zum Strassenbau mit der leidigen Strassensanierung in Richtung Kastanienbaum möchte ich nichts mehr sagen.
- Beim Umweltschutz unterstützen wir die Weiterführung von einem energiepolitischen Programm, das den Namen auch verdient und aufs Ziel gerichtet ist.
- Gespannt warten wir auf das Vorprojekt für die Neugestaltung des Bahnhofs und vom Bahnhofplatz und auf die Übergänge und die Verbindung zwischen den Ortsteilen und wie die Durchlässigkeit gewährleistet wird.
- Bei der Revision des Abfallreglements sollten eventuell Überlegungen zu einer verursachergerechten Grundgebühr angestellt werden.
- Zum Schluss zur Wirtschaft: Die Förderung der "Einkaufslust in Horw" ist immer gut, sonst wird aus der Lust schnell ein Frust, und das wollen wir doch alle nicht

Die L2O unterstützt das Jahresprogramm des Gemeinderates und ist für Eintreten und Kenntnisnahme.

### **Detailberatung**

#### **2.15 Wasser und 2.16 Siedlungsentwässerung**

Die beiden Reglemente wurden überarbeitet und sind rechtskräftig und jetzt geht es um die Einführung. Aus Sicht des Bürgers stellen die neuen Reglemente eine massive Veränderungen dar, z.B. mit der Zoneneinteilung und es wäre sinnvoll gewesen, wenn man das in dem Jahresprogramm zumindest aufgeführt hätte.

Thomas Zemp (CVP)

Mit der Genehmigung des Reglementes wurde bereits aufgegleist, wie das ablaufen und umgesetzt werden soll und darum wurde es nicht mehr aufgeführt. Es wird so sein, dass jetzt eine provisorische Rechnung sowie eine Broschüre verschickt und darauf aufmerksam gemacht wird, wie das mit der öffentlichen Auflage, den Einsprachemöglichkeiten und den Informationstagen vonstattengehen soll.

Manuela Bernasconi (CVP)

#### **2.20 Finanzen und Steuern**

Die GPK stellt einen Antrag auf Bemerkung. Wir sind ein wenig enttäuscht, dass zu den Finanzen und Steuern keine speziellen Ziele erwähnt sind. Wir haben den Eindruck, dass man es sich da sehr einfach gemacht hat oder man sieht die Herausforderung nicht, vor der wir stehen. Die Bemerkung lautet: "Die Gemeinde steht vor grossen finanziellen Herausforderungen, insbesondere, was das Investitionsvolumen und die dafür notwendige Finanzierung betrifft. Hier werden Aussagen erwartet, wie mit diesen Herausforderungen umgegangen wird."

Thomas Zemp (CVP)

#### **Abstimmung:**

Antrag der GPK auf folgende Bemerkung: "Die Gemeinde steht vor grossen finanziellen Herausforderungen, insbesondere was das Investitionsvolumen und die dafür notwendige Finanzierung betrifft. Hier werden Aussagen erwartet, wie mit diesen Herausforderungen umgegangen wird."

Robert Odermatt (SVP)

#### **Dem Antrag auf Bemerkung wird mit 27:0 Stimmen zugestimmt.**

Die Formulierung mag ein wenig einfach daherkommen, wir sind aber der Meinung, dass, was die Finanzpolitik und -entwicklung der Gemeinde Horw anbelangt, das "Fleisch am Knochen" der Finanz- und Aufgabenplan ist. Darin sind auch die Leitsätze und Massnahmen formuliert, wie wir gedenken in den nächsten Jahren darauf einzugehen. Selbstverständlich erinnern Sie sich auch an die Berichte und Anträge, wie den für die Sanierung Gemeindehaus oder auch den Planungsbericht Ortszentrum, wo wir immer auf die Problematik hingewiesen haben, was die Finanzierung der Projekte anbe-

Gianmarco Helfenstein (CVP)

langt. Auch in den Mehrjahresplänen haben wir die Entwicklung der Verschuldung aufgezeigt und wie man die Finanzen beschaffen möchte und ich glaube, dort ist auch der Kern und die Wichtigkeit der Aussagen.

**Abstimmung:**

**Das Jahresprogramm 2011 wird einstimmig zur Kenntnis genommen.**

Robert Odermatt  
(SVP)

## 6. Bericht und Antrag Nr. 1434 Budget 2011

### Eintreten GPK

Mit dem B+A Nr. 1434 legt uns der Gemeinderat ein Budget 2011 vor, das bei unverändertem Steuerfuss von 1.60 Einheiten einen Aufwandüberschuss von 1.734 Mio. Franken bei der Laufenden Rechnung ausweist. Dies bei einem Gesamtaufwand von 81.6 Mio. Franken und einem Gesamtertrag von 79 Mio. Franken. Das Budget der Investitionsrechnung zeigt Nettoinvestitionen von 8.7 Mio. Franken. Aus den beiden Budgets resultiert ein Finanzierungsfehlbetrag von 8.1 Mio. Franken. Bezogen auf die Darstellung präsentieren sich die Unterlagen gleich wie im Vorjahr. Die Kostenarten werden 3-stellig gezeigt. Dieser Detaillierungsgrad scheint sich zu bewähren. Wie bereits in den Vorjahren hat die Geschäftsprüfungskommission zuhänden ihrer Mitglieder das Detailbudget im Detaillierungsgrad der 5-stelligen Kostenarten verlangt. Nach wie vor wurden keine Umlagen budgetiert. Die Umlagen wurden erstmals auf Basis der Rechnung 2009 vorgenommen. Ab 2012 sollen auch bei der Budgetierung Umlagen berücksichtigt werden. Mit Ausnahme bei der "Laufenden Rechnung nach Arten" fehlt jeweils der Vergleich mit der Rechnung 2009. Dieser Vergleich ist vom Kanton vorgeschrieben. Aufgrund der fehlenden Erfahrungen mit der Kostenumlage kann dieser Vorgabe aber erst ab dem Budget 2012 nachgekommen werden. Auf den ersten Blick präsentiert sich das Budget recht unspektakulär. Auf den zweiten Blick stellt man fest, dass es aber 3 Themenfelder gibt, die das Budget massgeblich beeinflussen, nämlich:

- Neue Pflegefinanzierung
- Steuergesetzrevision 2011
- Entlastungsmassnahmen auf Basis des Schlussberichtes Optimierung Finanzhaushalt (B+A Nr. 1427)

Die GPK hat den B+A und weitere Detailunterlagen zum Budget mit den zuständigen Gemeinderäten diskutiert und geprüft. Sämtliche Detailfragen konnten entweder während der Sitzung mündlich oder dann im Nachgang schriftlich beantwortet werden. Der formale Antrag der Kommission in Ihrer Funktion als Controlling-Kommission findet sich auf Seite 110 des Budgets.

Die wichtigsten Zahlen des Budgets 2011:

Ausgabeseite:

- Der Personalaufwand wird mit 35.46 Mio. Franken budgetiert. Das sind rund 164'000 Franken mehr, als im Budget 2010. Gegenüber der Rechnung 2009 sind es 0.5 Mio. Franken mehr.
- Aufgrund der geringeren Schülerzahlen und der grösseren Klassenbestände sinken die Lohnkosten bei den Lehrpersonen um 0.25 Mio. Franken.
- Bei den Behörden und Kommissionen sind 70'000 Franken und beim Verwaltungs- und Betriebspersonal 190'000 Franken Mehrkosten budgetiert. Ersteres ist eine Folge der beantragten neuen Entschädigungsbasis der Schulpflege und der Mehrkosten beim Urnenbüro infolge des Wahljahres. Zweitens begründet sich mit Anpassungen beim Stellenplan und mit der Lohnsummenerhöhung von 1.5 %.

Thomas Zemp (CVP)

- Durch verschiedene Massnahmen gemäss Schlussbericht "Optimierung des Finanzhaushaltes" konnten die Personalkosten um 176'000 Franken entlastet werden und das führt dazu, dass es netto eine geringe Zunahme gibt.
- Der Sachaufwand nimmt gegenüber dem Budget 2010 um rund 170'000 Franken zu. Verglichen mit der Rechnung 2009 ist es eine Reduktion um 0.4 Mio. Franken.
- Die Passivzinsen fallen leicht tiefer aus als im Vorjahr. Im kommenden Jahr wird die Umschuldung von 7 Mio. Franken fällig. Infolge günstigeren Konditionen sollten die Zinsen tiefer ausfallen.
- Die Abschreibungen bleiben mit total 3 Mio. Franken weitgehend auf den Vorjahreswerten konstant. Wobei anzumerken ist, dass die ordentlichen Abschreibungen um 0.2 Mio. Franken ansteigen, während aber auf zusätzliche Abschreibungen in gleicher Höhe verzichtet wurde.
- Beim kantonalen Finanzausgleich wird die Gemeinde neu mit 1.6 Mio. Franken für den Ressourcenausgleich belastet. Das sind 70'000 Franken weniger als im Vorjahr.
- Bei den Kostenarten 35 (Entschädigung an Gemeinwesen) und 36 (Eigene Beiträge) steigen die Ausgaben um knapp 2.3 Mio. Franken, was im Wesentlichen eine Folge der neuen Pflegefinanzierung ist.

#### Einnahmenseite:

- Auf der Einnahmenseite sieht der Gemeinderat bei einem Steuerfuss von 1.60 Einheiten Steuereinnahmen von Total 43.7 Mio. Franken vor. Das sind 0.5 Mio. Franken mehr als im laufenden Jahr budgetiert und 1.88 Mio. Franken mehr als 2009 tatsächlich eingenommen. Ein Rechnungslauf per Ende Oktober hat die Zahlen für 2010 bestätigt.
- Die Kostenarten 41 (Regalien) und 42 (Vermögenserträge) wurden mit Total 2.99 Mio. Franken nur leicht höher budgetiert als im Vorjahr. Innerhalb der Vermögenserträge gibt es aber Verschiebungen. So wurde ein möglicher Buchgewinn tiefer budgetiert als im Vorjahr, während dafür aber höhere Erträge aus Baurechtszinsen veranschlagt werden.
- Die Einnahmen unter Kostenart 43 (Entgelte) wurden um 1.5 Mio. Franken höher budgetiert als im laufenden Jahr. Verglichen mit der Rechnung 2009 sind es aber lediglich 0.3 Mio. Franken mehr. Einen wesentlichen Beitrag leisten hier die höheren Gebühren für die Siedlungsentwässerung auf der Basis des neuen Reglements.
- Die Rechnung des Hauses für Betreuung und Pflege Kirchfeld ist als Spezialfinanzierung für das Jahr 2011 praktisch ausgeglichen, mit einem kleinen Überschuss von 19'700 Franken als Einlage in die Spezialfinanzierung budgetiert.

#### Investitionen:

- Die Nettoinvestitionen liegen mit 8.7 Mio. um 2.8 Mio. Franken höher als im Budget 2010. Unter anderem sind auch 3 Mio. Franken für die Sanierung des Gemeindehauses enthalten. Der tatsächliche Anfall dieser Investitionen ist aber weitgehend davon abhängig, ob die geplanten Projekte zeitgerecht realisiert werden können.

#### Finanzierungsfehlbetrag:

- Die Finanzierungsrechnung weist damit einen Finanzierungsfehlbetrag von 8.1 Mio. Franken aus. Dies bedeutet, dass sich die Gemeinde im 2011 weiter verschuldet.

Die GPK ist für Eintreten und wird in der Detailberatung noch verschiedene Anträge stellen.

### **Eintreten BVK**

Die Bau- und Verkehrskommission hat das vorliegende Budget 2011 in allen baurelevanten Belangen geprüft. Die Stellungnahme der BVK beschränkt sich demzufolge auch nur auf das Bauliche und ist keine Gesamtanschauung.

#### Laufende Rechnung:

Wir haben festgestellt, dass die vorgeschlagenen Renovationen und Unterhaltsarbeiten einigermaßen verhältnismässig sind. Es gilt aber auch zu erwähnen, dass als Miliz-Kommission Sparpotenzial nur schwer erkennbar ist, da unzählige Positionen aus Kleinbeträgen nur mit unverhältnismässigem Aufwand zu eruieren sind und deren absolute Notwendigkeit nicht immer erkennbar ist. Wir appellieren jedoch bei den jeweiligen Sitzungen eindringlich an die Verantwortlichen, dass Notwendiges von Wünschenswertem getrennt werden soll. Dies, so findet es die Kommission, wird auch akzeptiert und umgesetzt.

#### Investitionsrechnung:

Es sind Nettoinvestitionen von 8.6 Mio. Franken veranschlagt, die grössten Positionen sind die St. Niklausenstrasse und das Gemeindehaus. Diese Projekte sind oder werden noch behandelt, Details werden oder sind schon beraten worden. Den Vorprojekten für die diversen Strassenbauten stimmen wir zu, sie sind so auch in unserer Kommission resp. vom Rat gewünscht worden. Bei der Evaluation ORST sind wir auf die Ergebnisse gespannt. Die Investitionen bei der Wasser- und Abwasserversorgung begrüessen wir, sie sind verhältnismässig. Eine Anregung: Der Voranschlag sieht vor, dass der Schwes-ternbergbach zulasten der Gemeinde saniert werden muss. Die BVK findet, dass der Nationalstrassenbau auch zu dieser Misere beigetragen hat. So gesehen soll der Gemeinderat sich für eine Mitfinanzierung des Bundes einsetzen. Anträge hat die Kommission keine. In der Folge opponiert die BVK in baurelevanten Belangen nicht dem vorliegenden Budget und ist einstimmig für Eintreten und Annahme des Budgets 2011.

### **Eintreten GSK**

Die GSK hat die gesundheits- und sozialrelevanten Themen im Budget 2011 diskutiert und hält folgende Punkte fest:

#### Allgemeines:

Wir mussten feststellen, dass es teilweise sehr schwierig ist, einen Überblick zu gewinnen, wo welche Zahlen gebucht werden und welche Zahlen zum Vorjahr effektiv verglichen werden können. Dies wird sich sicherlich in den nächsten Jahren angleichen, da mit jedem Jahr eine Verbesserung des Systems erreicht werden sollte.

#### Personalversicherungsbeiträge, KST 540300 Kirchfeld:

Wir haben festgestellt, dass die "Löhne Verwaltungs- und Betriebspersonal, Position 301" um 0.79 % gestiegen sind, jedoch die "Personalversicherungsbeiträge, Position 304" in demselben Bereich fast um das 8-fache gestiegen sind. Die entsprechende Erklärung wurde uns im Protokoll nachgeliefert.

#### Verbrauchsmaterialien Kirchfeld:

Die Mehraufwendungen im Zusammenhang mit den Verbrauchsmaterialien sind zum Teil mit der Behandlung der Holzböden in den Aufenthaltsräumen (nicht versiegelt, müssen geölt werden), aber auch mit einem Mehrbedarf von Desinfektionsmitteln (Stichwort: Noro-Virus) zurückzuführen.

Roger Jenni (FDP)

Urs Hediger (CVP)

#### Soziale Wohlfahrt:

Die grosse Lohnsteigerung kommt hier daher, dass durch verschiedene "Umbuchungen" in andere Kostenstellen oder Departemente die Vergleiche nicht effektiv gemacht werden können. Zudem resultieren weitere Zunahmen in den Bereichen "Familie plus" sowie "Jugendbetreuung".

#### Sozialinspektor:

Nachgefragt nach den ersten Resultaten/Rückmeldungen betreffend "Sozialinspektor" kann Oskar Mathis aussagen, dass der Sozialinspektor primär präventive Wirkung zeigt. So durfte man festhalten, dass in zwei Fällen kein Antrag mehr auf Sozialleistungen gestellt wurde. Man geht davon aus, dass dies eine Auswirkung der Möglichkeit eines Einsatzes des Sozialinspektors war.

#### Jugendbetreuung:

Dieses Thema gab in der Kommission am meisten zu diskutieren. Wir werden dies sicherlich auch noch in der Detailberatung sehen. Das Projekt läuft nun seit 3 Jahren und hat sich stetig weiterentwickelt. In einem Bericht wurde aufgezeigt, welche Projekte, welche Tätigkeiten realisiert und durchgeführt wurden. Ziel des Gemeinderates ist es, dieses Projekt in einen Dauerzustand zu überführen, da man von der Wirkung und den Möglichkeiten überzeugt ist.

Die GSK ist für Eintreten und ist grossmehrheitlich für Zustimmung zu den gesundheits- und sozialrelevanten Themen des Budget 2011 und hat in der Detailberatung keine Anträge anzubringen.

#### **Eintreten CVP**

Der Gemeinderat hat einen Aufwandüberschuss von rund 1.73 Mio. Franken budgetiert. Verglichen mit dem Finanz- und Aufgabenplan ist der Verlust jetzt etwas geringer ausgefallen. Die budgetierte Laufende Rechnung wird vor allem von der neuen Pflegefinanzierung von rund 2.7 Mio. Franken und von der Steuergesetzrevision von rund 1.7 Mio. Franken belastet. Dank dem Wachstum der Steuerkraft und dem noch genügenden Eigenkapital bleibt der Steuerfuss wie bisher auf 1.6 Einheiten.

Wir haben das Budget besprochen und festgestellt, dass zum Teil keine Vergleiche zum Vorjahr gemacht werden können. Dies, weil teilweise Zahlen aus dem Jahr 2009 fehlen oder die Kosten im Jahr 2011 anders verbucht werden. Im Vergleich zum Vorjahr sind jetzt Kommentare nachvollziehbar am richtigen Ort platziert. Positiv ist auch die Hervorhebung der Positionen, die aufgrund der Optimierung des Finanzhaushaltes gemacht wurden. Die CVP-Fraktion ist für Kenntnisnahme und wie beim Eintreten des Jahresprogrammes erwähnt, werden wir in der Detailberatung noch Anträge vorbringen.

#### **Eintreten SVP**

Sicher, Horw kann nicht bankrott gehen, aber Horw steht unter Umständen an der Schwelle einer Finanzkrise. Wir schulden per Ende des Jahres 50 Mio. Franken nach aussen und wenn wir so weitermachen und alles das machen, was uns vorgelegt wird, haben wir in wenigen Jahren eine Aussenschuld von 100 Mio. Franken. Im Gegensatz zum Pusch beim Oberstufenschulhaus, das nach 30 Jahren neu gebaut werden muss, hätte die Finanzkrise dann aber Namen, und das sind die Namen von den fünf Damen und Herren, die dort vorne sitzen. So weit wollen wir es aber nicht kommen lassen, wir müssen die finanzielle Verantwortung endlich wahrnehmen, aber es ist nicht erkennbar, dass der Wille zum Sparen überhaupt vorhanden ist. Die Motion 261 hat viel Arbeit gebracht, wurde sachkundig vorgetragen und verfochten, das Resultat ist aber bescheiden und nur ein Flickwerk. In dem Zusammenhang werden wir uns erlauben, und die Idee ist nicht allein bei uns entstanden, sondern der abtretende Präsident der GPK hat die auch gehabt, allenfalls in Horw eine Schuldenbremse zu institutionalisieren. Eine Schulden-

Rita Sommerhalder  
(CVP)

Alwin Larcher (SVP)

bremse ist allerdings das letzte Mittel, aber wenn wirklich keine Vernunft erkennbar ist, müsste man diese einführen. Eine Schuldenbremse ist in einem Satz gesagt: Über eine gewisse Zeitspanne darf nicht mehr ausgegeben werden als eingenommen wird. Natürlich bräuchte das noch eine Studie, allenfalls würden wir auch versuchen, bei Ihnen Überzeugungsarbeit zu leisten. Was das Budget schliesslich anbelangt, dürfen wir doch mit einiger Befriedigung feststellen, dass die wiederholte Rückweisung durch uns, beim Gemeinderat ein wenig Früchte gezeitigt hat. Das erste Mal, seit ich mich erinnern kann, hat der Gemeinderat die Steuereinnahmen höher veranschlagt als die GPK sich das getraut hätte. Es ist vielleicht eine Erklärung dafür, dass wir "nur" knapp 2 Mio. Franken Defizit haben. Die Steuereinnahmen sind also höher und decken einen Teil der Auswirkungen der kantonalen Steuergesetzrevision und der Pflegefinanzierung. Ein paar geringe Sparmassnahmen wurden auch im Budget realisiert, aber es reicht nicht. Die Fraktion der SVP ist für Eintreten und wird im Laufe der Beratung auf dies oder jenes zurückkommen.

#### **Eintreten FDP**

Nach intensiver Beratung des Budgets 2011 kommt die FDP-Fraktion zu folgendem Schluss: Wir können uns den Äusserungen der Fachkommissionen grösstenteils anschliessen und wollen uns beim Eintreten vor allem auf unsere parteipolitische Meinung konzentrieren.

Die kantonale Steuergesetzrevision und die Pflegefinanzierung belasten Horw mit einem Betrag von 3.37 Mio. Franken. So gesehen stehen wir mit einem Defizit von 1.73 Mio. Franken, verglichen mit den umliegenden Gemeinden, nicht allzu schlecht da. Im Moment können wir das Defizit noch mit dem Abbau des Eigenkapitals verkraften. Aber wie lange noch? Ist das Eigenkapital aufgebraucht, haben wir nur die Wahl: entweder zu sparen oder die Steuern zu erhöhen. Beginnen wir doch beim vorliegenden Budget schon, auf das Wünschbare zu verzichten und nur das Notwendige zu bewilligen!

Erfreulicherweise budgetiert der Gemeinderat für das Jahr 2011 ein Steuerkraftwachstum von 3.4 % sowie ein Wachstum von 1 % aufgrund der Bevölkerungszunahme. Dies scheint uns absolut realistisch, denn das Potenzial ist vorhanden. Aus diesem Grunde gilt es, das Projekt Südbahnhof mit aller Konsequenz voranzutreiben. Horw braucht diese breite Nutzung von Wohnen, Dienstleitungen, Büros und Gewerbe. Es ist wichtig, neue Steuerzahler nach Horw zu holen. Denn dadurch und dank der wieder rosigeren Wirtschaftslage können die Verluste der Steuergesetzrevision aufgefangen werden. Die Steuereinnahmen sind mit Abstand die grösste und damit die wichtigste Einnahmequelle der Gemeinde Horw. Für die Attraktivität der Gemeinde Horw ist es unerlässlich, dass wir mit einem tiefen Steuersatz die guten Steuerzahler in Horw behalten und weitere dazu animieren können, nach Horw zu ziehen. Unser Ziel ist ganz klar: den Steuerfuss von 1.6 Einheiten auch in Zukunft zu halten.

Zur Lesbarkeit des Budgets würden auch wir uns eine leserliche Variante, welche mit vorherigen Jahren vergleichbar ist, wünschen.

Die FDP-Fraktion wird sich zu einzelnen Budgetposten melden und ist einstimmig für Eintreten auf den B+A Nr. 1434.

Irène Zingg-Vetter  
(FDP)

## Eintreten L20

Konrad Durrer (L20)

Bei einem Budget stellt sich immer zuerst die Frage: Geht die Rechnung in diesem Jahr auf? Sie geht nicht auf, das Defizit beträgt ca. 1.73 Mio. Franken. Die Folgefrage ist dann: Wieso ist das so? Die Antwort ist eigentlich allen hier drin klar: Durch die verschiedenen Steuersenkungen auf kantonaler Ebene und Umverteilungen zuungunsten der Gemeinden. Horw entgehen dadurch jährlich ca. 4.4 Mio. Franken nur durch die Steuergesetzesrevisionen und diese fehlen nun halt. In diesem Jahr kommen noch weitere politische Entscheide hinzu, wie diejenigen zur Pflegefinanzierung. Dies führt auch wieder zu Mehrkosten von ca. 1.7 Mio. Franken.

Was macht nun der Gemeinderat, angestachelt von der Motion 261? Er spart hier 2'000 Franken, da 4'000 Franken, er lässt die Arbeitslosen auf der Strasse, die Schulhäuser im Dreck und erhöht die Klassenbestände. Und der Beitrag für das Energieprogramm ist nicht einmal ein Tropfen auf den erwärmten oder vielleicht heissen Stein. Da können wir nur sagen: So nicht! Und alles reicht nicht aus, das Defizit zu decken. Denn es gibt nur eine Lösung, nämlich die Einnahmenseite zu verbessern.

Wir erachten es als mittelfristig kontraproduktiv, die Schülerzahlen weiter zu erhöhen, damit wir bald die grössten Schülerzahlen pro Klasse in der ganzen Agglomeration haben werden. Eine Anziehungskraft für guten Nachwuchs und innovative Lehrer ist das nicht. Aber für Leute mit hohem Einkommen, die mit der gegenwärtigen Steuerpolitik am meisten sparen, ist das ja kein Problem. Sie können ihre Kinder ja damit in die Privatschulen mit weniger Kindern pro Klasse schicken. Und noch weiter wird fleissig bei den Schülerinnen und Schülern gespart: Sie sollen noch mehr für die Kreativ- und Sportwochen bezahlen und diejenigen die musizieren, müssen jetzt noch – statt die Leute in Altersheimen zu erfreuen – auf Fundraisingtour gehen.

Speziell unproduktiv sind die Sparvorschläge bei den Arbeitsintegrationsprogrammen. Sie betreffen nicht nur Horwer Arbeitsplätze, sondern werden uns langfristig auch Mehrkosten bescheren.

Wir freuen uns, dass der Gemeinderat die Zeichen der Zeit erkannt hat und in der Jugendarbeit auf die richtigen Instrumente setzt. Mittels direktem Kontakt sucht die aktuelle Form die Jugendlichen an ihren wechselnden Orten auf und kann so Eskalationen vorbeugen. Vielleicht helfen diese kleinen Aufmerksamkeiten mit, Szenen zu vermeiden, wie wir sie im Herbst in den Pariser Banlieues gesehen haben. Wo der Gemeinderat aber die Zeichen der Zeit definitiv nicht erkannt hat, ist bei den Energieförderungsbeiträgen. Hier werden wir einen entsprechenden Antrag stellen.

Auch sehen wir es als Schritt in die richtige Richtung, bei der Fachstelle Familie plus aufzustocken. Die Zukunft der Gemeinde liegt bei den Familien mit Kindern, denn diese sind nicht so mobil wie die reichen Steuerzahler offensichtlich sind und wir, Gemeinde, Vereine und politische Organisationen, benötigen auch den personellen Nachwuchs.

Noch eine andere Sicht auf den Verbrauch von Eigenkapital: Die gleichen, die darauf hinweisen, dass noch Eigenkapital "zum verbrauchen" da ist, verweigern dann mit Sicht auf die Verschuldung die notwendigen Investitionen. Früher hätte man statt, Eigenkapital angehäuft, Vorfinanzierungen gemacht und so in weiser Voraussicht wichtige Investitionen wie neue Schulhäuser vorbereitet.

Eine kleine Bemerkung zur Form: Die Rechnung 2009 müsste auf dem Ausdruck, der den Ratsmitgliedern zur Verfügung steht, als Vergleichszahl zwingend mit ersichtlich sein. Wir sind für Eintreten und werden an den angekündigten Stellen entsprechende Anträge stellen.

Auch wir sind noch nicht ganz glücklich mit der Darstellung des Budgets und sind auch noch ein wenig am Umstellen. Es ist ein grosser Schritt gegenüber der früheren Darstellung und vergessen Sie nicht, dass wir fast laufend mit Gesetzesänderungen konfrontiert werden, vor allem aus dem Sozialbereich oder dem Kirchfeld mit dem KVG, wodurch der Vergleichswert verfälscht wird. Auch stehen wir kurz vor dem neuen Finanzhaushaltsgesetz, das der Kantonsrat für den Kanton verabschiedet hat und das auch auf die Gemeinden zukommen wird. Man hat versucht, Bemerkungen aus dem Vorjahr umzusetzen, bei der Artengliederung sollte man das jetzt sehen. Wir werden uns aber auch in Zukunft noch steigern und das optimieren.

Gianmarco Helfenstein  
(CVP)

Wir sind schon voll in der politischen Diskussion, die einen reden von der Senkung des Steuerfusses, die anderen von Investitionen, wieder andere von der Verschuldung und ob man auf das Eigenkapital greifen soll oder nicht usw. Richtigerweise ist erkannt worden, dass wir im Bereich der Steuergesetzrevision auf gutem Weg sind, wir konnten mit 3.5 % mehr Entwicklung budgetieren und sind der Überzeugung, dass wir nicht daneben liegen. Das ist auch ein gutes Zeichen für Horw als Standort, für Horw als Struktur der Steuerzahlenden, dass wir eine gute Durchmischung haben und das gut auffangen und hoffentlich auch in absehbarer Zeit steigern können. Die Kosten für die Pflegefinanzierung von ca. 2 Mio. Franken sind nicht mehr rückgängig zu machen und ohne diese Gesetzesänderung auf Bundesebene, die dann via Kantone an die Gemeinden weitergegeben wurde, hätten wir ein ausgeglichenes Budget bzw. sogar einen leichten Überschuss. Das stimmt mich optimistisch, dass wir wieder einer guten Zukunft entgegengehen, nicht zuletzt konnten wir auch den Steuerfuss bei 1.6 Einheiten belassen. Sie konnten in der Presse lesen, es gibt andere Gemeinden, die den Steuerfuss anheben müssen.

Ich weise noch auf Seite 10 des Budgets hin, wo die Artengliederung aufgeführt ist. Der Präsident der GPK ist bereits sehr ausführlich darauf eingegangen, ich möchte nur noch einmal bekräftigen, dass Sie da die beste Übersicht haben, wie sich der Vergleich vom Vorjahr ins neue Budgetjahr auswirkt. Sie sehen dort z.B. eine leichte Erhöhung beim Sachaufwand, das sind nicht nur Mehraufwendungen, sondern dort widerspiegelt sich beispielsweise auch die erhöhte MwSt. Unter Position 36 sind die 2 Mio. Franken der Pflegefinanzierung enthalten, aber u.a. auch die Gemeindebeiträge, bei denen der Souverän entschieden hat, dass diese auch in Zukunft ausgezahlt werden sollen.

## Detailberatung

### 3201 Schulpflege, S. 19

Die GPK stellt den Antrag, auf die Besoldungserhöhung der Schulpflege zu verzichten. Wir waren nicht in der Lage, den Entscheid zu fällen, denn wir hatten keine weiteren Unterlagen und es geht da doch um eine Verdoppelung des Honorars. Es fehlt uns der Leistungsauftrag, den die Schulpflege hat, wir sind mitten in der Legislatur, wir haben das System der Besoldung bereits seit fünf Jahren und es war politisch nie ein Thema, dass das nicht ausreichend ist. Wir sind gerne bereit, darüber zu diskutieren, aber auf einer Diskussionsbasis. Einfach im Rahmen des Budgets mit einem Vorschlag zu kommen, die Summe zu verdoppeln, halten wir nicht für das richtige Vorgehen. Grundsätzlich ist es so, dass es ein Schulpflegereglement gibt, das in der Kompetenz des Einwohnerrates liegt und in dem u.a. die Besoldung geregelt ist. Es gibt in der Tat so viel Besoldung, wie der Einwohnerrat im Budget beschliesst, aber es stellt sich die Frage, wenn man das Besoldungssystem ändert, ob man dann nicht auch allenfalls über das Reglement diskutieren und darin gewisse Grundlagen festlegen müsste. Für uns kommt es wie ein "Schnellschuss" daher und wir stellen darum einen Ablehnungsantrag, nicht in der Meinung, dass es nicht infrage kommt, sondern in der Meinung, dass wir eine Diskussionsbasis haben möchten, bevor wir entscheiden.

Thomas Zemp (CVP)

Die Grundlagen sind nicht im Detail im Budget enthalten und das ist zu Recht von der GPK bemängelt worden und es war auch ein Thema in den Fraktionen. Rückblickend muss man sagen, dass die Diskussion in der Schulpflege schon länger geführt worden ist und jetzt mit den Wechseln wieder neu aufgenommen und akzentuiert wurde. Die sechs Schulpflegemitglieder und ich von Amtes wegen, haben das Ganze analysiert, Quervergleiche mit anderen Schulpflegern oder Bildungskommissionen vorgenommen und das hat dazu geführt, dass der Antrag, wie er jetzt im Budget ist, zustande gekommen ist. Bevor es zur Abstimmung kommt, möchte ich Ihnen die Situation kurz schildern, damit Sie für Ihre Entscheidungsfindung noch mehr Transparenz haben.

Das Ganze hat eine Geschichte, die auf das Jahr 2005 zurückgeht. Man hat damals für das Budget 2006 für die Schulpflege ein Globalbudget von 60'000 Franken beschlossen. Dieser Betrag beinhaltet die Honorierung, d.h. die eigentliche Entschädigung der Schulpflege, Sekretariat, Anteil Soziallasten, Weiterbildung und Spesen. Für die weiteren Budgets ist der Betrag dann in die einzelnen Positionen aufgesplittet worden und so sind auch die Zahlen im Budget 2010 (Entschädigung Schulpflege 45'000 Franken, Sekretariat 3'000 Franken, Anteil Soziallasten 3'600 Franken, Weiterbildung 3'000 Franken und Spesen 5'000 Franken). Wenn man jetzt die weiteren Zahlen anschaut, sprechen wir von zwei Posten, und zwar 45'000 Franken Entschädigung und 5'000 Franken Spesen, was zusammen 50'000 Franken ergibt. In der Rechnung 2009 wurde viel weniger errechnet, und zwar 29'000 Franken Entschädigung und 4'500 Franken Spesen, als total 33'500 Franken. Im Budget 2011 haben wir 85'000 Franken Entschädigung und 3'000 Franken Spesen, wir sprechen also von 88'000 Franken gegenüber 50'000 Franken, die bis dato im Budget waren. Die Schulpflege hat sich im Sinn einer Prognose für das Jahr 2009, damit wir Vergleichszahlen haben, folgenden Modus gegeben: einen Teil Entschädigungen und einen Teil Spesen. Der eine Teil sind Pauschalentschädigungen, der andere Teil ist variabel, wobei sich der Betrag aus der Anzahl Stunden x Stundenansatz à 40 Franken ergibt. Der Totalbetrag ergibt sich also aus einem Fix- bzw. Pauschalanteil und einen variablen Anteil.

Beim Präsidium wurde eine Jahrespauschale von 3'500 Franken zugrunde gelegt, Mitglieder in der Steuerungsgruppe erhalten 2'500 und Mitglieder ohne weitere Funktionen 2'000 Franken Grundpauschale. Mit den geschätzten Gesamtstunden von 540 für die gesamte Schulpflege (6 Mitglieder) ergibt sich ein variabler Anteil von 21'600 Franken und ein Totalbetrag von 35'600 Franken Entschädigungen. Der Spesenanteil beträgt 9'700 Franken für das Präsidium, 6'000 Franken für Mitglieder der Steuerungsgruppe und 5'500 Franken für die restlichen Mitglieder, was insgesamt 37'700 Franken ergibt. Das Budget wurde also nicht ausgeschöpft. Wenn ich das proportional auf die 50'000 Franken, die eigentlich grundsätzlich zur Verfügung stehen würden hochrechne, dann würde es einen Betrag von 12'900 Franken für das Präsidium ergeben, für Mitglieder der Steuerungsgruppe 8'000 Franken und die übrigen Mitglieder 7'300 Franken.

Die Schulpflege hat auch einen Vergleich mit anderen Gemeinden angestellt und festgestellt, dass die Entschädigungen nicht überall gleich geregelt sind, weil die Grundlagen anders sind. Die einen entschädigen pauschal, die anderen nur nach Stundenaufwand, die Schulpflegern haben 7 oder fünf Mitglieder, bei 5 Mitgliedern ist zum einen das Präsidium durch die Schulverwaltung besetzt usw. Man muss also immer schauen, durch wie viele Anteile die Zahlen dividiert werden. Die Totalsumme von Luzern z.B. beträgt 95'000 Franken, das Präsidium erhält dort eine Pauschale von 20'000, die Mitglieder von 15'000 Franken. In Meggen betragen die Totalkosten 68'000 Franken, das Präsidium erhält 22'000, ein Mitglied 11'500 Franken. Ebikon hat einen Schulverwalter, der die Bildungskommission führt und natürlich keine separate Entschädigung erhält; Mitglieder werden mit einem Stundenansatz von 60 Franken entschädigt. Wenn ich das auf 80 Stunden hochrechne, die ein Mitglied in Horw durchschnittlich aufwendet, ergibt das 5'800 Franken inkl. der Pauschale von 1'000 Franken. In Malters haben wir auch

einen Spezialfall, das Präsidium ist in Kombination mit der Leitung der Musikschule, ein Mitglied erhält zwischen 8'000 und 10'000 Franken. Emmen hat für die Schulpflege früher 90'000 Franken aufgewendet, heute haben sie nur noch eine Bildungskommission, in der die Mitglieder mit 80 Franken pro Stunde entschädigt werden. Kriens hat eine einwohnerrätliche Kommission, Littau hatte vor der Fusion einen Aufwand von 94'000 Franken und Rothenburg hat einen Aufwand von 60'000 Franken für die Schulpflege.

Zusammenfassend kann man sagen, dass das Potenzial, das grundsätzlich vorhanden ist, nicht ausgeschöpft wurde und wenn man es im Quervergleich zu den meisten Gemeinden anschaut kann man feststellen, dass mit den 50'000 Franken, die zur Verfügung stehen, Horw eher unterdotiert ist.

Es wurde aufgezeigt, dass der Präsident 140 und ein Mitglied, bei einer Entschädigung von ca. 7'300 Franken, rund 80 Stunden aufwendet. Dividieren Sie einmal 7'300 Franken durch einen Aufwand von 80 Stunden, das ergibt 91 Franken. Da vergehe ich vor Selbstmitleid, wenn ich hier im Rat für weniger als die Hälfte sitze notabene das ganze Aktenstudium und Vorbereitungszeit noch dazurechne, das muss man einmal ins Verhältnis setzen. Dass man eine politische Diskussion führen soll, da bin ich auch absolut dafür. Wir haben uns im Rat schon des Öfteren mit Unbehagen darüber geäußert, dass wir einerseits über das Geld befinden und andererseits keine Kompetenz im Schulbetrieb und der Schulpflege haben. Dort möchte ich dazu motivieren, dass man sich auch erlaubt, vielleicht auch einmal das Modell "Schulpflege" infrage zu stellen und die Diskussion nicht nur lediglich um den Lohn führen würde. Es gibt Alternativen, diese wurden erwähnt, wie Bildungskommission oder einwohnerrätliche Kommission. Damit könnte den Aspekten und Anliegen, über die wir schon in früheren Budgetdebatten diskutiert haben, noch besser Rechnung getragen werden.

Roger Jenni (FDP)

Ich möchte an das Votum von Herrn Jenni anknüpfen. Sie wissen, dass wir die Diskussion im Rat geführt haben und Sie wissen, dass ich persönlich, und zum Teil auch in meinem Umfeld, die Schulpflege, wie sie heute existiert, nicht gerade für das Gelbe vom Ei halte. Als wir damals die Gemeindeordnung diskutiert haben, wurde eingehend darüber gesprochen, ob man die Schulpflege in der Form behalten oder eine Bildungskommission oder was auch immer machen möchte. Wir haben das eingehend studiert, sowohl in der ausserparlamentarischen Kommission des Gemeinderates wie auch in der parlamentarischen Kommission. Man ist zu dem Schluss gekommen, dass man mit den anderen Systemen keine Erfahrungen hat, weil der Kanton Luzern einfach ein spezielles Schulpflegesystem hat. Welches Modell man auch wählt, wir haben ein komisches System, weil die Finanzverantwortung und die Entscheidungsverantwortung nicht dem Gleichen unterstehen. Konsequenterweise müsste man bei dem Modell, das wir haben, eine Schulgemeinde mit eigenem Steuerfuss, eigenem Budget, eigener Rechnung auch entsprechend die Finanzverantwortung haben. Das ist im Kanton Luzern nicht möglich. Wir haben eine Zwitterstellung und weil wir keine Erfahrung mit anderen Modellen haben gesagt, dass wir bei dem Modell bleiben, das uns zwar nicht befriedigt, aber bei dem wir immerhin wissen, wie es funktioniert und bei dem wir wissen, wo die Schwächen sind, so dass wir diese auch entsprechend ausmerzen können.

Hans-Ruedi Jung  
(CVP)

#### Budgetposten Schulpflege:

Ich gebe zu, es ist für mich ein krasser Anstieg und es ist unglücklich, dass die GPK nicht mit mehr Zahlen und ausführlicher informiert worden ist, so wie es der Gemeindepräsident heute auch aufgezeigt hat. Wir müssen uns bewusst sein, dass wir uns entschlossen haben, dass die Schulpflege eine Behörde ist, so wie es der Gemeinderat ist und so wie es der Einwohnerrat ist, nur ist es eine Exekutiv- und keine Legislativbehörde. Darum ist der Vergleich zwischen dem Einwohnerrat und der Schulpflege nicht statthaft. Die 6 Schulpflegemitglieder haben ganz andere Verantwortungs- und Aufgabenbereiche als wir 30 Einwohnerratsmitglieder. Jetzt kann man sagen, dass es während der

Legislaturperiode kommt, man muss aber sehen, dass die Schulpflege während der Legislatur einen massiven personellen Wechsel durchgemacht hat, wir müssen sehen, dass man damals die Schulpflege von 13 auf 7 Mitglieder reduziert hat, ohne wesentliche Änderungen in der Entlohnung vorzunehmen. Wir müssen auch sehen, dass unterdessen die Aufgaben der Schulpflege ganz andere Dimensionen angenommen haben als noch vor fünf oder zehn Jahren. Heute hat die Schulpflege viel weitergehende Kompetenzen und gleichzeitig auch weitergehende Verantwortung und ich bin der Meinung, wenn wir uns schon für das System "Behörde" entschieden und vom Volk absegnen lassen haben, dann müssen wir die Behörde auch als das achten, was sie ist und dann steht ihr auch eine anständige Entschädigung zu. Sonst werden wir in Zukunft Mühe haben Leute zu rekrutieren, die bereit sind, für eine Entschädigung in der Höhe einer Kommissionsentschädigung die Schulpflege zu führen. Die 140 Stunden reichen nicht aus, wenn Sie das Amt des Präsidenten gewissenhaft und auch im Sinn einer Führung, wie ich sie von einer Behörde erwarte, ausführen wollen. Ich appelliere an Sie, dem Antrag der Schulpflege und des Gemeinderats zu folgen und die Erhöhung, im Interesse einer geführten Schule und im positiven Sinn für die Lernenden und die Schulen, zu bewilligen.

Mit der Neuordnung des Volksbildungsgesetzes und der Verkleinerung ist die Schulpflege inhaltlich eine Exekutivarbeit geworden und der Aufwand, das möchte ich Herrn Jenni sagen, ist gemäss den Angaben, die mir zur Verfügung stehen, durchaus mit einem 10 %-Pensum zu vergleichen und dann ist man schnell bei einem Lohn, für den wir auch tätig sind. Das Pensum, das in der Schulpflege geleistet wird, ist sicher gross, es sind neue Funktionen hinzugekommen und das rechtfertigt auch eine Erhöhung der Entschädigung.

Konrad Durrer (L20)

Eine Anschlussbemerkung an das Votum von Herrn Jung: Es ist so, dass wir bei der Revision der Gemeindeordnung darüber diskutiert haben. Es waren aber im Nachhinein Vorkommnisse, die mich dazu veranlassen, die Exekutive "Schulpflege" infrage zu stellen. Die Wahrnehmung dieser Exekutivbehörde habe ich vor allem vermisst, als man zum Schulhaus Kastanienbaum so viel in der Presse gelesen hat und alles zerrissen und zerredet worden ist. Darum ist es erlaubt, auch wenn es vielleicht letztendlich nur eine Überprüfung ist, das System noch einmal mit anderen zu vergleichen, weil die Erfahrung haben wir bei der Revision der Gemeindeordnung noch nicht gehabt.

Roger Jenni (FDP)

Ich bitte Sie, dem Antrag des Gemeinderates zu folgen, auch im Hinblick auf die Diskussionen, die uns mit der Situation im Schulhaus Kastanienbaum vor einem halben Jahr alle beschäftigt haben. Es ist dort an verschiedenen Anlässen der Eindruck entstanden, dass die Schulpflege ihre Rolle als Kontrollgremium schlecht wahrnehmen konnte. Die Diskussion wurde stark von den Professionellen, mit der Schulleitung Beauftragten, dominiert. Die Schulleitung als gewähltes Gremium konnte in der Diskussion nicht mit dem nötigen Tempo und dem notwendigen Gewicht auftreten. Das zeigt, dass eine gewählte Behörde auch mit den Mitteln ausgestattet werden muss, um ihren Job im Sinn der Erwartungen, die das Wahlvolk an sie hat, ausüben zu können. Mein Eindruck ist, dass eine Besoldungsverbesserung in die richtige Richtung geht.

Markus Bider (CVP)

Herrn Jenni möchte ich sagen, dass ich nicht dagegen bin, dass man darüber diskutiert, ob das, was wir heute haben, sinnvoll ist oder nicht. Aber das lösen wir nicht, indem wir heute einfach sagen, dass wir dem Antrag des Gemeinderates nicht folgen. Wenn man eine Revision der Gemeindeordnung macht, kann man noch einmal eingehend darüber diskutieren und bis dahin gibt es aus anderen Gemeinden vielleicht auch Erfahrungen über die anderen Modelle.

Hans-Ruedi Jung (CVP)

Was Herr Bider im Wesentlichen geschildert hat, ist genau das Problem. Sie kommen mit einer Struktur oder einer Philosophie einer Schulpflege in eine Krise und möchten das Ganze mit Mitteln von damals bekämpfen. Die Schulpflege hat das Problem erkannt und sagt, dass sie nicht mit solchen Amateurmitteln einer professionellen Organisation gegenüberstehen kann. Da müssen Sie der Exekutive, dem Führungsgremium, halt auch professionelle Mittel in die Hand geben und das ist nicht nur mit dem Geld gemacht. Es ist mir klar, wenn Sie den Einwand bringen, muss ich Ihnen zustimmen, aber wenn Sie die Leute anständig entschädigen, dann können Sie auch erwarten, dass sie eine Mehrleistung erbringen, wenn ein Teil einer Schule einmal in eine Krise gerät. Aber wenn Sie nur Feierabendpolitiker haben, wie wir das sind, und die in eine Schulpflege schicken, dann werden Sie schwerlich jemanden finden, der nachher wieder einen unheimlichen Effort leisten kann, um eine in eine Krise geratene Einheit einer Schule wieder auf die Bahn zu bringen.

Wie ich der Rechnung 2009 entnehme, hat die Schulpflege 29'700 Franken verrechnet und hatte ein Budget von 45'000 Franken zur Verfügung. Sie schöpft das Budget nicht einmal aus und sagt trotzdem, sie sei nicht gut genug bezahlt, sonst hätte man eine andere Verantwortung wahrnehmen können. Dass nachher im Budget 2011 85'000 Franken verlangt werden, das geht mir irgendwo nicht auf. Die Schulpflegemitglieder können ihre Stunden ja aufschreiben, wenn sie mehr Verantwortung hätten übernehmen müssen. Im Vorfeld der Schulpflegewahlen habe ich auch mit einer Kandidatin gesprochen und sie darauf angesprochen. Für sie war die finanzielle Entschädigung gar keine Motivation für eine Kandidatur. Ich denke, wenn das Geld so im Vordergrund steht, sind die Leute wahrscheinlich sowieso am falschen Ort.

Irène Zingg-Vetter  
(FDP)

Ich knüpfe am letzten Satz an und dann muss ich sagen, dass dann der Gemeinderat am falschen Ort ist. Der Gemeinderat wird anständig entschädigt und wenn das die Motivation ist, dass der Gemeinderat da vorne sitzt, weil er einen guten Lohn hat, dann ist er am falschen Ort. So können Sie nicht argumentieren, dann müssen Sie jedem Leitungsgremium, jeder Führung in einer Firma, jeder Führung in einer öffentlichen Verwaltung sagen, dass man sie mit einem Butterbrot entschädigt, weil sie am falschen Ort sind, wenn Geld ihre Motivation ist, und das kann es ja nicht sein. Was ich Ihnen entgegenhalten muss ist, dass von den Mitgliedern, die 2009 in der Schulpflege waren, meines Wissens nur noch eines oder zwei dabei sind. Es ist also nicht so, dass nichts gegangen ist und ein Thema war die Entschädigung in der Schulpflege immer wieder. Dass die Ansätze nicht geändert wurden, ist vielleicht ein Versäumnis der alten Schulpflege, aber das kann man der neuen nicht ankreiden.

Hans-Ruedi Jung  
(CVP)

Das Problem liegt an beidem. Das eine ist die Finanzierung, das andere ist das ganze Konzept, das die Schulpflege behindert und das weiss ich, weil ich selber Mitglied war. Das Problem ist, dass die Schulpflege einfach strategisch tätig ist und dass es den Mitgliedern selber vielfach an Zeit fehlt. Um eine effektive Kontrolle der Schule zu gewährleisten, müsste man das ganze Gremium anders konzeptionieren und da fehlt mir der Ansatz, wenn man nur den Lohn ändern möchte und nicht die Funktionsweise der Behörde selber. Man müsste das grundlegend anschauen und die Leute müssten die Möglichkeit haben, mehr Zeit aufzuwenden. Aber wer macht schon einen Halbtagsjob, wenn er in die Schulpflege geht? Ich glaube, niemand und daran ändert auch die Entschädigung nichts. Man müsste den Modus der Sitzungen ändern und wenn man ein Gesamtkonzept hätte, könnte man sicher auch über die Entschädigungen reden. Das andere, was Frau Zingg sagt, ist richtig, das Budget wurde gar nicht ausgeschöpft, und zwar nicht wegen dem Geld, sondern weil die Schulpflegemitglieder die Zeit nicht hatten, die Aufwendungen zu machen und weil sie auch immer wieder zu spät informiert worden sind, wenn es irgendwo brennt. Die Schulpflegesitzungen sind in einer Kadenz von einem Monat und wenn dazwischen etwas passiert, ist das ganze Instrument viel zu träge und viel zu wenig flexibel, als dass man es richtig einsetzen könnte.

Astrid David Müller  
(SVP)

Ich möchte eine Lanze brechen für den Gemeinderat resp. Kadermitglieder, die sich für einen Job entscheiden und einen Lohn erhalten, der etwas über die Lebenshaltungskosten hinausgeht. Aber die Schule ist Nebenerwerb und dann dürften wir auch nicht als Einwohnerräte tätig sein, wir würden ja verhungern, wenn wir von dem leben wollen, was wir hier machen. Ich glaube, es ist der Idealismus, der nun einmal Voraussetzung ist, um den Job gut zu machen. Es kann letztendlich nicht am Franken liegen, sonst müssten wir auch anfangen zu weinen, wenn wir sehen, wie wir entschädigt werden. Wir machen den Job aus Idealismus und ich glaube das ist bei den Leuten, die ich kenne und die das bisher gemacht haben, auch der Fall und dann geht es darum, solche Leute zu gewinnen und wenn man dann über eine allfällige Veränderung der Entschädigung reden muss, ist das auf die nächste Legislatur und sicher nicht auf das heutige Budget.

Roger Jenni (FDP)

Herr Jenni, ich habe es versucht zu erklären, es geht nicht um eine Legislative, sondern um eine Exekutive. Da ist es völlig unerheblich, ob die von dem leben müssen oder nicht, sondern es geht darum, ob man eine Exekutive, für die Aufwendungen die sie hat, anständig entschädigt. Sie verteilen Ihre Arbeit auf 7 Fraktionsmitglieder, wir auf 9, und wir machen das als Legislative. Sie haben auch einen Kantonsrat, der bei weitem nicht die gleiche Entschädigung erhält wie ein Regierungsrat oder sonst ein Fachgremium im Kanton. Sie können einfach nicht eine Exekutive und eine Legislative miteinander vergleichen, das müssen Sie vergessen, das geht nicht. Von mir aus gesehen hat die Exekutive einen Anspruch auf eine anständige Entschädigung und jetzt geht es einfach darum, was war zuerst da, das Huhn oder das Ei. Wollen Sie zuerst die Entschädigung anheben, damit die Schulpflege nachher ihr Konzept machen kann, so wie es Frau David gesagt hat, und ich würde das auch voll unterstützen, oder muss sie zuerst das Konzept machen und kann nachher mit einem Antrag kommen. Jetzt ist der Antrag da und sprechen Sie doch jetzt einmal den Kredit, Sie können ja verlangen, dass Sie im Verlauf des nächsten Jahres noch einen B+A erhalten, der aufzeigt, was der Hintergrund ist.

Hans-Ruedi Jung  
(CVP)

Wenn wir einen B+A haben, können wir über die Entschädigungen diskutieren und wenn es erforderlich ist, soll die Schulpflege auch recht bezahlt werden. Aber nicht, dass man jetzt einen Kredit spricht ohne ein richtiges Konzept zu haben.

Irène Zingg-Vetter  
(FDP)

Ich würde auch sagen, dass man zuerst ein Konzept und dann Lohnanpassungen macht. Sie haben gesagt, die Löhne seien nicht angepasst worden. Das stimmt nicht, in den letzten 10 Jahre sind die Löhne dreimal angepasst worden. Zudem sind es immer weniger Mitglieder geworden. Man kann auch nicht sagen, dass jedes Mitglied gleich viel zu tun hat. Der Präsident hat am meisten zu tun, es gibt aber auch Mitglieder, die sehr sehr wenig zu tun haben, evtl. auch ressortbedingt, das kann ich auch aus eigener Erfahrung sagen.

Urs Rölli (FDP)

Es geht jetzt um die Abfolge von gewissen Entscheidungen und wenn wir die Erhöhung jetzt im Budget beschliessen, dann ist es für ein Jahr beschlossen und kann nächstes Jahr wieder geändert werden. Die Schulpflege ist durch eine Zeit gegangen, in der es einige Mutationen gab und es wäre hilfreich, einmal ein Umfeld zu schaffen, das möglichst unterstützt, dass es einmal weiterläuft. Dann schauen wir mit einem B+A weiter, aber wir können nicht warten, dass das Konzept vom Himmel fällt und Lösungen präsentiert, ohne etwas dafür zu tun.

Markus Bider (CVP)

Ich möchte Herrn Jenni erwidern, dass ihm die Ratstätigkeit nebenbei noch ein unrelevantes Einkommen beschert. Wir haben aber durchaus auch Personen, die in einem Pensum von 10 % tätig sind, bei denen das ein relevanter Einkommensfaktor ist und so kann man auch motivierte Leute finden, bei denen sich die Einkommen so zusammensetzen und die nicht sonst schon ein riesiges Einkommen haben.

Konrad Durrer (L20)

Wir haben eine Alterspflege, wir haben eine Krankenpflege, wir haben aber auch eine Schulpflege und diese hat die Aufgabe, die Schule zu pflegen. Im letzten Jahr haben wir gesehen, dass die Schule leicht gekränkelt hat und ich wäre froh, wenn sie uns ein wenig besser pflegen könnte. Ich bin aber einverstanden, dass man ein Konzept macht und das ganze Modell einmal überprüft.

Franz Leipold (L20)

Zu einer 100-prozentigen Lohnerhöhung würde ich auch nicht Nein sagen. Zuerst sollte die Schulpflege aber den Beweis erbringen, dass sie Krisen auch bewältigen kann und das hat sie im letzten Jahr offenbar nicht so gut gemacht. Als zweiter Punkt ist zu sagen, dass wir doch eine saubere Entscheidungsgrundlage haben sollten, wenn wir 40'000 Franken mehr sprechen. Was macht die Schulpflege genau, warum möchte sie 100 % mehr Entschädigung usw.

Marcel Zimmermann (SVP)

Die GPK hält an ihrem Antrag fest, ich glaube, es ist auch nicht viel verloren, wenn wir im Frühling über einen B+A diskutieren, der dann allenfalls eine Lohnerhöhung ab 1. September zur Folge hat, das ist ja dann letztlich auch das Amtsjahr der Schulpflege.

Thomas Zemp (CVP)

Den Antrag müsste man vielleicht ergänzen, denn die Entschädigung ist in Kombination mit der Position "Spesen". Wenn man beim Bestehenden bleiben würde, müssten bei der Entschädigung 45'000 Franken und bei den Spesen 5'000 Franken festgelegt werden.

Markus Hool (FDP)

**Abstimmung:**

Antrag der GPK, die Besoldungserhöhung (Position 300) der Schulpflege (KST 3201) in Höhe von 40'000 Franken abzulehnen.

Robert Odermatt (SVP)

**Dem Antrag wird mit 15:14 Stimmen zugestimmt.**

Ich stelle den Antrag, die Position "Spesenentschädigungen" (Position 317) von 3'000 auf 5'000 Franken zu erhöhen.

Konrad Durrer (L20)

**Abstimmung:**

Antrag von Konrad Durrer, die Position "Spesenentschädigungen" (Position 317) von 3'000 auf 5'000 Franken zu erhöhen.

Robert Odermatt (SVP)

**Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.**

**3.3.4 Liegenschaften des Verwaltungsvermögens, S. 21**

Gestützt auf die Motion 261 werden die Reinigungsintervalle reduziert. Wir stimmen dem in der Hoffnung zu, dass wir dadurch nicht in eine Unterhaltsfalle laufen. In einem Jahr möchten wir wieder etwas hören, ob man dazu irgendwelche Feststellungen gemacht hat.

Jörg Stalder (L20)

**230130 Sportanlagen Seefeld, S. 28**

Die SVP stellt den Antrag, auf die Anschaffung der Zeit- und Windmessenanlage zu verzichten und diese bei Bedarf zu mieten. Nach Rücksprache mit Herrn Emil Bitzi, eidg. Starter, kann eine Zeitmessenanlage für 800 Franken gemietet werden. Pro Jahr wird diese etwa zwei- bis dreimal benötigt. Die Windmessung braucht man pro Jahr etwa einmal, das kostet 150 Franken. Gemäss Leichtathletikvereinigung sind es ca. drei Anlässe pro Jahr, das sind der 80 m-Lauf, der 1'000 m-Lauf und ab und zu etwas Nationales. Der Mietaufwand würde im Jahr ca. 2'500 Franken betragen.

Roland Bühlmann  
(SVP)

Ich stelle einen Gegenantrag, und zwar lediglich auf die Streichung der Windmessenanlage in Höhe von 14'300 Franken zu verzichten. Die Windmessenanlage wird lediglich zum Garantieren eines Rekordes und nur einmal pro Jahr benötigt. Anders sehe ich es bei der Zeitmessung, dort scheint mir der Nutzen ein wenig weiter zu gehen, nämlich auch für die Schulen. Wenn von der Schule jedes Mal einer Zeitmessung nachgesprungen werden muss, wird es zu aufwändig und wenn man schon etwas macht, sollte man die Zeit auch vernünftig messen können. Die jetzige Zeitmessung kann auch nicht mehr kalibriert und inskünftig nicht mehr verwendet werden. Dadurch rechtfertigt es sich, die Zeitmessung zu ersetzen, aber auf eine zusätzliche Anschaffung der Windmessung zu verzichten.

Roger Jenni (FDP)

In der Position 461 muss man dann noch berücksichtigen, dass sich der Kantonsbeitrag automatisch ein wenig reduzieren würde, da der Swisslos-Sportfonds nicht fließen würde.

Ich möchte darauf hinweisen, dass 2011 ein nationales Satus-Turnfest stattfindet, für das man sicher eine Zeit- und Windmessenanlage benötigt. Es ist also nicht nur primär für den "Schnellsten Horwer" und den "1'000 m-Lauf", sondern es sind zusätzlich zwei bis drei regelmässige Anlässe, an denen so eine Anlage benötigt wird und diese macht auch die Attraktivität so eines Meetings aus. Vergessen Sie auch nicht, dass eine Saison in der Leichtathletik nicht 12, sondern vielleicht 6 oder 8 Monate dauert und dann steht ein Leihgerät vielleicht auch nicht immer zur Verfügung. In der Vergangenheit hat es dank der guten Beziehungen von Herrn Bitzi geklappt, dass man für rund 1'200 Franken pro Anlass, wir sprechen also nicht von 200 Franken, eine Anlage mieten konnte.

Gianmarco Helfenstein  
(CVP)

Ich habe mit Herrn Bitzi persönlich gesprochen und er hat mir versichert, dass er die Zeitmessenanlage für 800 Franken und die Windmessenanlage für 150 Franken bekommt.

Roland Bühlmann  
(SVP)

Ich bitte Sie, den Antrag der SVP zu unterstützen. Man hört verschiedene Zahlen, es scheint eine Uneinigkeit zu sein, was es kosten würde. Es gibt auf jeden Fall Möglichkeiten, mit der Miete weiterzumachen und es gibt keine Probleme, wenn wir das heute ablehnen. Ich habe auch stark den Eindruck, dass beim Kauf einer Anlage, die man nachher für überregionale Meetings oder auf nationaler Ebene benutzen möchte, Folgekosten auf uns zukommen. Man muss die Anlage regelmässig kalibrieren und u.U. wieder abnehmen lassen und es wäre interessant zu wissen, was dadurch für Kosten verursacht werden.

Thomas Zemp (CVP)

Das wäre ein Rückschritt, weil die Zeitmessenanlage, die jetzt noch besteht, bis anhin genutzt werden konnte, aber inskünftig nicht mehr kalibriert werden kann. Ich fände es schade, wenn wir bei so einer modernen Sportanlage einen Rückschritt machen.

Roger Jenni (FDP)

Eine Zeitmessanlage gehört zu einer Leichtathletikanlage, Sie machen auch keinen Fussballclub und stellen nur ein Tor auf. Beim Windmesser gebe ich Ihnen recht, dieser wird nicht für jeden Anlass benötigt. Betreffend der Miete spreche ich gerne einmal mit Herrn Bitzi. Herr Bitzi ist Swiss-Starter, 65 Jahre alt und wie lange er das noch macht und seine Beziehungen walten lassen kann, damit er irgendwo eine Zeitmessanlage bekommt, bleibe dahingestellt. Ich habe vom Präsidenten der LV Horw, Martin Keller, ganz andere Angaben, und zwar dass eine Zeitmessanlage nur sehr sehr ungern vermietet wird. Jeder, der mit technischen Anlagen zu tun hat weiss, dass es sehr schwierig ist, ein technisches Gerät von A nach B und wieder zurück zu transportieren. Das Gerät wird nie stimmen und so werden Sie vom Schweizerischen Leichtathletikverband keine Bewilligung erhalten und bekommen kein Meeting zugesprochen, wenn Sie nicht eine perfekte, korrekte Anlage haben. Wir sprechen auch nicht nur von Rekorden, jeder der 100 m oder 200 m läuft, jeder der 100 m oder 110 m Hürden läuft, jeder der Weitsprung macht hat ein Anrecht darauf, dass seine Zeit korrekt gemessen wird, es geht nicht nur um ein wenig Turnunterricht in der Schule. Der LV Horw hat null Interesse, Meetings durchzuführen, wenn sie das Material nicht haben. Die budgetierte Zeitmessanlage muss genau auf die Ziellinie gesetzt werden, d.h. die Zielhäuschen, die jetzt dort stehen, sind am falschen Ort. Es kostet den LV Horw noch einmal 7'000 Franken, die Zielhäuschen exakt in die Mitte zu stellen, damit man die neue Zeitmessanlage so installieren kann, damit sie stimmt. Das ist ein Fachgebiet, wo man sich ganz genau drum kümmern muss und dann kann man nicht einfach so sagen, das finde ich nicht gut und ich gehe es in Willisau mieten. Willisau hat auch Meetings, ob die Anlage dann gerade verfügbar ist, davon bin ich nicht überzeugt.

Ruth Strässle-  
Erismann (FDP)

Wir haben die Kosten der Zeitmessanlage und die Kosten der Windmessanlage und jetzt sagt Frau Strässle, dass noch Häuschen verschoben werden müssten, damit die Zeitmessanlage richtig installiert werden kann. Was haben wir denn sonst noch für Kosten? Haben wir noch irgendwelche Kommunikationsmittel, die angeschafft werden müssen? Offenbar ist das nicht das Ende der Fahnenstange, was ich da höre.

Hans-Ruedi Jung  
(CVP)

Ich muss mich dem Votum anschliessen, ich habe langsam das Gefühl, das Problem sind nicht die Kosten. Man überlegt sich nicht vorher, was überhaupt nötig ist, sondern es wird einfach Geld ausgegeben und am Schluss stimmt es nicht. Es wird wild mit Zahlen herumjongliert, keiner weiss, was überhaupt benötigt wird. Es wäre nützlich gewesen, wenn man ein Konzept gehabt hätte, was man überhaupt braucht, was ersetzt werden muss, wie viel das kostet usw. und dann kann man aufgrund einer sauberen Grundlage entscheiden.

Astrid David Müller  
(SVP)

Ich glaube, für eine Zeitmessanlage braucht man keine Konzept, wir brauchen einfach eine Zeitmessanlage. Die 7'000 Franken für das Versetzen der Zielhäuschen, es steht nirgends, dass die der LV fordert, sondern sie organisieren und machen das selber und zahlen es auch selber. Sie haben nur einen Wunsch, sie möchten jetzt eine Zeitmessanlage, damit sie sich für Meetings bewerben und diese durchführen können. Die Geräte werden auch immer komplexer und immer diffiziler. Ich habe mich bei der Fa. Alge, die solche Geräte herstellt, informiert und die Auskunft erhalten, dass diese kein Gerät vermietet, wenn Sie nicht eine Fachperson haben, die das auch bedienen kann.

Ruth Strässle-  
Erismann (FDP)

Die Zeitmessanlage wurde beim Bau der Sportanlage nicht ersetzt, da die Funktionalität noch gewährleistet war und man aus Kostengründen das Notwendige vom Wünschenswerten trennen musste. Auch die Beschallungsanlage und die Beleuchtung standen immer zur Diskussion und wurden auch immer in die Budgets aufgenommen. Man kann also nicht sagen, das Ganze sei konzeptlos, denn es ist schon lange, seit der Erstellung der Sportanlage, ein Thema.

Roger Jenni (FDP)

Auf das Votum von Frau David möchte ich sagen, dass ich uns alle vor einer teuren Expertise behüten möchte, ob ein 100 m-Lauf eine Zeitmessung benötigt oder nicht. Wir brauchen keine Expertise, aber eine Zeitmessung brauchen wir.

Heiri Niederberger  
(CVP)

Das Zweite ist, ich rede nicht gerne über Aussagen, die nicht schriftlich vorliegen und wenn die Leute nicht selber anwesend sind.

Das Dritte ist, dass wir eine Zeitmessung haben und diese ersetzen möchte, weil sie offenbar nicht mehr brauchbar ist. Jetzt ist die Frage, wie sie sinnvoll ersetzt wird. Wenn ich 10 Jahre eine Anlage mieten muss, darf ich nicht mit einer einmaligen Miete rechnen und dann ist u.U. irgendwann einmal der Kauf günstiger. Ich bitte Sie, ersetzen wir doch die Zeitmessanlage und reduzieren den Budgetposten um die Windmessanlage.

Ich habe die Kosten für die Zeitmessanlage ausgerechnet, diese betragen abzüglich der 20 % aus dem Swisslos-Sportfonds 18'000 Franken inkl. MwSt. und dazu müssen wir jetzt Ja sagen.

Ruth Strässle-  
Erismann (FDP)

Wenn man von den Schulen spricht, spricht man vom 80 m- und vom 1'000 m-Lauf. Wenn man eine Zeitmessanlage hat, kann man sich auf dieser auch einarbeiten. Wenn man sie aber immer mieten muss, kann es sein, dass es immer eine andere Anlage ist und zuletzt muss man noch die Person, die sie bedient, dazumieten und dann ist der Betrag noch viel höher. Darum unterstütze ich gerne den Antrag von Herrn Jenni, die Zeitmessanlage zu kaufen.

Reto Deschwenden  
(CVP)

Ich bin zwar jetzt mittlerweile auch so weit, dass ich meine, dass man die Zeitmessanlage kaufen sollte. Aber Frau Strässle muss ich entgegenhalten, wie sie an einem ganz kleinen Beispiel die Denkweise zeigt. Man kauft etwas und hat das Gefühl, damit sei nachher alles abgedeckt. Aber die Anlage braucht nachher Unterhalt und man kann nicht einfach die Kaufkosten den Mietkosten gegenüberstellen. Ich bitte Sie, daran zu denken, dass alles, was Sie kaufen, nachher Unterhaltskosten generiert.

Hans-Ruedi Jung  
(CVP)

Ich denke, zur Windmessanlage haben wir eine einheitliche Meinung. Betreffend Zeitmessung habe ich mir sagen lassen, dass es dreimal sei, wo die Schulen diese wirklich benötigen würde und gemietet werden müsste. Wenn es so ist, sind die Anschaffungskosten für so eine Anlage einfach enorm hoch. Wenn man die Anlage mietet, 2'500 oder 3'000 Franken, hat man sicher eine kostengünstige Variante und die Unterhaltskosten würden auch wegfallen. Wenn man die Anlage dann aber wirklich so wahnsinnig viel brauchen würde und sagen müsste, dass es sich rentieren würde, so eine Anlage zu kaufen, dann kann man sie immer noch kaufen.

Reto Eberhard (SVP)

Mich würde die Lebensdauer einer Zeitmessanlage interessieren.

Urs Röllli (FDP)

Die Anlage, die wir jetzt haben, hat man wirklich ausgereizt. Darum hat man es im letzten Jahr auch noch einmal verschoben, weil man gewusst hat, dass es das letzte Jahr sein wird, in dem sie homologiert wird. Jetzt kann man mit der Anlage eigentlich nichts mehr anfangen. Ich möchte noch ergänzen, dass es nicht nur um Schulanlässe geht, sondern es geht um Grundsätzliches, dass die Anlage so gebraucht werden kann, wie sie gebaut wurde. Nur für die Schulanlässe bräuchten wir auch nicht so eine Sportanlage.

Ruth Strässle-  
Erismann (FDP)

Ich stelle den Antrag, der Anschaffung einer Zeitmessanlage in Höhe von 18'000 Franken zuzustimmen. Die Wartungskosten werden, soviel ich weiss, sowieso von der LV Horw übernommen.

**Abstimmungen:**

Antrag von Roger Jenni, die Windmessenanlage aus dem Budget zu streichen.

**Dem Antrag wird mit 24:3 Stimmen zugestimmt.**

Antrag der SVP, die Zeitmessenanlage aus dem Budget zu streichen.

**Der Antrag wird mit 9:20 Stimmen abgelehnt.**

Der korrekte Betrag in der Position 311 ist somit 24'000 anstatt 38'300 Franken. Bei der Position 461 ist der korrekte Betrag minus 4'500 anstatt minus 7'300 Franken.

**7. Fragestunde**

anschliessend Weiterbehandlung B+A Nr. 1434

**314 Dienstleistungen Dritter für den baulichen Unterhalt**

Im Namen der Mehrheit der FDP-Fraktion stelle ich den Antrag, den Budgetposten um 65'000 Franken zu kürzen und die Beleuchtung so lange zu belassen, bis sie nicht mehr geht und ersetzt werden muss. Man muss nicht etwas ersetzen, das noch funktioniert.

Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Wenn man so lange wartet, kann es sein, dass ein Fussballspiel oder ein Leichtathletikanlass einfach unterbrochen werden muss. Es gibt bei Anlässen nach 22.00 Uhr auch immer wieder Reklamationen von Anwohnenden, weil sie von der Beleuchtung geblendet werden.

Wenn man mit betroffenen Leuten spricht, wird die Auflage, dass die Beleuchtung um 22.00 Uhr nicht mehr laufen darf, missachtet. Zudem, wenn nach 22.00 Uhr noch irgendwelche Tätigkeiten stattfinden würden, wäre das Verständnis auch noch ein bisschen höher. Aber die Regel ist so, das bestätigen die Anwohnenden, dass die Ausleuchtung auch noch für den Weg vom Restaurant zum Veloständer angelassen wird. Darum habe ich Mühe, das ist wie ein Provozieren einer neuen Anlage, man lässt sie etwas länger brennen, damit die Leute hinterher dagegen intervenieren.

Ich bin ein absoluter Befürworter von Instandhaltung von Infrastruktur und einen zeitgemässen Liegenschaftsunterhalt, damit sich das sonst nicht einmal mit Nachinvestitionen rächt. Aber Hand aufs Herz, was passiert, wenn das Licht an einem Abend einmal ausfällt? Dann haben Sie vielleicht zwei Wochen lang kein Licht, weil noch die Planung und allfällige Lieferfristen etc. beachtet werden müssen. Und was findet am Abend statt? Der Schulsport findet tagsüber statt. Sie kaufen zu Hause auch erst einen neuen Staubsauger, wenn der alte nicht mehr läuft. Und das Anliegen der Anwohnenden, es gibt andere Wohnlagen, die viel grössere Handicaps haben. Die meisten Häuser in Horw sind entweder mit Jalousien oder Rollläden versehen und wenn es wirklich ein paar Einzelne gibt, die sich so daran stören, wird es doch wohl möglich sein, die Rollläden herunterzulassen. So können wir 65'000 Franken aufschieben, ohne dass es in der Folge Konsequenzen hat. Aufgrund der Motion 261 will man da und dort 2'000 Franken für ein Fest streichen, aber eine funktionierende Anlage ersetzen, nur weil sich ein paar Einzelne daran stören und man ein wenig Strom sparen könnte. Aber die Ersparnis lohnt sich nicht, dass sich eine Erneuerung rechtfertigen würde. Ich bitte Sie, dem Antrag auf Streichung der Sportplatzbeleuchtung in Höhe von 65'000 Franken zuzustimmen.

Robert Odermatt  
(SVP)

Irène Zingg-Vetter  
(FDP)

Reto Deschwanden  
(CVP)

Roger Jenni (FDP)

Einen Staubsauger können Sie sofort kaufen, aber durch die Lieferfristen bei einer Beleuchtungsanlage kann es sein, dass Sie zwei oder drei Monate kein Licht mehr haben. Zudem könnten wir Energie sparen, wenn wir die Anlage erneuern, das würde vielleicht auch wieder ein paar Punkte für das Label "Energierstadt" geben.

Reto Deschwanden  
(CVP)

Ich bin auch dafür, die Beleuchtung zu erneuern und vor allem sinnvoll. Aber ich kann Roger Jenni nur recht geben, denn es gehen ja nicht innert Kürze alle Lampen auf einmal kaputt.

Ruth Strässle-  
Erismann (FDP)

Ich muss eine Lanze gegenüber den Sportlern brechen, meinen Fussballern und auch für den LV. Ich weiss nicht, wie die Zeitbombe tickt, aber eine 20-jährige Anlage wird irgendwann kaputt gehen und es wird sicher im dümmsten Moment passieren. Wenn die Anlage aussteigt hat man ein Problem, auch wenn nur zwei Lampen fehlen und das sind Verhältnisse, bei denen man nicht trainieren kann. Einfach so sagen, man wartet bis es kaputt ist, dann kann man auch bei einer Gemeindemaschine im Werkhof sagen, dass man sie nicht ersetzt und einfach wartet, bis sie kaputt geht. Das kann ja nicht die Mentalität und unser Ziel sein. Wenn man sieht, dass die 20-jährige Anlage mit einem hohen Energieverbrauch ihr Alter erreicht hat, dann kann man diese mit geregelten Bedingungen ersetzen und muss nicht warten und dann hat man einen Notfall und ist dann ein oder zwei Monate ohne Licht.

Urs Hediger (CVP)

Herr Hediger, Sie haben als Alternative den Trockenplatz, der eine separate Beleuchtung hat. Wenn die Anlage also aussteigt, sind Sie der einzige privilegierte Verein, der allenfalls eine Alternative hätte. Darum finde ich Ihr Beispiel unhaltbar. Der LV hätte nicht einmal ein Alternative, da müssten Sie für den eine Lanze brechen, aber sicher nicht für den Fussball.

Roger Jenni (FDP)

Bei einer Gemeindemaschine gebe ich Ihnen recht, so etwas wurde schon präventiv ersetzt und zwar darum, damit die Maschine sofort einsatzbereit ist. Der Ausfall einer Sportplatzbeleuchtung hat nie so eine substanzielle Bedeutung wie der Ausfall einer Gemeindemaschine, die für den täglichen Bedarf benötigt wird und bei der es nicht einmal möglich ist, eine Alternative zu mieten. Wenn bei der Beleuchtung einmal etwas ist, das ganz heikel ist und Sie zwingend Licht haben müssen, können Sie sogar noch das Licht mieten und das ist dann weitaus günstiger, als jetzt präventiv eine Anlage zu ersetzen.

Der Allwetterplatz, sprich der Kunstrasen, ist vom Innerschweizer Fussballverband nur für Juniorenspiele abgenommen, d.h. wenn die Beleuchtung ausfällt, kann man nicht einfach auf den Kunstrasen gehen und dort Meisterschaftsspiele austragen.

Roger Eichmann  
(CVP)

Die Kommission, in der damals die Sportanlage Horw beraten wurde, hat von der vorbereitenden Kommission von Personen vom Fussballclub die Auskunft erhalten, dass der Platz für alle nutzbar ist. Es hat dann irgendwann in letzter Minute, schon während dem Bau, die Diskussion stattgefunden, dass man die Platzverhältnisse noch ändern müsste. Am Schluss ist es so weit gegangen, dass man es lediglich für die 2. Liga tauglich machen konnte. Es sind Ihre Leute gewesen, die es in der Planung vernachlässigt haben, dass der Platz nicht für Meisterschaftsspiele bespielbar ist.

Roger Jenni (FDP)

### **Ordnungsantrag**

Ich beantrage, dass die Diskussion zu den Budgetpunkten geführt wird und nicht heute Abend die Sportanlage umgebaut wird.

Heiri Niederberger  
(CVP)

Wenn Sie 65'000 Franken für die Beleuchtung streichen möchten, müssen Sie den Leuten die Argumente liefern, damit es nachvollziehbar ist, warum es sich rechtfertigt, den Betrag zu streichen. Dazu muss man die Zusammenhänge ein wenig sehen und da bitte ich um das Verständnis von Herrn Niederberger. Wenn die Beleuchtung allenfalls einmal ausfallen würde, haben wir gute Alternativen in Kriens, Buochs oder Emmenbrücke, um ein Meisterschaftsspiel austragen zu können.

Roger Jenni (FDP)

**Abstimmung:**

Antrag der FDP, die Position 314 um 65'000 Franken zu kürzen.

Robert Odermatt  
(SVP)

**Nach einer Stimmgleichheit von 14 Stimmen in der ersten Abstimmung wird dem Antrag in der zweiten Abstimmung mit 15:14 Stimmen zugestimmt.**

**2401 EDV/Informatik, S. 30**

Was ist das Projekt LuTax? Läuft das darauf hinaus, dass man eine Steuererklärung online ausfüllen kann?

Marcel Zimmermann  
(SVP)

LuTax ist ein Projekt des Kantons Luzern zur Vereinheitlichung der Steuersoftware. Die Steuererklärungen können vorerst nicht online ausgefüllt werden.

Gianmarco Helfenstein  
(CVP)

In der Regel ist ein Pilot kostenneutral. Wieso kostet das die Gemeinde Horw mehr?

Urs Rölli (FDP)

Ich bin der Meinung, dass es uns weniger kostet. Es ist nicht einfach gratis, weil es ein Pilotbetrieb ist.

Gianmarco Helfenstein  
(CVP)

Wieso entstehen für die Gemeinde Mehrkosten von rund 17'000 Franken, wenn es weniger sein sollte?

Urs Rölli (FDP)

Herr Rölli, möchten Sie einen Antrag stellen?

Robert Odermatt  
(SVP)

Nein, grundsätzlich ist es gut, wenn man bei Neuerungen mitmachen kann, aber es ist ein wenig störend, dass das nicht als Projekt getragen wird.

Urs Rölli (FDP)

**2500 Werkhof, S. 33**

Die SVP-Fraktion hält 70'000 Franken für einen Grünflächenkataster (Pos. 314) für zu viel und beantragt, diesen zu streichen.

Roland Bühlmann  
(SVP)

Der Werkhof hat zum Ziel, einen Leistungsauftrag zu erstellen und wir erachten den Grünflächenkataster als einen sehr wichtigen Bestandteil davon. Ein Grünflächenkataster beinhaltet

Susanne Heer (FDP)

- Aufnahme der Grünflächenarten
- Pflegeplan der Grünflächen
- Erfassung des IST-Zustandes
- Festlegung der Unterhaltsdetails
- Kostenstellen
- Personal- und Zeitbedarf
- Optimierungsmöglichkeiten

Für Grünflächenkataster gibt es etwa drei Anbieter, wir haben eine Offerte eingeholt. Wir haben jetzt einmal 70'000 Franken aufgeführt, es könnte aber sein, dass es noch ein wenig günstiger wird. Es ist uns ein grosses Anliegen, den Grünflächenkataster erstellen zu können. Das ist nicht nur einfach eine EDV-Lösung, sondern es wird der IST-Zustand und nachher die ganze Pflegeplanung aufgeführt.

Ich unterstütze den Antrag der SVP nicht. Der Grünflächenkataster ist eine gute Investition, denn man kann nachher Optimierungsabläufe im Werkhof vornehmen und z.B. auch einige Sachen ausschreiben. Man weiss genau, wie viel Grünfläche vorhanden ist und so kann man auch die Arbeit von der Wirtschaft holen. Wenn man nie genau weiss, wie viel Fläche Wiese und wie viel Bäume usw. vorhanden sind, wird einfach hier und dort ein wenig geschnitten. Mit einem Grünflächenkataster kann man sauber organisieren plus ein paar Leistungen outsourcen. Auch die SVP würde es sicher interessieren, dass man unter dem Strich die 70'000 Franken vielleicht schon nach zwei Jahren wieder reingeholt hat.

Reto Deschwanden  
(CVP)

Wir sind nicht dafür, dass das gar nicht aufgenommen wird, es ist nur Frage, ob man das allenfalls auch mit eigenen Leuten machen kann.

Marcel Zimmermann  
(SVP)

Es sind Eigenleistungen nötig, wir sind aber auch auf Spezialisten angewiesen.

Susanne Heer (FDP)

Das ganze Know-how, wo welche Flächen sind und wie sie heute bewirtschaftet werden, das liegt doch sowieso beim Werkhof. Wo ist die Abgrenzung bzw. wo sind die Schnittstellen? Das macht entscheidend aus, ob das 70'000 Franken kostet oder nicht.

Hans-Ruedi Jung  
(CVP)

Die Aufnahme der Grünflächenarten müssen wir durch Spezialisten, in Zusammenarbeit mit den Werkdiensten, machen lassen. Das ist ein Web-Gis-hinterlegtes System, in dem alle Grünflächenarten, d.h. Bäume, Hecken, die Pflegeplanung, Unterhaltsdetails und der Zeitaufwand, gekoppelt an die jeweilige Kostenstelle, erfasst wird. Anhand von dem können dann Optimierungsmöglichkeiten aufgezeigt werden und man könnte z.B. auch nur einen Teil der Arbeiten ausschreiben.

Susanne Heer (FDP)

Der Kataster hat ja irgendwo seinen Reiz. Er lässt Optimierungsmöglichkeiten und Effizienzsteigerungen zu, verschafft Überblick usw. und wenn man dem alles Glauben schenkt, ist das eine ganz sympathische Sache. Es hat schon etwas Überzeugendes, aber warum müssen wir jetzt wieder die Vorreiterrolle übernehmen? Die Gemeinde Kriens sowie die Stadt Luzern denken zwar auch darüber nach, das anzuschaffen, möglicherweise auch Meggen. Aber wenn Sie ein neues System anschaffen, für das man die Leute einführen muss, warum haben Sie nicht die Geduld und lassen das jetzt einmal die anderen Gemeinden einführen und von denen die Kinderkrankheiten, die so ein Programm haben kann, ausmerzen? Man lässt deren Erfahrung resp. Optimierung in so ein Projekt einfließen, so dass man doch heute sagen muss, nicht aufgehoben, aber aufgeschoben. Darum empfehle ich, den Antrag der SVP zu unterstützen. Man muss so viel Geduld haben, die Grünflächen sind bis anhin auch gepflegt. Wir laufen da nicht in einem Hammer, dass es schlechter gepflegt würde, wenn man es aufschiebt, die Erfahrungen der Nachbargemeinden abholt, aber in dem Bewusstsein, dass es irgendwann notwendig wird, wenn man mit Kostenstellen arbeiten möchte. Es ist aber auch heute möglich, dass man auf eine ganz simple Art, Kostenstellen etwas zuweisen kann, was mit dem heutigen System auch funktionieren müsste.

Roger Jenni (FDP)

Weil mir beim ganzen Vorgehen die Strategie fehlt, ist mir der Antrag der SVP auch sympathisch. Offenbar gibt man jetzt Geld aus, um einen Kataster zu erstellen, der vielleicht in Zukunft eine mögliche nützliche Wirkung hat. Mir fehlt die konkrete Vorgehensweise: ich mache etwas, damit ich dieses Ziel erreichen kann und wenn ich es erreiche, spare ich soundso viel und darum ist das eine gute Investition. Die konkrete Vorgehensweise sehe ich nicht, ich müsste sie aber sehen, um zu beurteilen, ob das eine gute oder schlechte Sache ist.

Markus Bider (CVP)

Ich bin nicht ganz sicher, um was es geht oder wie die Kosten aufgeteilt sind, ich bin aber felsenfest davon überzeugt, dass hinter der Zahl sehr viel Handwerk für die Aufnahmen steckt. Das andere ist das sog. EDV-System, das gebraucht würde, von dem ich immer noch nicht weiss, wie teuer es ist. Ich schlage vor, mit dem Projekt als Vorschlag für eine Diplomarbeit zu einer höheren Fachschule zu gehen. Dann bekommen Sie zumindest die Aufnahmen für mindestens die Hälfte, wenn nicht sogar gratis und haben als Resultat, dass die Diplomarbeit ausweist, was für eine Effizienzsteigerung ein Grünflächenkataster für die Gemeinde bedeuten könnte.

Heiri Niederberger (CVP)

Die Aufnahme der Flächen ist das eine, aber nachher beim Pflegeplan für die Grünflächen, Baumkataster, Hecken usw., muss ja irgendjemand sagen, dass man z.B. die Flächen extensivieren will oder eine Blumenwiese möchte. Wer macht die Zielvorgaben oder was ist die Zielvorgabe selber? Erst dann kann man nachher sagen, die Erhebung bringt etwas, weil man z.B. bei gleicher Qualität weniger ausgeben muss. Irgendwoher muss das kommen und das ist für mich noch entscheidend, denn wenn nachher Folgekosten resultieren, weil irgendeiner mit dem Programm eine Luxuslösung mit dem Programm entwirft, dann ist wahrscheinlich der Sinn von dem Grünflächenkataster nicht erfüllt. Was ist das Ziel? Wollen Sie sparen? Wollen Sie Mittel optimieren? Wollen Sie Personal optimieren oder wollen Sie generell das Erscheinungsbild unserer Grünflächen verändern?

Hans-Ruedi Jung (CVP)

Wir müssen zuerst die Erhebung machen und das nimmt eine gewisse Zeit in Anspruch. Die Optimierungsarbeiten können nachher unsere Mitarbeiter machen, wir haben auch Gärtner bei den Werkdiensten. Die sehen ja, was man heute macht und wie man es in Zukunft verbessern könnte. Es besteht auch die Möglichkeit, einmal einen Teil fremdzuvergeben. Es ist sicher ein Ziel, Ressourcen zu optimieren und Arbeitserleichterungen vorzunehmen und es geht in erster Linie nicht nur um das Sparen.

Susanne Heer (FDP)

In der Offerte steht nichts vom EDV-Programm, sondern da ist die Rede von einer Excel-Tabelle. Weiter sprechen wir von 70'000 Franken externen Kosten und die Frage ist, wie viele Kosten noch intern entstehen.

Marcel Zimmermann (SVP)

Die von Frau Heer aufgezählten Punkte sind alles Sachen, die man bis jetzt schon gemacht hat. Oder wissen Ihre Leute nicht, wo die Grünflächen sind, wo die Bäume stehen oder wo Naturschutzflächen sind? Sie sprechen von Optimierung, was ist da zu optimieren, wenn man alles seit Jahrzehnten macht? Das sollte ja eigentlich optimiert sein. Was wir da haben, ist eine Technisierung und etwas, was man wirklich selber machen können und 70'000 Franken sparen sollte. Wir reden ja die ganze Zeit davon, dass man das Wünschbare vom Notwendigen trennen sollte. Der Grünflächenkataster gehört ganz sicher in das Kapitel "Wünschbar" und es ist auch die Aufgabe des Gemeinderates, dass er das eruiert und uns nur das Notwendige serviert und nicht solche Utopien.

Alwin Larcher (SVP)

Ich bin von Beruf Gärtner und habe verschiedene Anlagen, die ich pflege und unterhalte. Es mag sein, dass es einmal Nuancen gibt, aber grundsätzlich weiss ich genau, wie lange ich brauche. Ich weiss auch die Regelmässigkeit und wie oft ich eine Grünfläche pflegen muss, die intensiv bewirtschaftet wird oder extensiv. Von daher kann man das gut abschätzen und auch entsprechend einteilen, dass das auch von der Örtlichkeit her optimal zusammenläuft. Wenn man das noch effizienter gestalten will, dann müssen Sie mir sagen wie.

Reto Eberhard (SVP)

Der Werkhof möchte einen Leistungsauftrag und will sich natürlich aufgrund von irgendwas festhalten. Der Grünflächenkataster ist eine Möglichkeit, um das zu realisieren und ich bin grundsätzlich auch dafür, dass man so etwas einführt. Wenn ich aber in der Offerte für 70'000 Franken sehe, was darin für Wunschvorstellungen enthalten sind, gibt das einen negativen Touch. So heisst es z.B., dass der Baumkataster und der Spielplatzkataster auf Wunsch integriert werden. Es gibt auch kein Programm für Rapporte und Verrechnungswesen, das müsste man auch noch zusätzlich anschaffen. Die Frage ist, ob man das nicht noch einmal überarbeiten will und etwas bringen kann, von dem man sagen kann, das und das ist alles enthalten. Dann wissen wir, woran wir sind und können auch darüber befinden.

Beat Imboden (FDP)

Es gibt etwa drei Anbieter von Grünflächenkatastern, das erste Mal haben wir 2007 eine Offerte eingeholt und diese jetzt noch einmal angefragt. Wenn wir das konkret angehen, müssen die Details sicher noch einmal überarbeitet werden, für das Budget haben wir jetzt aber einmal eine Offerte eingeholt.

Susanne Heer (FDP)

**Abstimmung:**

Antrag der SVP-Fraktion, den Grünflächenkataster (Pos. 314) in der Höhe von 70'000 Franken zu streichen.

Robert Odermatt  
(SVP)

**Dem Antrag wird mit 21:6 Stimmen zugestimmt.**

**50011 Volksabstimmungen, S. 34**

Im Namen der Geschäftsprüfungskommission stelle ich den Antrag, auf die Massnahme der Streichung des gemeinsamen Wahlversandes zu verzichten und die Position 318 um 14'000 Franken zu erhöhen. Der gemeinsame Wahlversand ist eine sinnvolle und effiziente Massnahme und vor allem ist es auch ein Beitrag zur Chancengleichheit der verschiedenen Parteien.

Thomas Zemp (CVP)

**Abstimmung:**

Antrag der GPK, auf die Massnahme der Streichung des gemeinsamen Wahlversandes zu verzichten und die Position 318 um 14'000 Franken zu erhöhen.

Robert Odermatt  
(SVP)

**Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.**

**5108 Gerichtswesen, S. 41**

Die GPK stellt den Antrag, auf die Streichung des Apéros beim Bürgerrechtswesen zu verzichten und die Position 318 um 2'000 Franken zu erhöhen. Wenn niemand teilt, kann man es streichen, aber wir finden, dass man es nicht per se aus Spargründen streichen muss.

Thomas Zemp (CVP)

Als Mitglied der Bürgerrechtsdelegation bin ich an einer der Versammlungen gewesen und mein Eindruck war, dass mehr Offizielle da waren als Eingebürgerte, die gekommen sind, um ihre eigene Einbürgerung zu feiern. Von den Eingeladenen hat eine ganze Anzahl gar keine Antwort gegeben und von denen, die geantwortet haben, sind entgegen ihrer Zusage, eine ganze Anzahl nicht gekommen. Für mich drängt sich der Schluss auf, dass kein Bedarf nach einer Bürgerrechtsfeier besteht und darum mache ich beliebt, den Betrag, wie vorgesehen, zu streichen.

Markus Bider (CVP)

Ich war auch bei der Feier, bei der mehr Offizielle als Eingeladene waren und trotzdem fände ich es schade, wenn man das streichen müsste. Ich würde empfehlen, den Betrag im Budget zu belassen und dann von Fall zu Fall zu entscheiden, je nach Stand der Anmeldungen, ob die Feier stattfindet oder nicht. Aber im Grundsatz finde ich es gut, wenn man die Neueingebürgerten einlädt und willkommen heisst, denn diese machen ein langes Prozedere mit, bis sie dann wirklich den Pass erhalten. Man sollte nicht die strafen, die kommen, wegen denen, die kein Interesse zeigen.

Ruth Strässle-  
Erismann (FDP)

**Abstimmung:**

Antrag der GPK, auf die Streichung des Apéros beim Bürgerrechtswesen zu verzichten und die Position 318 um 2'000 Franken zu erhöhen.

Robert Odermatt  
(SVP)

**Dem Antrag wird mit 18:7 Stimmen zugestimmt.**

**5202 Primarschule, S. 45**

Der Gemeinderat schlägt vor, die Klassengrösse zu erhöhen, was einem Sparpotenzial von 120'000 Franken entspricht. Es gibt wenig Schulhäuser, wo man noch viele Klassen mit weniger als 20 Schülern hat. Im Namen der L2O stelle ich den Antrag, zur Unterstützung einer guten Bildung und einer guten Primarschule auf die Streichung der 120'000 Franken zu verzichten.

Jörg Stalder (L2O)

Wir haben das auch in der Schulpflege und im Gemeinderat diskutiert und beide Instanzen stehen klar hinter dem Anliegen, d.h. für eine Klassengrösse von durchschnittlich 20 Schülern. Auch im Vergleich mit anderen Gemeinden können wir feststellen, dass Horw in der Grössenordnung tiefer ist. Das hängt auf der einen Seite mit dem Schulhaus Birregg zusammen, wo wir jetzt natürlich eine andere Situation haben, aber auch jetzt haben wir immer noch nicht die gleiche Situation wie anderen Gemeinden. In Bezug auf die Qualität ist es nach unserem Dafürhalten nicht entscheidend, ob durchschnittlich ein oder zwei Schüler mehr in der Klasse sind, sondern es sind andere Randbedingungen, die dazu führen, dass die Qualität hoch ist. Von der Situation her sprechen wir vom Durchschnitt über die Gemeinde, d.h. an einem Ort können es 18 und an einem anderen Ort 22 Schüler sein. Wir haben das im Schuljahr 2010/11 bereits durchgeführt, denn wir hatten einen Fall, wo wir einen Entscheid fällen mussten, dass man nicht zwei Klassen mit sehr wenig Schülern macht, sondern die Klassen auffüllt und auch Verschiebungen vom Schulhaus Allmend in das Schulhaus Hofmatt vornimmt und das funktioniert völlig problemlos.

Markus Hool (FDP)

**Abstimmung:**

Antrag der L2O, auf die Erhöhung der Klassengrössen mit einem Sparpotenzial von 120'000 Franken (Pos. 302) zu verzichten.

Robert Odermatt  
(SVP)

**Der Antrag wird mit 6:19 Stimmen abgelehnt.**

**5207 Freiwillige Angebote (Schulsozialarbeit, -bibliothek und Übriges), S. 48**

Die L2O stellt den Antrag, die Schüler- und Schülerinnenbeiträge für die Herbstsportwoche und die Kreativwoche nicht zu erhöhen. Es ist ein relativ geringer Spareffekt, aber wenn Kinder in der Ferienzeit solche Kurse besuchen können, ist der Präventionseffekt sehr gross. Es haben nicht alle Kinder die Möglichkeit, im Frühling oder im Herbst mit der Familie in die Ferien zu gehen.

Rita Wyss (L2O)

**Abstimmung:**

Antrag der L2O, die Elternbeiträge (Pos. 433 Fr. 8'000.00) für die Herbstsportwoche und die Kreativwoche nicht zu erhöhen.

Robert Odermatt  
(SVP)

**Der Antrag wird klar abgelehnt.**

**520830 Musikschulangebote, S. 50**

Im Jahresprogramm 2011 steht unter dem Punkt 2.8.6, dass das Musikschulreglement überarbeitet wird. Gleichzeitig schlägt der Gemeinderat mit dem Budget 2011 vor, den Familienrabatt zu halbieren. Die CVP-Fraktion ist der Meinung, dass man die Diskussion über eine Halbierung der Familienrabatte auf das nächste Jahr verschieben sollte. So können wir das mit dem neu überarbeiteten Reglement genau unter die Lupe nehmen und dann auch über die einzelnen Rabatte diskutieren. Nur so können wir das Hin und Her bei den Rabatten vermeiden und im nächsten Jahr mit einem neuen Reglement einen neuen Rabatt einführen. Die CVP stellt den Antrag, auf die Halbierung der Familienrabatte zu verzichten.

Rita Sommerhalder  
(CVP)

Ich möchte einmal etwas Grundsätzliches festhalten. Wenn der Gemeinderat aufgrund einer Motion von uns eine Kürzung oder eine Entlastung des Gemeindehaushaltes beschliesst, dann sollten wir den Antrag eigentlich dankend entgegennehmen und zustimmen. Es ist mir bekannt, dass Mitglieder des Gemeinderates, in den Kommissionen, in denen sie zuständig sind, durchaus für Sparsamkeit werben. Wir haben Rückläufe unserer Kommissionsmitglieder und mir ist in zwei Fällen bekannt geworden, wo der Herr Gemeindepräsident tatsächlich den Finger auf die Wunde gelegt und für Sparsamkeit in der Kommission geworben hat. Wir würden zum Antrag von Frau Sommerhalder einen Gegenantrag stellen.

Alwin Larcher (SVP)

Wir müssen zwei Sachen unterscheiden, und zwar einerseits den Rabatt und andererseits den Erlass der Gebühren. Ein Erlass oder eine Ermässigung des Schulgeldes kommt denen zugute, die ein bestimmtes steuerbares Einkommen oder eine bestimmte Vermögenssituation unterschreiten. Da gibt es Abstufungen und es gibt Fälle, bei denen am Schluss noch 10 % des Schulgeldes getragen werden muss, es gibt also Abstufungen von 100 bis 10 %. Das ist die eine Säule, die hier nicht angetastet ist.

Markus Hool (FDP)

Daneben, also kumulativ, gibt es nachher den Rabatt. Da haben wir im Quervergleich mit anderen Gemeinden mit den 10, 20 und 30 %, bezogen auf die Familie, nicht nur für Kinder, eine ausserordentlich feudale Situation. Wenn man 12 Gemeinden im Umkreis anschaut, dann sind es bezüglich dem Rabattsystem inkl. Horw vier Gemeinden, die Rabatte gewähren. Das sind Buchrain, Root und Udligenswil, allerdings meistens erst ab dem dritten Kind, aber dann in der Grössenordnung wie Horw. Das sind relativ kleine Gemeinden, die grösseren Gemeinden erhalten kein Rabattsystem mehr aufrecht. Wenn man es bezüglich Erlass bzw. Ermässigung der Gebühren anschaut, dann ist die Situation fast vergleichbar, dann sind es insgesamt neun Gemeinden, die das haben. Wenn man die Kombination von beiden anschaut, also Rabatte plus Erlasse, dann bleibt nur noch Horw. Das ist die Situation und aus diesem Grund sind wir im Rahmen der Optimierung des Finanzhaushaltes der Meinung, dass das vertretbar ist. Wir sprechen ja auch nicht von einer vollständigen Streichung, sondern einer Halbierung.

Wir haben ein Reglement für die Musikschule, das überarbeitet werden muss. Ich bin nicht der Meinung, dass man Rabatte von einem Tag auf den anderen streichen kann und darum sollten wir bei der Überarbeitung des Reglementes über die Rabatte reden.

Rita Sommerhalder  
(CVP)

Die Rabatte und die Erlasse sind nicht im Reglement stipuliert, sondern es gibt dazu Richtlinien des Gemeinderates und es fällt daher auch in die Kompetenz des Gemeinderates.

Markus Hool (FDP)

**Abstimmung:**

Antrag der CVP, auf die Halbierung der Familienrabatte (Pos. 433 Fr. 23'000) zu verzichten.

Robert Odermatt  
(SVP)

**Die erste Abstimmung ergibt eine Stimmengleichheit von 12 Stimmen.  
In der zweiten Abstimmung wird dem Antrag mit 14:13 Stimmen zugestimmt.**

Ich möchte gerne wissen, wie bei der Musikschule das geplante Fundraising (10'000.00 Franken ) ausgestaltet wird.

Jörg Stalder (L20)

Das ist ein Versuch, auf der Ertragsseite etwas hereinzuholen, konkret kann das mit Inseraten im Schulprogramm sein, was auch bereits erfolgt ist. Auf der anderen Seite haben wir verschiedene, bekannte und bedeutsame Ensembles in der Musikschule und da könnten wir uns vorstellen, dass man z.B. für die Ensemble A, B und C je einen Sponsor hat.

Markus Hool (FDP)

**5301 Kulturförderung und Kultursicherung, S. 52**

Ich stelle im Namen der Geschäftsprüfungskommission den Antrag, dass man auf Streichung der Feier für die 20-Jährigen verzichtet und die Position 318 um 4'000 Franken erhöht.

Thomas Zemp (CVP)

**Abstimmung:**

Antrag der GPK, auf die Streichung der Feier für die 20-Jährigen zu verzichten und die Position 318 um 4'000 Franken zu erhöhen.

Robert Odermatt  
(SVP)

**Dem Antrag wird mit 24:4 Stimmen zugestimmt.**

Zur Feier allgemein: Die Frage ist, ob man die Feier mit den 18-Jährigen machen müsste, denn heute ist man mit 18 und nicht mit 20 Jahren volljährig.

Ruth Strässle-  
Erismann (FDP)

Das stammt noch aus der Zeit als man mit 20 Jahren volljährig wurde und da nie ein Antrag auf Änderung kam, hat man das so beibehalten.

Susanne Heer (FDP)

**55017 Familie plus, S. 64**

Im Namen der Geschäftsprüfungskommission stelle ich den Antrag, auf die Pensenerhöhung von 20 % zu verzichten und die Position 301 um 46'000 Franken zu reduzieren. Wir haben den Eindruck, es besteht eine gewisse Eigendynamik, allenfalls kann man natürlich innerhalb der Verwaltung etwas ausgleichen. Wir möchten damit auch ausdrücken, dass wir dagegen sind, dauernd eine Angebotsverweigerung zu schaffen, in die das Parlament letztlich gar nicht einbezogen wird, sondern immer mit dem Budget vor vollendete Tatsachen gestellt wird. Man baut ein Angebot auf, dann ist es der sog. "Horwer Standard" und am Schluss bringt man es fast nicht mehr weg, denn es ist immer viel schwieriger jemandem zu erklären, warum er jetzt etwas nicht mehr bekommt, was er vorher hatte. Darum wird der Meinung, dass man auf die Erhöhung der 20 Stellenprozent verzichten sollte.

Thomas Zemp (CVP)

Es sind 24'000 Franken, die für die Stellenerhöhung budgetiert sind. Die 15'000 und 31'000 Franken betreffen die Angebotserweiterung und die möchte ich Ihnen jetzt aufzeigen.

Es geht um die Leitungsstellen von Familie plus, diese bestehen aus 10 % für die vorschulische Betreuung ohne Spielgruppe und es bleiben auch weiterhin 10 %. Als einziges Projekt für die schulergänzende Betreuung haben wir den Schülerhort im Allmend mit einer 20 %-Leitungsstelle und daneben noch die Spielgruppenleitung von 10 %. Nach dem Aufbau der Betreuung im schulergänzenden Bereich 2003 haben wir das Angebot aufgrund der Nachfrage ab 2007 stufenweise erhöht. Das waren vor allem die Aussenschulen, am Anfang im Biregg, was in der Zwischenzeit aufgelöst wurde, dann Kastanienbaum, danach konnten wir im Spitz ein Pilotprojekt machen. Das Schulhaus Spitz war auch das erste, wo die Möglichkeit gegeben wurde, den Mittagstisch im Schulhaus anzubieten, die Verantwortung ist natürlich auch bei der Leitungsstelle. Das Projekt konnte mit einer Anstossfinanzierung und zugleich einer Finanzierung durch die Stiftung "Wirtschaft und Familie" realisiert werden.

Wir möchten jetzt das Pensum von 20 auf 40 % erhöhen, damit nachher die schulergänzende Betreuung gesteuert und auch die nötige fachliche Aufsicht ermöglicht werden kann. Der Gemeinerat hat die Angebotserweiterung aufgrund der Auswertungen, die wir Ihnen mit dem Planungsbericht zur Kinderbetreuung abgegeben haben, vorgenommen. Wir haben immer die Meinung vertreten, dass wir die Angebote bedarfsgerecht entwickeln und es war auch die Erwartung der Eltern, Mittagstische in den Schulhäusern anzubieten.

Den grossen Nachfrageschub gab es im letzten Sommer und wir haben gemerkt, dass die Oberstufenschüler/-innen nicht mehr im bisherigen Angebot integriert werden können. Im Spitz mussten wir die Schüler bereits im letzten Jahr aufteilen. Die Menge ist so gross geworden ist, dass man ein Extraangebot machen musste. Dann hat der Gemeinderat schlussendlich entschieden, einen Gemeinderatskredit zu sprechen, damit die jungen Leute der Oberstufe, die über Mittag betreut werden wollen, nicht im Dorf herumhängen, sondern einen geführten Mittagstisch erhalten. Danach haben wir aufgrund der Anmeldungen gemerkt, dass wir, verursacht durch die Veränderungen im Biregg, auch im Schulhaus Hofmatt ein Angebot schaffen dafür einen Gemeinderatskredit bewilligt. Darüber konnten wir Sie nicht informieren, weil wir aufgrund der Ausschreibung kurzfristig entscheiden und somit Führungsverantwortung übernehmen mussten. Wir möchten natürlich auch die schulergänzende Kinderbetreuung weiterentwickeln und kompatibel mit dem Auftrag gestalten, den wir vom Kanton über das Volksschulbildungsgesetz haben. Das bedeutet, dass wir für die Zukunft ein Konzept entwickeln müssen, das bis jetzt nur in einem Grobkonzept vorliegt, aber Sie sehen, dass wir eigentlich in allen Schulhäusern einen Mittagstisch anbieten und auf die Zukunft hinaus die Hausaufgabenhilfe integrieren möchten, die auch Personen und Mannskraft voraussetzt, um die Konzeptentwicklung zu differenzieren. Vom bestehenden Auftrag des Erziehungsgesetzes möchte ich erwähnen, dass Gemeinden schul- und familienergänzende Tagesstrukturen anbieten müssen. Das Gesetz ist seit 2009 in Kraft und muss auf das Schuljahr 2012/13 eingeführt sein. Unsere bereits bestehenden Strukturen haben wir jetzt, dem Bedarf entsprechend, laufend weiterentwickelt.

In der Zwischenzeit wissen wir, dass es idealer gewesen wäre, wenn wir Sie früher hätten informieren können als erst jetzt mit dem Budget. Wenn wir aber während des Jahres reagieren müssen, bleibt uns nichts anderes übrig, als das über einen Gemeinderatskredit zu machen und jetzt zu probieren, das in üblicher Form in das fixe Budget zu überführen. Wir haben das natürlich im Grobkonzept auch finanziell angeschaut. Im Gesamten ist 2011 beim Finanzplan eine Kostensteigerung von 50'000 Franken budgetiert und dementsprechend kann das Angebot, wie ich es Ihnen vorgestellt habe, erwei-

tert werden. Das sollte 2012 gleich bleiben und auf das Jahr 2013 nehmen wir an, dass es eine bessere Auslastung geben wird und dann kann man erwarten, dass die Kosten sogar sinken. Wir bewegen uns mit den Kosten aber im Rahmen des Finanzplans, den wir Ihnen immer aufgezeigt haben, und darum haben wir uns auch erlaubt, die Gemeinderatskredite zu sprechen.

Wie man anhand der Folie sieht, haben wir nur 50'000 von den vorgesehenen 100'000 Franken gebraucht und auch 2012 werden wir die geplanten 200'000 Franken nicht benötigen. Es ist klar, man hat immer inklusive Infrastrukturbedarf budgetiert und das ist etwas, was wir als Raumbedarf erarbeiten müssen und darum konnten wir nicht schon mit einem ausgefeilten Konzept zu Ihnen kommen. Wir wären froh, wenn Sie uns die Stelle, wie im Budget vorgesehen, erlauben könnten, denn sonst müssten wir uns überlegen, wie wir die Angebote wieder reduzieren, weil die nötigen Ressourcen dazu nicht vorhanden wären.

Aber es ist klar, dass Sie mitsteuern sollten, vor allem auf das neue Schuljahr hin und darum mache ich Ihnen den Vorschlag, die Stelle befristet zu bewilligen und wir würden Ihnen auf Mai/Juni einen B+A vorlegen, der für Sie für das Schuljahr 2011/12 Entscheidungsgrundlage wäre, um nachher das Konzept festzulegen, wie die schulergänzende Kinderbetreuung auf der Grundlage des Volksschulbildungsgesetzes in Zukunft aussehen soll. Dann haben Sie auch die Möglichkeit, Anträge zu machen und ob das Ganze weiter auf den bestehenden Strukturen des Sozialdepartementes laufen soll oder wieder in das Präsidialdepartement zurückgegeben und dort weitergeführt werden soll. Bisher hat der Gemeinderat auf den bestehenden Strukturen aufgebaut und man sieht jetzt, dass die Leitungsstelle unbedingt aufgestockt werden müsste.

Die grundsätzliche Frage ist, warum das Angebot subventionspflichtig und nicht kostendeckend ist. Wir haben über die Betreuung der Vorschulkinder gesprochen, da müssen Kinder den ganzen Tag betreut werden, damit eine Mutter arbeiten kann. Bei den Schulkindern kann eine Mutter arbeiten, wenn das Kind 1 ½ Stunden über den Mittag betreut ist. Das gibt ja eigentlich tiefere Grenzkosten, wenn man arbeiten geht, andersherum gefragt, warum erhöht man nicht die Beiträge?

Markus Bider (CVP)

Wir haben darüber diskutiert und die Tarifstruktur mit Kriens, Luzern und Ebikon verglichen. Dort bewegen wir uns eher im oberen Bereich der Tarife und haben darum eine Gebührenerhöhung verworfen. Im untersten Segment sind wir eher ein wenig besser, also die ersten zwei Schritte, und sonst ist es gleich. Es ist ja auch sinnig, dass man probiert, in der Gegend einkommensabhängige Tarifstrukturen zu machen, die sich einigermaßen gleichen.

Oskar Mathis (L2O)

Wie viele Kinder sind das in etwa, die das Angebot über den Mittag in Anspruch nehmen?

Roland Bühlmann (SVP)

Die Horte sind auf 14 Kinder ausgerichtet, es gibt eine gewisse Grösse, die ein Mittagstisch haben muss. Der Kids-Treff ist praktisch voll, nur dienstags hätten noch zwei Kinder Platz. Im Schülercafé haben wir im Schnitt sechs Jugendliche, für den Mittagstisch Hofmatt haben wir durchschnittlich acht Kinder budgetiert, dieser ist aber schon jetzt bei zehn, einmal sogar dreizehn Kindern. Beim Mittagstisch Spitz haben wir einen Durchschnitt von zehn und in Kastanienbaum von 12 Kindern. Der Mittagstisch wird im Kids-Treff, im Schülercafé und im Spitz montags, dienstags, donnerstags und freitags angeboten, im Hofmatt montags, dienstags und donnerstags und in Kastanienbaum dienstags und freitags. Für den Mittagstisch Kastanienbaum fordert der Elternrat die Erweiterung auf montags und donnerstags, der Gemeinderat hat aber das Signal gegeben, dass wir noch abwarten, bis das Budget genehmigt ist. Für einen Bedarf von weniger

Oskar Mathis (L2O)

als fünf Kindern wird der Mittagstisch nicht angeboten.

Im letzten Herbst haben wir an der Einwohnerratssitzung die Auswertung der Tagesbetreuung behandelt. Man hat davon gesprochen, dass Horw eine Vorreiterrolle spielt, wir haben rechtzeitig das Angebot Betreuungsgutscheine eingerichtet, bedarfsgerecht angepasst und sind mit einem Beitrag dafür belohnt worden, weil wir schon im ersten Jahr, in dem das Volksschulbildungsgesetz in Kraft war, die Anforderungen, die erst 2012 umgesetzt sein müssen, erfüllt hatten. Die Gemeinde Horw hat eine Grösse, wo es sehr praktisch ist, dass eine Stelle die Angebote der Kinderbetreuung koordiniert und leitet. Dabei geht es um Spielgruppen, Mittagstische und Betreuungsgutscheine bis zum Schülercafé für die Oberstufe und es gibt ein gutes Netzwerk und eine gute Übersicht, wenn das alles an einem Ort gemacht wird. Die Angebote wurden, weil wirklich der Bedarf da ist, angepasst und es ist eigentlich nicht mehr als logisch, dass man für die Leitung von so vielen Angeboten auch mehr Ressourcen braucht. Wenn man die Stelle nicht aufstockt, muss man die Angebote wieder reduzieren und 2012 wird es dann heissen, Horw muss laut Volksschulbildungsgesetz die Angebote haben und dann muss die Stelle trotzdem wieder angepasst werden. Ich denke, wir können nicht ein Jahr vorher Horw loben, weil so gute Arbeit in der Kinderbetreuung geleistet wird, und ein Jahr später werden Kürzungen vorgenommen, weil man die Stellenprozente nicht anpassen will. Ich empfehle Ihnen, den Antrag der GPK nicht anzunehmen.

Beatrice Heeb-Wagner  
(L2O)

Im B+A Nr. 1436, Betreuungsgutscheine ist ausgewiesen, dass 20 Stellenprozente bewilligt wurden und man hat dann festgestellt, dass das Angebot lediglich zur Hälfte genutzt wurde. Man hatte aber trotzdem 20 % mehr, von denen dann 15 % gebraucht wurden. Aber wo sind die 20 % aus dem B+A?

Heiri Niederberger  
(CVP)

Ich habe eine Frage betreffend der möglichen Auslastung. Herr Mathis, Sie haben einmal gesagt, die Kosten werden sinken, wenn es ausgelastet ist. Was wäre denn die maximale Auslastung, denn irgendwann einmal muss man ja sagen, dass man wieder einen weiteren Platz aufmachen muss und dann gibt es wieder Mehrkosten wenn wieder zu viel Kinder kommen.

Astrid David Müller  
(SVP)

Im Kids-Treff gibt es 14 Plätze und das ist die obere Grenze, wenn wir in dem Bereich Räumlichkeiten suchen, die dann nachher so einsetzbar sind. Wenn die Auslastung grösser ist und man gleich viel Personal benötigt, gibt es mehr Eltern, die bezahlen und dadurch entsteht ein besseres Kosten-Nutzen-Verhältnis.

Oskar Mathis (L2O)

Die 20 % vom B+A: Als das Pilotprojekt startete, waren das die 20 %, heute sind diese schon reduziert, natürlich nur von 10 % Administration für das Projekt und nicht bei der Leitungsstelle budgetiert. Das ist schwierig nachvollziehbar, weil wir das im Budget natürlich schon bei den Betreuungsgutscheinen so aktualisiert haben, dass man nachher die 10 % Administration schon gespart hat.

Bei den 20 % ist im B+A begründet, dass man bereits 5 % für Familie plus abgekupfert hat. Das ist für mich viel zu wenig transparent, um das genau nachvollziehen zu können, mir fehlt ein gewisses Argumentarium.

Heiri Niederberger  
(CVP)

Den Teil Betreuungsgutscheine bewältigen wir mit dem bisherigen Stellenplan, da gibt es als Gesamtes keine Erhöhung. Um aber das schulergänzende Betreuungsangebot in dem Umfang bewältigen zu können, brauchen wir 20 % mehr in der Leitungsstelle.

Oskar Mathis (L2O)

Die Position 301 beträgt 566'500 Franken. Mir ist allgemein nicht klar, wie der Bereich Familie plus funktioniert und darum wäre ich froh, wenn es einen B+A geben würde, damit man das genauer anschauen kann.

Reto Deschwanden  
(CVP)

Ich stütze das Votum von Herrn Deschwanden und beantrage auch, dass man nicht zuerst die Stellenprozente erhöht und dann einen B+A macht, sondern umgekehrt.

Astrid David Müller  
(SVP)

Es ist heute bereits das dritte Mal, dass wir nachträglich etwas entscheiden sollen, bei dem die Situation nicht ganz klar bzw. nicht transparent ist und uns dann nachher ein B+A in Aussicht gestellt wird. Ich bitte den Gemeinderat, doch erst einen B+A zu machen, wenn ja sowieso unser Einverständnis nötig ist.

Irène Zingg-Vetter  
(FDP)

Ich sehe das schon, aber wir haben als Gemeinderat einen operativen Auftrag. Im Sommer mussten wir handeln und konnten nicht so kurzfristig mit einem B+A an Sie gelangen, sonst hätten wir bei Anfragen sagen müssen, dass wir diese nicht entgegennehmen, weil zuerst ein B+A an den Einwohnerrat nötig ist und wir erst dann entscheiden können. Wir waren mutig, denn wir haben die Ressourcen und über den Finanz- und Aufgabenplan ausgewiesen, dass so etwas zu erwarten ist und dann im Gemeinderat entschieden, das zu machen. Darum war es in diesem Fall fast nicht anders möglich, als Ihnen das nachträglich zu bieten.

Oskar Mathis (L2O)

20 plus 20 ist für mich 40 und Sie wollen mir weismachen, 20 plus 20 ergebe 30.

Heiri Niederberger  
(CVP)

**Abstimmung:**

Antrag der GPK, auf die Pensenerhöhung von 20 % zu verzichten und die Position 301 um 24'000 Franken zu kürzen.

Robert Odermatt  
(SVP)

**Dem Antrag wird mit 22:7 Stimmen zugestimmt.**

**5504 Jugendbetreuung, S. 66**

Die GPK stellt den Antrag, die Pensenerhöhung von 50 % abzulehnen. Der Antrag richtet sich nicht spezifisch gegen die sozialräumliche Jugendarbeit, sondern gegen die unkontrollierte Ausdehnung von Leistungsangeboten. Wir sind der Meinung, dass man die Prioritäten anders setzen muss und mit den bestehenden Stellenprozenten das abdecken soll, wo man das Gefühl hat, dass das wichtig ist. Auch hier machen wir wieder einen Leistungsaufbau und wir haben im Rat zu dieser Position bereits mehrfach Stellung genommen.

Thomas Zemp (CVP)

Die Stelle gibt es mittlerweile seit drei Jahren und es ist auch von der Arbeitsgruppe "Netzwerk Jugend", Beteiligten der Polizei und dem Rektor ausgewiesen, dass diese eine wichtige Aufgabe im öffentlichen Raum übernimmt. Es ist schwierig zu sagen, was der Wegfall für einen Verlust bringt, aber wenn die Stelle gestrichen wird, müssen auch gewisse Leistungen gekürzt werden und das wäre ein Verlust.

Susanne Heer (FDP)

Für unsere Gemeinde ist das Projekt "Sozialräumliche Jugendarbeit" mit einem Pensum von 50 % klar ein Gewinn. Das Projekt hat zum Ziel, die Akzeptanz und Integration von Jugendlichen im öffentlichen Raum zu fördern. In der heutigen Zeit ist die Tendenz, dass immer mehr Jugendliche ihre Freizeit primär im öffentlichen Raum verbringen. Die gelegentlich störenden Nebeneffekte wie Alkohol, Littering und Lärm sind uns allen bekannt. Dank Präsenz der Jugendarbeit im öffentlichen Raum ist es möglich, präventiv für ein gutes Zusammenleben aller zu sorgen und dort wo es "brennt", wo Schwierigkeiten auftreten oder die Bevölkerung sich gestört fühlt, gezielt in einer frühen Phase zu intervenieren, bevor Konflikte eskalieren.

Miriam Scammacca  
Albisser (L2O)

Dank guten Kontakten der Jugendanimation mit den Jugendlichen, der Zusammenarbeit mit der Polizei und der Durchsetzung der abgemachten Ordnung mit der Securitas, konnte schon viel mehr als früher erreicht werden. Es wurde und wird eine Beruhigung

des Aussenraumes erzielt, es sind Schulhausplatzordnungen entstanden und durch den Container konnte die Schulhausanlage Allmend entlastet werden. Unmittelbar um den Container sind im Schnitt bis 20 Jugendliche anzutreffen, im Raum Oberstufenschulhaus sind es sogar gegen 30 Jugendliche. Auf dem Rüteli halten sich an Sommerabenden zwischen 20 bis 50 Jugendliche auf und haben Eigenverantwortung in der Einhaltung von Ruhe und Ordnung übernommen.

Die Jugendanimation ist u.a. mit der der Schule, den Immobilien, der Polizei und weiteren Fachstellen im Horwer "Netzwerk Jugend" vertreten. Aufgrund der bisher guten Erfahrungen spricht sich dieses Netzwerk ebenfalls für ein Aufrechterhalten des Projekts "Sozialräumliche Jugendarbeit" aus.

Setzen Sie sich für Lebensqualität und ein solidarisches Zusammenleben in Horw ein und stimmen Sie der beantragten definitiven Einführung der sozialräumlichen Jugendarbeit zu. Jung und Alt, d.h. die Horwer Bevölkerung, wird es Ihnen verdanken.

Natürlich ist bei Ihnen die Versuchung gross, diesen Budgetbeitrag für eine 50 %-Stelle zu streichen. Aber mir ist es lieber, dass sich die Jugendlichen an kontrollierten Räumen und Orten im Aussenbereich aufhalten und dass die Jugendarbeiterinnen und -arbeiter die Jugendlichen an ihren beliebten Standorten aufsuchen, damit diese nicht in Versuchung geraten, die anderen Mitbürger und Mitbürgerinnen an deren Stand- und Wohnorten als Chaoten und Randalierer heimsuchen. Unterstützen Sie bitte den Antrag auf Streichung aus dem Grund nicht!

Franz Leipold (LZO)

Ich möchte mich meinen Vorrednern anschliessen, ich halte das Konzept der sozialräumlichen Jugendarbeit in Horw für sehr erfolgreich, weil es ein niederschwelliges Konzept ist. Was ist die Alternative? Wenn das wegfällt, teilen sich die Jugendlichen wieder, es führt zu Beschwerden und es führt zum Ruf nach mehr Polizei. Das ist erstens nicht billiger und zweitens führt es tendenziell, je nachdem wie es eskaliert, zu einer Kriminalisierung und das kann nicht im Interesse der Gemeinde und von uns sein.

Markus Bider (CVP)

Kann man die 50 %-Stelle in Franken beziffern?

Robert Odermatt  
(SVP)

Es handelt sich um 40'000 Franken.

Susanne Heer (FDP)

Noch einmal zur Präzisierung: Wir sagen nicht, dass man keine sozialräumliche Jugendarbeit machen muss, sondern wir sagen, dass man mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen priorisieren soll. Vielleicht kann man dann halt einfach etwas anderes nicht mehr machen. Wir haben noch eine Zusammenstellung erhalten, wie viel Stellenprozente in der Agglomeration eingesetzt werden und dann muss man sagen, dass Horw sehr gut dasteht. Wir haben pro 1'000 Einwohner fast doppelt so viel wie Kriens, 30 % mehr als die Stadt Luzern und doppelt so viel wie Ebikon.

Thomas Zemp (CVP)

Herr Zemp, was Sie jetzt betreffend der Statistik nicht gesagt haben ist, dass der Schweizerische Dachverband für Jugendarbeit für Horw eigentlich 10 % mehr empfehlen würde. Sie vergleichen es zwar mit anderen Gemeinden, aber die Fachstelle empfiehlt klar mehr Stellenprozente.

Miriam Scammacca  
Albisser (LZO)

Ich stelle fest, dass es sich keine Gemeinde leisten kann, was empfohlen wird. Dann müsste Kriens 220 und Luzern noch 300 Stellenprozente mehr haben. Das ist eine Fachstelle, die fern der Realität etwas verlangt und verlangen kann man immer, aber finanzieren ist ein anderes Thema.

Thomas Zemp (CVP)

Herr Zemp, Sie müssen mir dann sagen, wo wir Einsparungen vornehmen oder auf was wir verzichten sollen, wenn die 50 %-Stelle nicht mehr bewilligt wird. Der Dachverband für offene Jugendarbeit gibt Empfehlungen ab. Aktuell hat Horw total 180 Stellenprozente, und zwar 120 % für die Jugendanimation, 10 % für den Jobkiosk und 50 % ist die sozialräumliche Jugendarbeit. Ausserdem haben wir noch eine Praktikumsstelle von 70 %, wobei man bei dieser 35 % als aktive Arbeitsleistung rechnen kann.

Susanne Heer (FDP)

Es stimmt nicht, dass sich das keine Gemeinde leisten kann. Adligenswil hat beispielsweise den vollen, vom Dachverband empfohlenen Stellenetat genehmigt und somit auch mehr als Horw.

Miriam Scammacca  
Albisser (LZO)

Es sagt wahrscheinlich nicht alles aus, wie viel Stellenprozente eine Gemeinde hat, wie sie ihre Problem lösen kann. Vielleicht hat man weniger Stellenprozente, muss aber zur Lösung der Probleme andere Institutionen hinzufügen, was vielleicht unter dem Strich teurer wird. Vielleicht kann man ja auch den finanziellen Aspekt anschauen und dann sieht man einfach, dass da auch gewisse Differenzen sind, also nicht nur heruntergebrochen auf die Stellenprozente der Jugendanimation.

Urs Hediger (CVP)

Wiederum diskutieren wir an dieser Stelle über die 50 %-Stelle "Sozialräumliche Jugendarbeit". In einer 3-jährigen Projektphase wurden die ersten Erfahrungen gemacht, das Projekt hat sich stetig weiterentwickelt. Wir stehen jetzt an einem Punkt, wo es gilt: Was passiert nun mit diesem Projekt, mit diesen Erkenntnissen, wie geht es weiter?

Sozialarbeit generell hat es immer ein bisschen schwer in der heutigen Zeit, Akzeptanz und Anerkennung zu erhalten. Vielfach weiss man nicht genau was sie tut, welchen Aufwand sie betreibt und welchen Nutzen man daraus ziehen kann. Weil die Arbeit in diesem Bereich vielleicht nicht ganz so einfach ist, weil sie komplex ist und weil viele Probleme durch verschiedene Ansätze, aber auch durch vernetzte Projekte zu Lösungen geführt werden können.

Immer mehr wird in der heutigen Gesellschaft nach dem Kosten-Nutzen-Verhältnis (wissenschaftlich gesehen) von Projekten, von Institutionen, von Arbeiten geschrien, welchen eigenen Nutzen habe ich aus der Sache, was bekomme ich, wenn ich dies mache (Stichwort Freiwilligenarbeit). Die sozialräumliche Jugendarbeit hat in den letzten Jahren einige Arbeiten und Projekte geleistet, die sie in einem Bericht auch dokumentierte. Es ist dies ein Tätigkeitsbericht, der – wie in vielen anderen Fällen auch – durch die verantwortlichen Personen erstellt wird. Dass man nun bei diesem Bericht am Schluss keine messbaren Ergebnisse vorfindet, liegt in der Sache des Themas.

Wir haben dies ja bereits bei einem anderen Geschäft diskutiert, nämlich bei der Einführung der Schulsozialarbeit. Welchen Nutzen hat diese Tätigkeit, welche messbaren Erfolge hat sie auszuweisen? Was wäre passiert, wenn wir sie nicht eingeführt hätten? Oder was würde passieren, wenn wir diese abschaffen würden? Wir sind alle – oder zumindest die meisten hier – überzeugt, dass dies eine gute, sinnvolle und zeitgemässe Institution ist. Was sind messbare Werte für die Tätigkeit unserer Schulen? Wir haben eine Grundschule, wir müssen eine haben, wir finden unsere Schule gut, aber ist sie auch gut genug? Wie legen wir Fakten auf den Tisch, damit wir sagen können: Jawohl, unsere Schule ist uns unser Geld wert?

Unsere Gesellschaft verändert sich – zum Glück! Nehmen wir die Jugend: Die Jugend verändert sich, ihr Verhalten, ihre Vorstellungen. Aber auch ihre Nebengeräusche müssen wir zur Kenntnis nehmen, z.B. Littering, Lärmbelästigungen, Gewalt, Unruhe usw. Wir können darauf reagieren mit neuen, neuzeitlichen Instrumenten, um dem entgegenzutreten oder zumindest korrigierend einzuwirken. Nicht alle Jugendlichen treiben gerne Sport, nicht alle Jugendlichen üben sich in der Musik, sind Mitglied eines Vereines usw.

Sie bewegen sich in anderen örtlichen wie auch zeitlichen Räumen, in anderen "Gebilden". Aber auch sie sind Bestandteil unserer Gesellschaft.

Wenn man nach anderen Lösungen schreit, wie wir "Herr der Lage" sein wollen, kommen schnell die Begriffe "Videoüberwachung" sowie "Polizeipräsenz" ins Spiel. Videoüberwachung ist räumlich beschränkt, ist am Ort gebunden, und somit nicht flächendeckend verfügbar, und auch mit Kosten verbunden. Polizeipräsenz bedürfte mehr Personal, da ja die Polizei ihre Einsätze mit dem bestehenden Personal, und da gibt es sicher auch Gründe, wieso es nicht mehr Personal gibt, nach Prioritäten setzen muss und da ist vielleicht eine Lärmbelästigung in Horw im erforderlichen Moment nicht gerade das Ereignis, wo die Einsatzkräfte eingesetzt werden können. Ist im Ansatz sicherlich nicht korrekt, nicht akzeptierbar, aber einfach eine Tatsache in der heutigen Zeit.

Wir können somit immer warten und hoffen, dass wir die entsprechende Unterstützung erhalten oder wir können die Lösungen unserer Probleme selber und aktiv in die Hand nehmen. Wir gehen zu den Jugendlichen, reden mit ihnen, erfahren ihre Gedanken, erkennen ihre Bedürfnisse (auch räumliche), pflegen den Kontakt zu den Jugendlichen/unter den Jugendlichen und stellen dadurch auch sicher, dass man das Verhalten von Jugendlichen auch frühzeitig positiv in positive Richtungen verändern kann.

Die sozialräumliche Jugendarbeit ist ein Bestandteil in einem ganzen Gebilde von verschiedenen Projekten, welche sich gegenseitig unterstützen und ergänzen. So z.B. das Projekt "sensor" wie auch das "Netzwerk Jugend Horw". Man muss eigentlich überzeugt sein, dass diese Arbeiten, diese Projekte ihr Ziel erreichen, dass diese "Jugendbegleit-Massnahmen" in der heutigen Zeit, in unserer heutigen Gesellschaft erforderlich und notwendig sind. Ich bin überzeugt davon und unterstütze deshalb den Antrag des Gemeinderates, die 50 %-Stelle "Sozialräumliche Jugendarbeit" weiterzuführen!

Wir haben in der Jahresrechnung 2009 mit der Stelle "Sozialräumliche Jugendarbeit" einen Betrag von 142'000 Franken abgerechnet. Ich mache Ihnen den Kompromissvorschlag, in das Budget 2011 ebenfalls den Betrag von 142'000 Franken einzusetzen, dann ist die Stelle enthalten und wie man es dann organisieren will, ist die Sache der Jugendarbeit.

Herr Zemp, Sie haben vorhin den Vergleich mit der Gemeinde Ebikon gemacht. Haben Sie auch die Fremdplatzierungen von Ebikon und Horw verglichen? Dort geht es dann um andere Zahlen, weil Jugendliche vielfach im öffentlichen Raum nicht zurechtkommen. Ich bitte Sie, die Stellenprozente zu bewilligen.

**Abstimmung:**

Antrag von M. Zimmermann, die Position 301 der Kostenstelle 5504, Jugendbetreuung, um 31'600 Franken (von 173'600 auf 142'000 Franken) zu reduzieren.	16 Stimmen
Antrag des Gemeinderates, die Position 301 der Kostenstelle 5504, Jugendbetreuung, mit dem budgetierten Betrag von 173'600 Franken zu belassen.	13 Stimmen
Antrag von M. Zimmermann, die Position 301 der Kostenstelle 5504, Jugendbetreuung, um 31'600 Franken (von 173'600 auf 142'000 Franken) zu reduzieren.	18 Stimmen
Antrag der GPK, die Pensenerhöhung von 50 % für die Sozialräumliche Jugendarbeit abzulehnen.	10 Stimmen

Marcel Zimmermann  
(SVP)

Rita Wyss (L20)

Robert Odermatt  
(SVP)

Konrad Durrer (L20)

### 55052 Gesetzliche Fürsorge, S. 67

Im Namen der L2O stelle ich den Antrag, die Streichung bei den Arbeitsintegrationsprogrammen von 60'000 auf 30'000 Franken zu reduzieren, d.h. bei der Kostenstelle 55052, Position 366, 30'000 Franken mehr zu budgetieren. Die Streichung entspricht einer Kürzung diese Auslagen um 30%. Es ist eine schlechte Idee hier zu sparen, weil

1. Arbeitsintegrationsprogramme helfen Kosten zu sparen  
Die Arbeitsintegrationsprogramme helfen insgesamt Kosten zu sparen. Sie ermöglichen es, vor allem langzeitarbeitslosen Personen eine Tagesstruktur aufzubauen bzw. zu erhalten. Diese Personen sind meist schon psychisch oder physisch angeschlagen (z.B. Depressionen, Alkoholprobleme) und eine solche Struktur kann oft den kostenspieligeren Totalabsturz verhindern. Und das für ca. 900 Franken pro Monat.
2. Arbeitsplätze in Horw  
Die Arbeitsplätze sind z.T. in Horw im Atelier für Frauen und im Brändi. Wir ermöglichen damit diesen in Horw ansässigen Institutionen, ihre Arbeitsplätze zu erhalten und signalisieren ihnen unsere Bereitschaft. Nicht alle Betriebe sind auf Steuersenkungen angewiesen, um Arbeitsplätze zu erhalten.
3. Sozialhilfe gegen Gegenleistungen  
Wie der Sozialvorsteher in der GPK sagte, entspricht dieses Konzept dem von verschiedener Seite geforderten Grundsatz, dass für den Empfang der Sozialhilfe eine Gegenleistung – nämlich die Teilnahme an einem Arbeitsintegrationsprogramm – verlangt wird. Diese Möglichkeit wird dem Sozialvorsteher damit verringert.

Ich bitte Sie, diesem doch sehr moderaten und bereits reduzierten Vorschlag zuzustimmen, und die Reduktion bei 15 % zu belassen.

Gibt es bei dem Programm eine Erfolgsquote, kann man das irgendwie messen?

Marcel Zimmermann  
(SVP)

Die Kontrolle ist einzelfallbezogen, das ist natürlich nicht so klar abschätzbar, das Wichtige ist aber, Tagesstrukturen zu schaffen. Das Ziel ist immer eine Integration in den Arbeitsmarkt und das ist abhängig von der Wirtschaftslage.

Oskar Mathis (L2O)

In der Geschäftsprüfungskommission wurde dieser Antrag abgelehnt. Wie Konrad Durrer gesagt hat, geht es nicht darum, dass man das gesamte Programm nicht mehr macht, sondern es wird um ein Drittel gekürzt. Wir haben auch erfahren, dass sich die gesetzliche Grundlage insofern verändert hat, dass früher offenbar einige Gemeinden das Programm geschützt haben, um die Arbeitslosen 12 Monate zu beschäftigen, da diese nachher wieder berechtigt waren, eine Arbeitslosenentschädigung zu beziehen. Das hat die Gemeinden natürlich von der Sozialhilfe entlastet. Weil das nicht mehr möglich ist resp. eine längere Beschäftigungsdauer benötigt wird, werden einige Gemeinden wahrscheinlich davon absehen. Es könnte aber auch sein, dass die Nachfrage in unserer Gemeinde gar nicht mehr so gross ist, vielleicht war das ja ein Antrag vom Sozialvorsteher, die Position um 60'000 Franken zu kürzen. So gesehen bin ich überzeugt, dass man das ruhigen Gewissens streichen kann.

Thomas Zemp (CVP)

#### **Abstimmung:**

Antrag der L2O, die Streichung bei den Arbeitsintegrationsprogrammen von 60'000 auf 30'000 Franken zu reduzieren, d.h. bei der Kostenstelle 55052, Position 366, 30'000 Franken mehr zu budgetieren.

Robert Odermatt  
(SVP)

**Der Antrag wird mit 6:22 Stimmen abgelehnt.**

**5601 Neubau/Erneuerung Strassen, Wege und Strassenbeleuchtung, S. 69**  
Zur Strassenbeleuchtung ist von mir schon ein Postulat eingereicht und abgelehnt worden und im Moment ist noch eine Interpellation pendent. Anhand der Zahlen sieht man nicht, was bei den Strassenlampen gemacht wird.

Ruth Strässle-  
Erismann (FDP)

**5701 Umweltschutz, S. 74**

Ich finde es wichtig, dass man trotz dem Sparwillen Prioritäten setzt und das Energieförderungsprogramm im gleichen Stil weiterzieht, wie wir das gehabt haben. Ich beantrage, die Positionen 318 wieder um 20'000 Franken zu erhöhen.

Jörg Stalder (L2O)

**Abstimmung:**

Antrag von Jörg Stalder, bei der Kostenstelle 5701, Umweltschutz, die Positionen 318 um 20'000 Franken zu erhöhen.

Robert Odermatt  
(SVP)

**Der Antrag wird mit 6:21 Stimmen abgelehnt.**

**Zusammenzug Liegenschaften Finanzvermögen, S. 88**

Bei den Liegenschaften ist geplant, aufgrund der Durchführung der Mietwertschätzungen, Anpassungen bei den Mietwerten in Höhe von 5'000 Franken vorzunehmen. Im Namen der GPK stelle ich den Antrag, diese Anpassungen auf 10'000 Franken festzusetzen. Eigentlich ist das immer noch relativ marginal, wenn man sieht, dass bei der Position 423 Liegenschaftserträge von 1.18 Mio. Franken realisiert werden können.

Thomas Zemp (CVP)

**Abstimmung:**

Antrag der GPK, die Liegenschaftserträge des Finanzvermögens (Position 423) um 5'000 Franken zu erhöhen.

Robert Odermatt  
(SVP)

**Dem Antrag wird mit 23:5 Stimmen zugestimmt.**

**590111 Wohnungen Feuerwehrgebäude, S. 91**

Im Budget 2010 heisst es, dass der B+A zur Abrechnung der Erweiterung und Sanierung des Feuerwehrgebäudes im ersten Halbjahr 2010 vorgelegt wird.

Marcel Zimmermann  
(SVP)

Der B+A wird auf die Sitzung im Januar 2011 vorgelegt.

Susanne Heer (FDP)

**4400000 Kleininvestitionen Kirchfeld, S. 100**

Die Kleininvestitionen von gut einer halben Million Franken finde ich persönlich ein wenig hoch. Wir haben in der GPK Details erhalten und gesehen, dass in den Kleininvestitionen der Bus versteckt ist, der die Leute vom Kirchfeld ins Dorf transportiert. Das ist vorsorglich für den Fall im Budget, dass wenn der Bus kaputtgeht, der neue schon mit dem Budget gesprochen ist. Ich stelle den Antrag, den Betrag um 75'000 Franken herabzusetzen.

Rita Sommerhalder  
(CVP)

Der Bus ist sehr wichtig, damit der Transport aufrecht erhalten werden kann. Man wollte nicht das Risiko eingehen, diesen zusammenfallen zu lassen, denn bei der Anschaffung eines neuen Busses muss dieser nachgerüstet werden, damit er rollstuhlgängig ist und damit wäre eine Wartezeit von zwei bis drei Monaten verbunden. Um den Transport gewährleisten zu können, wurde der Bus budgetiert.

Oskar Mathis (L2O)

Ich möchte vom Gemeinderat wissen, ob die Auffassung eines Gemeinderatskredites bei der Exekutive und der Legislative die gleiche ist. Wir haben in der Pause diskutiert, dass Sachen, die der Rat verworfen hat, mittels Gemeinderatskredit entgegen dem Willen vom Rat, weitergeführt worden sind. Handkehrum sagt man, so ein Bus müsse vorsorglich vom Parlament genehmigt werden. Ich bin nicht ganz sicher, was unsere Wahrnehmung von einem Gemeinderatskredit sein soll. Ich habe gemeint, dass Gemeinderatskredite für unvorhergesehene Ereignisse sind. Es zeugt von einer gewissen Schlitzohrigkeit, wenn man nachher versucht, uns zu erklären, dass das Auto eine gewisse Lieferzeit hat - ich weiss nicht, ob Sie das präventiv bestellen und hinter dem Haus abstellen, bis das alte aussteigt - oder wenn Sie ohnehin warten müssen, dann nützt Ihnen auch der Budgetbetrag nichts. Dann ist es nämlich abhängig von der Lieferfrist vom jeweiligen Fahrzeugbauer resp. bin ich überzeugt, dass es so ein Fahrzeug zur Überbrückung auch zur Miete gibt, vielleicht ein bisschen grösser oder kleiner. Zu den Gebaren und der Verwendung von Gemeinderatskrediten muss ich mit einer gewissen Entrüstung feststellen, dass, wenn man sie braucht, von diesen kein Gebrauch gemacht wird. Missbrauch ist das falsche Wort, aber es geht in eine ähnliche Richtung und ich bitte ich den Gemeinderat darum, sich die Definition vom Gemeinderatskredit einmal in aller Ruhe zu Gemüte zu führen, zu überprüfen und sein Verhalten den Vorgaben gegenüberzustellen.

Roger Jenni (FDP)

Wir sprechen hier von der Investitionsrechnung und nicht von Gemeinderatskrediten. Hier wird aufgezeigt, was wir investieren, um dann den Abschreibungsbedarf zu berechnen.

Oskar Mathis (L20)

Herr Mathis, Sie sind so lange im Rat, dass Sie wissen, was abgegangen ist wegen der Unterführung bei der Brücke, wo man im Werkhof 240'000 Franken mit einem Gemeinderatskredit investiert hat und zwei Jahre später erzählen Sie das Gegenteil.

Roger Jenni (FDP)

Herr Mathis hat präventiv ein Auto gekauft für den Fall, dass das alte zusammenbricht. Ich möchte ihn bescheiden darauf hinweisen, dass es in der Schweiz jede Menge von Autovermietungsfirmen gibt und er innerhalb von zwei Stunden so einen Bus gemietet hätte. Wenn Sie das dann über einen Gemeinderatskredit nehmen, würden wir ein Auge zudrücken.

Alwin Larcher (SVP)

Herr Mathis, seinerzeit haben wir uns in der BVK darüber entrüstet, weil man gesagt hat, es komme in die Investitionsrechnung und werde dem Parlament beantragt, wenn der Gemeinderat beabsichtigt, solche Bauten wie im Werkhof zu machen. Dort ist es darum gegangen, dass man eine Einhausung für den Werkhof mit einem Gemeinderatskredit von 240'000 Franken umgesetzt hat und Sie argumentieren zwei Jahre später, dass das nicht ginge, weil der Bus in die Investitionsrechnung kommt und das ist ein Widerspruch.

Roger Jenni (FDP)

Sie wollen mir mit einem feinen Wink mitteilen, dass ich lieber einen Gemeinderatskredit beantragen und das Problem so lösen soll entgegen der Abmachung, dass man das ja nicht machen sollte.

Oskar Mathis (L20)

**Abstimmung:**

Antrag von Rita Sommerhalder, den Betrag für die Kleininvestitionen Kirchfeld um 75'000 Franken zu kürzen.

Robert Odermatt  
(SVP)

**Dem Antrag wird mit 19:4 Stimmen zugestimmt.**

**475003 Schwesternbergbach 1. Etappe, S. 104**

Die SVP stellt den Antrag, dass uns zum Schwesternbergbach ein B+A vorgelegt werden muss.

Roland Bühlmann  
(SVP)

Ich bitte Sie, den Antrag nicht zu unterstützen. Die Notwendigkeit der Massnahme für 160'000 Franken wurde in der BVK diskutiert und ausgewiesen. Das ist ein Projekt, das für uns nicht ganz nachvollziehbar, möglicherweise aus Umständen vom Bau der A2 und der Strasse Richtung Hergiswil entstanden ist. Dort wurde bei uns viel mehr der Verdacht geweckt, dass der Bund dort möglicherweise nicht haftbar ist. Man müsste dem Gemeinderat mit auf den Weg geben, dass er versucht, etwas beim Bund resp. allenfalls beim Kanton zu holen. Die Umsetzung der Massnahmen für 160'000 Franken, die in einem B+A erscheinen sollten, scheint mir fast zu heikel, denn man muss am Schluss auch bedenken, dass Aufwände zur Erstellung eines B+A betrieben werden, in den vielleicht noch das eine oder andere reingepackt werden kann, was dann eventuell viel gefährlicher sein kann als wenn Sie einen so bewilligten Kredit haben. Dass dem Kredit im Rahmen der Rechnungsprüfung ein besonderes Augenmerk gewidmet wird, ist klar. Hier muss der Rat ein Zeichen setzen und dem Gemeinderat den Auftrag geben, dass wir der Meinung sind, dass das nicht allein die Gemeinde Horw zahlen soll, sondern dass man versuchen muss, möglichst viel beim Bund und beim Kanton zu holen und ich glaube, das muss das Ziel sein. Mit einem B+A, wenn man das dann nicht vor Ort anschaut, ist das Ermessen von dem Betrag so wahnsinnig schwierig, dass wir trotz Vorliegen von einem B+A nicht weiter kommen, als wir hier heute sind.

Roger Jenni (FDP)

Herr Bühlmann, möchten Sie die 160'000 Franken im Budget belassen mit der Bemerkung, dass ein B+A vorgelegt wird oder möchten Sie den Betrag streichen?

Robert Odermatt  
(SVP)

Der Betrag soll im Budget belassen, aber ein B+A vorgelegt werden.

Roland Bühlmann  
(SVP)

Ich bitte Sie, die Verhältnismässigkeit anzuschauen, wie das auch Roger Jenni gesagt hat. Wir haben für den Bach bereits das Gesuch beim Kanton eingereicht und möchten auch für eine Unterstützung beim ASTRA vorstellig werden. Wenn wir das in einem B+A verpacken müssen, können wir nicht mehr handeln. Wir sind im Moment bereits in den Gesprächen, das Projekt ist gemacht. Bei dem Auftrag würde ich gerne handeln, damit wir möglichst einen Kostenverteiler holen können, obwohl das bereits fünf Jahre her ist. Ich würde auch sehr gerne mit dem Projekt starten, bevor die nächsten Hochwasser wieder die Kleinwilstrasse überfluten.

Manuela Bernasconi  
(CVP)

Ich kann dem Ansinnen von Herrn Jenni schon ein wenig stattgegeben, aber ich verstehe auch die SVP. Gibt es da noch eine zweite, dritte und vierte Etappe? Wenn man das zusammen sieht, gibt es vielleicht doch mehr Volumen, so dass sich ein B+A lohnt.

Konrad Durrer (L20)

Es gibt tatsächlich noch Etappen weiter oben, aber dieses ist die wichtigste, weil es eine Hochwasserschutzmassnahme ist.

Manuela Bernasconi  
(CVP)

Warum wir den Antrag gestellt haben, betrifft allein den Passus "... gilt der Kredit als beschlossen". Dieser kommt in diesem Budget zweimal vor und das missfällt uns.

Alwin Larcher (SVP)

Wir haben das in der BVK auch kritisch hinterfragt, es ist auch unsere Pflicht, solche Ausgaben anzuschauen und speziell, wenn es sich um solche Bauobjekte handelt. An der Sitzung war der zuständige Stellenleiter, Remigi Niederberger, anwesend und hat uns die Notwendigkeit nachvollziehbar erläutert. Ich kann sagen, dass eine Verhältnismässigkeit gegeben ist, das so zu bewilligen und es ist vertretbar, dass man das Projekt realisiert. Herr Durrer hat recht, wenn sich das natürlich mit der Etappe zwei, drei und vier wiederholt, muss man irgendwann dazwischenfahren.

Roger Jenni (FDP)

**Abstimmung:**

Antrag der SVP, dass zum Projekt Schwesternbergbach, 1. Etappe, ein B+A vorgelegt werden muss.

Robert Odermatt  
(SVP)

**Der Antrag wird mit 6:22 Stimmen abgelehnt.**

**1.3.3 Massnahmenpaket Motion 261, S. 7**

**5605 Ruhender Verkehr**

Eine Frage der FDP-Fraktion war, wie sich das mit der Erhöhung der Parkgebühren verhält. Wir haben noch keine Lösung ausgearbeitet, wir wollten Ihren Entscheid von heute abwarten. Es wird aber sicher so sein, dass die ersten 30 Minuten gratis bleiben. Die weiteren Tarife für das Kurzzeitparkieren wird man kaum anpassen können, sondern eher die Langzeit- und Dauerparkiergebühren, im Durchschnitt um 10 %.

Gianmarco Helfenstein  
(CVP)

Es gibt auch Anpassungen bei den Gebühren für die Mitarbeitenden, die im Beschluss über Beiträge an Abonnemente und Abgabe von Parkkarten geregelt sind.

**Zu Seite 7 ein Hinweis in eigener Sache:**

Die Referenz, die auf der Liste steht, ist nicht die Motion 261. Die Referenz der Liste beruht auf dem B+A Nr. 1427, dem Schlussbericht zur Optimierung des Finanzhaushaltes. Die Motion 261 hat weder eine konkrete Massnahme vorgeschlagen, noch konkrete Massnahmen gefordert. Sie schreiben im Budget immer und überall "gemäss Motion 261", man könnte wirklich den Eindruck haben, man habe per Motion gefordert, dass die eine oder andere Massnahme umgesetzt wird. Dem ist aber nicht so, ich habe auch schon mehrfach darauf hingewiesen. Dass, was hier aufgelistet ist, zeigt einzig und allein die Fähigkeit oder allenfalls die Unfähigkeit des Gemeinderates, den Finanzhaushalt der Gemeinde Horw zu optimieren.

Thomas Zemp (CVP)

**3.1.1 Personalaufwand, S. 10**

Ich habe keine Mühe damit, dass Lohnanpassungen gemacht werden müssen. Wir sprechen in diesem Jahr von 1.5 %, im letzten Jahr haben wir 1 % gegeben. Wenn Sie den Kanton anschauen, hat dieser letztes Jahr keine Anpassungen vorgenommen, in diesem Jahr wird es 1 % sein. Wir müssen daran denken, wenn wir bei einem anderen Budget, und sei es dann halt vielleicht 2012, plötzlich die Argumente zu hören bekommen, dass es dann auch wieder angepasst werden muss. Man vergisst immer sehr schnell, was in den Vorjahren war. Ich möchte festhalten, dass man für 2010 relativ grosszügig war, denn denken Sie daran, wir hatten ein Minusteuerung von 2 %, das hat bei den Leuten im Portemonnaie in Tat und Wahrheit 3 % ausgemacht. Jetzt sprechen wir wieder von 1.5 %, wo andere nur 1 % bekommen. Wir müssen es nicht an dem halben Prozent aufhängen, aber wenn man ein halbes Prozent über 10 Jahre rechnet, dann macht es eben doch viel aus. Ich opponiere der Lohnerhöhung nicht, aber ich bitte Sie, daran zu denken, dass wir jetzt laufend ein wenig nach oben gegangen sind, und zwar im Verhältnis mehr, als das die anderen gemacht haben.

Roger Jenni (FDP)

Damit keine falsche Zahlen im Raum bleiben: Der Kanton Luzern hat 2 % Lohnerhöhung, wobei dieser immer von Mutationsgewinnen spricht, d.h. zwischen älteren Mitarbeitenden, die austreten und jüngeren, die eintreten, gibt es meistens eine Lohndifferenz. Der Kanton mit 4'000 oder 5'000 Mitarbeitenden kann davon profitieren, d.h. mit anderen Worten, auf der Lohnsumme sind budgetrelevant 1.5 %, effektiv werden aber 2 % mehr Lohn ausbezahlt, weil man von den Mutationsgewinnen profitieren kann. Das haben wir bei uns nicht, wir haben jetzt die 1.5 % und Sie wissen, dass der Gemeinderat nach dem Lohnreglement die Freiheit hat, einen Teil von dem, was Sie sprechen, als Teuerung auszurichten und einen Teil als Realloohnerhöhung. Im Moment ist die Teuerung um die 0.5 %, der Rest wird für Realloohnerhöhungen eingesetzt.

Gianmarco Helfenstein  
(CVP)

Jetzt bin ich schon enttäuscht, dass Herr Jenni mit Zahlen doch nicht so sicher umgeht. Im letzten Jahr haben wir nämlich nicht 1 % Lohnsummenanpassung gewährleistet, sondern es wurde auf 0.5 % gekürzt und da ich schon lange die Eintreten mache weiss ich, dass wir in den Vorjahren jeweils deutlich unter der Teuerung geblieben sind. Ich glaube, dass dadurch nicht einmal der Nachholbedarf aufgeholt wäre, wenn wir jetzt gerade nur die Teuerung ausgleichen.

Konrad Durrer (L2O)

#### **Abstimmung:**

- 1. Dem Voranschlag 2011 der Laufenden Rechnung und der Investitionsrechnung mit einem Aufwand von 81'453'400 Franken und einem Ertrag von 79'921'500 Franken resp. mit Ausgaben von 9'858'300 Franken und Einnahmen von 1'240'000 Franken wird mit 23:5 Stimmen zugestimmt.**
- 2. Der Steuerfuss wird einstimmig auf 1.60 Einheiten (wie bisher) festgesetzt.**
- 3. Der Gemeinderat wird einstimmig ermächtigt, das erforderliche Fremdkapital zu beschaffen.**

Robert Odermatt  
(SVP)

#### **Gesamtabstimmung:**

**Dem B+A Nr. 1434 Budget 2011 wird mit 23:5 Stimmen zugestimmt.**

## **8. Bericht und Antrag Nr. 1437 Bauverpflichtungsvereinbarungen**

### **Eintreten GPK**

Die Gemeinde hat ein grosses Interesse an der Überbauung freier Grundstücke und will mit diesen Vereinbarungen die effektive Ausnützung von neuem Bauland erreichen und damit der Baulandhortung entgegenwirken. Es handelt sich dabei um eine Reihe von Verträgen zwischen der Einwohnergemeinde und den jeweiligen Grundeigentümern. Aufgrund des öffentlich-rechtlichen Charakters muss der Einwohnerrat diese genehmigen. Auch sind sie dem fakultativen Referendum unterstellt. Die Verträge legen inhaltlich jeweils fest, in welcher Zeit das Grundstück "zu erschliessen und mit der Überbauung zu beginnen oder das Land an Bauwillige zu veräussern" ist. Alle aufgeführten Verträge, so wurde uns versichert, sind bereits seit einiger Zeit einseitig unterzeichnet und es wird nur noch auf die Einwilligung des Einwohnerrates gewartet. Zu Diskussion Anlass gab der Passus, wie die Vertragsbestimmungen auch auf mögliche Rechtsnachfolger zu übertragen sind. Dies ist unseres Erachtens ein wichtiger Teil der Verträge. Leider könne dies, gemäss Auskunft des Gemeinderates, nicht im Grundbuch angemerkert werden. Trotzdem rechnen wir damit, dass die Formulierung hieb- und stichfest ist. Wir empfehlen ihnen einstimmig die Annahme der Vorlage.

Konrad Durrer (L2O)

### **Eintreten BVK**

Die BVK hat zur Kenntnis genommen, dass die Verträge nur noch den Segen des Einwohnerrates brauchen, damit diese rechtskräftig abgeschlossen werden können. Wir sind für Eintreten und Genehmigung vom B+A Nr. 1437.

Jörg Stalder (L2O)

### **Eintreten CVP**

Nach der Gesamterneuerung vom Zonenplan, der jetzt unter Dach und Fach ist, liegt uns jetzt eine neue Bauverpflichtungsvereinbarung vor. Alle Eigentümer von Grundstücken, die neu einer Bauzone zugewiesen sind oder neu individuell nutzbare Bauzonen haben, haben so eine Vereinbarung abgeschlossen. Da die entsprechenden Grundstückseigentümer die Vereinbarung abgeschlossen haben und einverstanden sind, ist natürlich die CVP auch der Meinung, dass das eine gute Sache ist. Die CVP-Fraktion unterstützt die Vereinbarung und ist einstimmig für Eintreten und Genehmigung vom B+A Nr. 1437.

Reto Deschwanden  
(CVP)

### **Eintreten SVP**

Unsere Fraktion schliesst sich den Vorrednern an, wir sind einstimmig für Eintreten auf den B+A Nr. 1437.

Marcel Zimmermann  
(SVP)

### **Eintreten FDP**

Wir sind für Eintreten auf den B+A Nr. 1437.

Roger Jenni (FDP)

### **Eintreten L2O**

Laut Bundesgesetz über die Raumplanung haben Bauzonen Land zu umfassen, das innerhalb von 15 Jahren benötigt und erschlossen wird. Mit der Bauverpflichtungsvereinbarung wird dies sichergestellt. Die Gemeinde Horw hat mit allen Eigentümern von Grundstücken, die neu einer Bauzone zugeteilt wurden, entsprechende Vereinbarungen abgeschlossen. Die Grundeigentümer verpflichten sich, innerhalb einer festgesetzten Frist einen Gestaltungsplan auszuarbeiten und das Bauland zu überbauen oder zu veräussern. Geschieht dies nicht, kann die Gemeinde das Land entschädigungslos einer Nichtbauzone zuweisen. Die vorgesehene Abgeltung wurde von der bürgerlichen Ratsmehrheit verhindert. Die L2O hat sich für eine Mehrwertabschöpfung eingesetzt, es ist eine verpasste Chance, die Grundeigentümer in die Pflicht zu nehmen. Die L2O genehmigt den vorliegenden B+A mit den ausgearbeiteten Bauverpflichtungsvereinbarungen betreffend den aufgeführten Grundstücken.

Rita Wyss (L2O)

Wir sind froh, wenn wir heute, durch das Eintreten von Ihnen, das Geschäft mit unseren Partnern unterzeichnen und so abschliessen können.

Manuela Bernasconi  
(CVP)

### **Detailberatung**

#### **Bericht und Antrag**

Keine Wortmeldungen

#### **Muster öffentlich-rechtlicher Vertrag**

Keine Wortmeldungen

#### **Abstimmung:**

**Die Bauverpflichtungsvereinbarungen betreffend Grundstücke Nrn. 13, 58, 210, 223, 647 und 2365 werden einstimmig genehmigt.**

Robert Odermatt  
(SVP)

#### **Gesamtabstimmung:**

**Der B+A Nr. 1437, Bauverpflichtungsvereinbarungen, wird einstimmig genehmigt.**

## 11. Bericht und Antrag Nr. 1438 Abrechnung Entlastungskanal Allmend

### Eintreten GPK

Die Gesamtkosten wurden um 395'492.29 Franken unterschritten. In die Kosten eingeflossen ist ein einmaliger Beitrag an die Unterhaltskosten für das Rückgabebecken von 44'276.56 Franken. Nach Abzug des Anteils der Gemeinde Kriens ergibt das für die Gemeinde Horw eine Nettobelastung von 733'210.77 Franken. Dieser Betrag wurde unter der Anlagekategorie 6400, Kanal- und Leitungsnetze der Siedlungsentwässerung, aktiviert und wird jährlich mit 2 % zulasten der Siedlungsentwässerung abgeschrieben. Die positive Kostenentwicklung wird im B+A begründet. Subventionen durch Dritte wurden keine ausgerichtet, der Verbuchungsnachweis ist korrekt. Die GPK ist für Eintreten und stimmt der Genehmigung des B+A Nr. 1438 einstimmig zu.

Beat Imboden (FDP)

### Eintreten BVK

Dank einer Unternehmervariante konnten erhebliche Kosten eingespart werden. Der Unternehmer schlug vor, anstelle einer Vollbetonierung Schalungselemente für die Auskleidung des Kanals einzusetzen. Aus unserer Sicht eine sinnvolle Variante. Die BVK hat die Abrechnung über den Entlastungskanal Allmend einstimmig genehmigt.

Jürg Luthiger (CVP)

### Eintreten CVP

Die Fraktion hat erfreut zur Kenntnis genommen, dass die Baumeisterarbeiten, wie auch andere Positionen, deutlich unter dem Kostenvoranschlag waren. Die Bewertung der Abweichung gab in dem Sinn zu diskutieren, dass wir uns einerseits die Frage gestellt haben, ob der Kostenvoranschlag sorgfältig genug ermittelt wurde und andererseits, ob die gewählte Variante bezüglich Lebensdauer und Unterhaltskosten effektiv gleichwertig ist, aber das wird die Zukunft zeigen. Ein gewisses ungutes Gefühl war in der Fraktion vorhanden. Festzuhalten ist, dass sich der Kanal bereits mehrmals bewährt hat und dadurch etliche Horwerinnen und Horwer im letzten Sommer bei Starkregenereignissen vor Schaden bewahrt wurden und das ist ja das Hauptziel. Wir sind für Eintreten und Genehmigung vom B+A Nr. 1438.

Markus Bider (CVP)

### Eintreten SVP

Die SVP-Fraktion ist einstimmig für die Genehmigung vom B+A Nr. 1438.

Roland Bühlmann  
(SVP)

### Eintreten FDP

Die Bauarbeiten sind aus unserer Sicht zügig vorangegangen und der Verkehr wurde praktisch nie behindert. Die FDP-Fraktion ist erfreut über die Kostenunterschreitung, ist für Eintreten und einstimmig für die Annahme vom B+A Nr. 1438.

Ulrich Nussbaum  
(FDP)

### Eintreten L2O

Auch die L2O ist erfreut, dass der Entlastungskanal Allmend dank einem anderen Bau-system kostengünstiger wurde als erwartet. Wir sind für Eintreten und Genehmigung der Abrechnung über den Entlastungskanal Allmend.

Miriam Scammacca  
Albisser (L2O)

Es handelte sich um eine weitere Massnahme im Rahmen der Hochwasserentlastung des Dorfbachs und ist auch eine GEP-Massnahme, die beim Brändikanal eine Entlastung zum Regenrückhaltebecken Allmend darstellt. Diese Entlastung hält Teile des im Siedlungsgebiet von Kriens anfallenden Regenwassers im Rückhaltebecken Allmend zurück und entlastet damit den Dorfbach, es ist also eine weitere Entschärfung der Hochwassergefahr im Dorfbach. Das Bauwerk ist gelungen und hat bereits schon Wirkung gezeigt. Anhand einer Datenerfassung konnten wir feststellen, dass vor allem an den beiden Regenereignissen vom 22. Juli und 1. August verhindert werden konnte, dass die Überschwemmung im Einzugsgebiet des Dorfbaches ein noch grösseres Ausmass annahm.

Manuela Bernasconi  
(CVP)

#### **Detailberatung**

Keine Wortmeldungen

#### **Abstimmung:**

**Die Abrechnung über den Entlastungskanal Allmend im Betrag von 1'073'729.36 Franken wird einstimmig genehmigt.**

Robert Odermatt  
(SVP)

#### **Ordnungsantrag**

Ich möchte Ihnen den Abbruch der Sitzung beliebt machen. Ich glaube, Herrn Durrer ist es ein Anliegen, dass die dringliche Interpellation betr. Baustellen und Richtplan Allmend nicht erst in einem halben Jahr behandelt wird, aber ich kann mir vorstellen, dass er auch damit leben kann, wenn das Traktandum an der nächsten Sitzung behandelt wird.

Roger Jenni (FDP)

Wenn innert nützlicher Frist eine schriftliche Beantwortung vorgelegt werden kann, würde ich dem Antrag stattgeben.

Konrad Durrer (L2O)

Das können wir machen.

Manuela Bernasconi  
(CVP)

#### **Verabschiedungen / Rücktritt**

**Robert Odermatt** dankt Thomas Zemp, CVP, der nach 6 ½ Jahren Amtstätigkeit als Mitglied und Präsident der Geschäftsprüfungskommission zurücktritt, für sein grosses Engagement. Thomas Zemp habe mit beispiellosem Einsatz die Geschäftsprüfungskommission zu einer Instanz entwickelt, welche ihre Aufgabe voll und ganz wahrnehme. Die Kontrolltätigkeit habe er fair, aber konsequent und die Kommissionsarbeit sehr kollegial und verständnisvoll durchgeführt. Durch seine gründliche Bearbeitung der Materie habe er den übrigen Mitgliedern die Entscheidungsfindung und die Erklärung der Beschlüsse in ihren Fraktionen erleichtert. Der scheidende Präsident habe für die Geschäftsprüfungskommission Marksteine gesetzt. Robert Odermatt freue sich auf die weitere Zusammenarbeit mit Thomas Zemp im Einwohnerrat.

**Thomas Zemp** bedankt sich für die anerkennenden Worte sowie das ihm entgegengebrachte Vertrauen und erklärt, dass er das Amt vor allem aus beruflichen Gründen abgebe, zum anderen aber auch im Hinblick auf die Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission sicherstellen möchte, dass die Kontinuität der Kommission gewährleistet ist.

**Robert Odermatt** dankt Beatrice Heeb, L2O, die ebenfalls per 31. Dezember 2010 ihre Demission eingereicht hat, für ihre fünfjährige Tätigkeit als Mitglied des Einwohnerrates und damit auch als Präsidentin (seit September 2007) und Mitglied (seit September 2006) der Bürgerrechtsdelegation. Er würdigt die vier Vorstösse von Beatrice Heeb, mit denen sie ihre Hauptanliegen, die Verkehrssicherheit und die Kinderbetreuung, in den Rat eingebracht habe. Aus der Bürgerrechtsdelegation sei ihm bekannt, dass Beatrice

Heeb die Sitzungen souverän geleitet und auch in schwierigen Fällen den Durchblick behalten habe. Die Zusammenarbeit mit ihr sei auch für diejenigen angenehm gewesen, die das politische Heu nicht auf der gleichen Bühne hätten.

**Jörg Stalder** dankt im Namen der L2O-Fraktion seiner Ratskollegin Beatrice Heeb für ihr Engagement im Einwohnerrat sowie als Mitglied und Präsidentin der Bürgerrechtsdelegation.

**Beatrice Heeb** bedankt sich für die netten Worte und erklärt, dass sie aus beruflichen Gründen sowie einer geplanten Weiterbildung als Einwohnerrätin zurücktritt.

**Hans-Ruedi Jung**, CVP, gibt bekannt, dass er heute nach 14 Jahren dem Gemeinderat sein Rücktrittsschreiben als Mitglied des Einwohnerrates per 31. Dezember 2010 eingereicht hat.

**Jürg Luthiger** dankt im Namen der CVP-Fraktion seinem Ratskollegen Hans-Ruedi Jung für sein Engagement im Einwohnerrat, seinen Einsatz als Ratspräsident im Jahr 2002/03 sowie seine Arbeit als Fraktionschef.

**Jürg Luthiger** dankt im Namen der CVP-Fraktion seinem Ratskollegen Thomas Zemp für sein Engagement im Einwohnerrat sowie seinen Einsatz als Präsident der Geschäftsprüfungskommission.

**Robert Odermatt** dankt Hans-Ruedi Jung, CVP, für seine langjährige Tätigkeit als Einwohnerratsmitglied, als Ratspräsident im Jahr 2002/03 sowie Fraktionschef. Er hebt hervor, dass sich kaum jemand in den zahlreichen Gesetzen, Grundlagen und Vorschriften so gut ausgekannt habe wie Hans-Ruedi Jung. Er habe sich auch oftmals, wenn jeweils die Verwirrung im Rat am Grössten gewesen sei, erhoben und die Sache mit seiner höflichen und freundschaftlichen Art klargestellt, wobei man ihm nie habe nachweisen können, dass er einmal Unrecht gehabt hätte. Zudem hebt Robert Odermatt die allein seit 1998 eingereichten 31 Vorstösse hervor, durch die Hans-Ruedi Jung sehr vieles bewegt habe.

Robert Odermatt  
Einwohnerratspräsident

Ulrich Nussbaum  
Sekretär

Daniel Hunn  
Gemeindeschreiber

Heike Sommer  
Protokollführerin

Versand: 10. Januar 2011